



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 10. BERLIN, DEN 1. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzsch.

Von Oberbauinsp. F. König † in Karlsruhe, früher Vorstand der Bahnbauinspektion Gernsbach.

(Fortsetzung aus No. 8.) Hierzu eine Bildbeilage.



ür die Böschungen im Einschnitt wurden Steigungsverhältnisse von 5:1 und 3:1 im Fels, 1:1 und 4:5 im erdigen Boden gewählt, die steileren Neigungen bei den Weganlagen, die flacheren für den Bahnkörper. Die Böschungen der Aufträge weisen Neigungen von 2:1, 1:1, 4:5 und 2:3 bei Wegen und von 1:1, 4:5, 3:4 und 2:3 beim Bahn-

körper auf. Von der Anwendung einer einheitlichen Böschungsneigung wurde abgesehen, weil je nach den örtlichen Verhältnissen flachere als die gewählten Böschungen zu viel Gelände beansprucht oder kostspielige Stützmauern nötig gemacht hätten. Einzelne steile Böschungen brauchten nicht gesichert zu werden, denn als Auffüllmaterial für die mit ihnen angelegten Anschüttungen stand ausschließlich steiniges oder doch mit recht viel Steinen durchsetztes Material zur Verfügung. Zudem erhielten die Böschungen mit der Neigung 2:1

an Wegdämmen und solche mit der Neigung 1:1 am Bahndamm als besondere Befestigung einen regelrechten Steinsatz. Da hohe Böschungen, namentlich bei wasserreicher oder gar sumpfiger Sohle des Dammes noch besonders gefestigt wurden durch einen kräftigen Steinfuß, durch ausgiebige Entwässerung des Damm-lagers und sorgfältiges Aufbeugen der in den Anschüttungsmassen vorhandenen Steine an der Außenseite des Dammkörpers, durften selbst hier steile Böschungen unbedenklich gewählt werden. Tatsächlich haben sich die Böschungen überall da, wo die geschilderten Vorsichtsmaßregeln bei der Bauausführung beachtet wurden, im Allgemeinen gut gehalten, trotz der während des Baues und unmittelbar nachher niedergegangenen ausgiebigen, manchmal wolkenbruchartigen Niederschläge. Die in Abbildung 5a—f in No. 8 bereits abgebildeten Querprofile 76 + 54, 85 + 05, 89 + 40, 90 + 8c, 100 + 87 und 108 + 00 ergänzen die obigen Ausführungen.

Auf manchen Strecken aber war es nicht möglich.

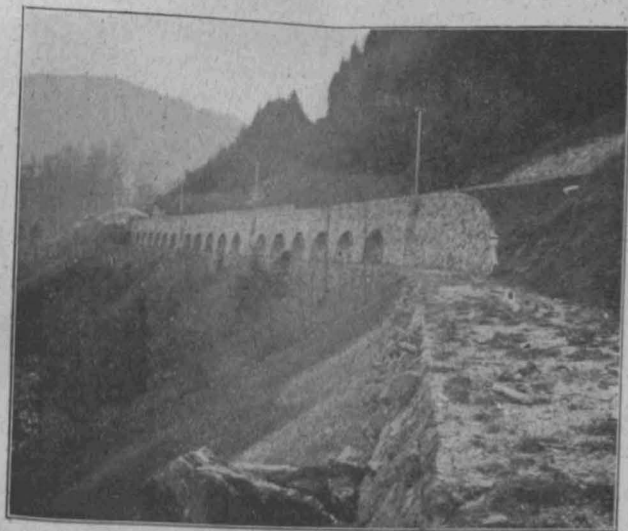


Abbildung 7. Stützmauer Prof. 88 + 13 bis 89 + 72.



Abbildung 9. Stützmauer Prof. 97 + 41 bis 97 + 79.

den Bahn- oder Wegkörper selbst mit den steilsten Böschungs-Neigungen ausschließlich aus Abtragsmassen zu schütten. Hier mußten, zum Teil bis 12^m hohe Stützmauern erstellt werden. Sie wurden ebenso wie die Futtermauern, die Widerlager und Flügel von Unterführungen und Brücken aus Granit im Vieleck-Verband und mit Mörtel von der Mischung 1 Raumteil Zement auf 5 Raumteile Sand teils als Vollmauern, teils mit Spargewölben von 5, 11 und 16^m Spannweite gemauert. Der Querschnitt der Stützmauern zeigt eine vordere Neigung von 5:1, die auch bei den Futtermauern angewendet ist, oder eine solche von 4:1; er hat eine senkrecht stehende Hinterkante bei der steiler geneigten Vorderkante, eine im Verhältnis 20:1 geneigte Hinterkante bei schwächer geneigter Vorderkante.

bung großer Flächen zu erzielen, verwendete man Steine, die im Haupt nicht bearbeitet waren und von denen einzelne bis zu 0,3^m vor die Mauerflucht vorragen oder auch um ein geringes Maß hinter sie zurückgesetzt sind. Diese Ausführungsart der Mauerung wurde wesentlich erleichtert durch das Mauern im Vieleckverband; nur an wenigen Stellen, wie bei den Pfeilern des Talüberganges und bei der Untermauerung des Gewölbes im Tunnel wurde in Schichten unregelmäßiger Höhe gemauert. Den oberen Abschluß der Mauerkörper bilden rau gestoßene Platten von recht ungleicher Stärke oder eine rau bagelegene gewöhnliche Steinschicht. Die Verwendung von Steinhauergeschirr war, vom Spitzseisen abgesehen, nicht zugelassen.

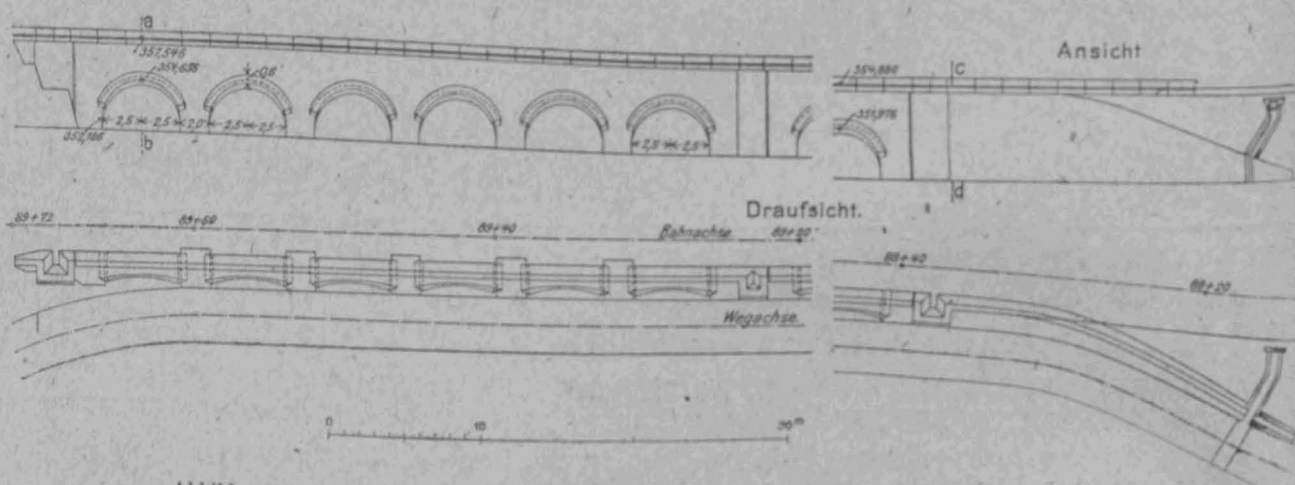


Abbildung 6a und b. Stützmauer mit Spargewölben zwischen Profil 88+13 und 89+72.

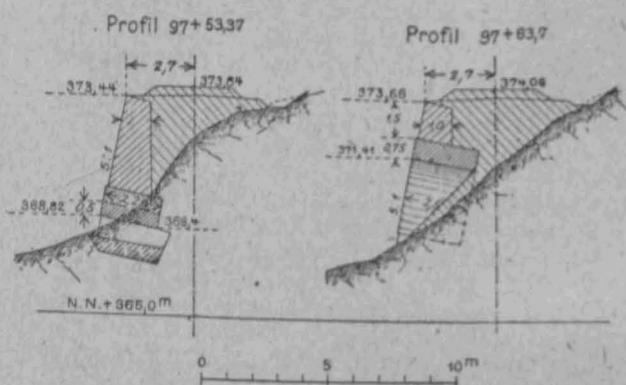


Abbildung 6c und d (rechts) Querschnitte zu Abbildung 6a und b.

Abb. 8c und d. (links) Querschnitte zu Abbildung 8a und b.

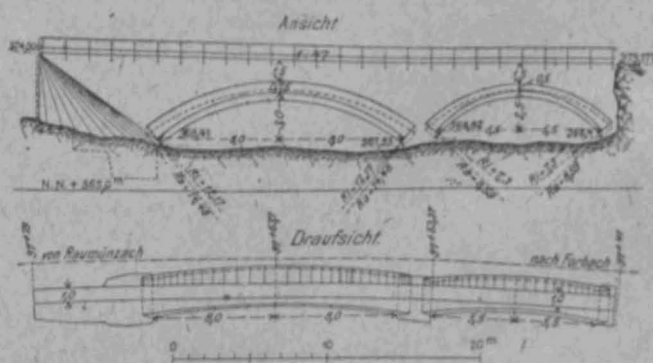
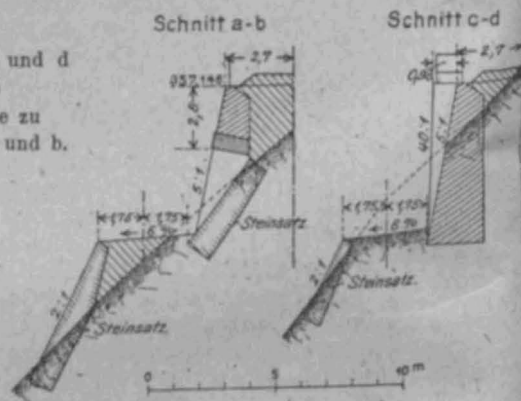


Abb. 8a u. b. Stützmauer mit Spargewölben zwischen Profil 97+41 u. 97+79.

Schon auf der Strecke Weisenbach — Forbach war man bestrebt, durch besondere Behandlung der baulichen Anlagen für den Bahnkörper das Landschaftsbild nicht zu stören; das Fehlen jeglicher Siedelung und sonstiger stark hervortretender künstlicher Anlagen auf der Strecke Forbach — Raumünzach, insbesondere vom Talübergang ab, zwang erst recht dazu, den Unterbau mit seinen zahlreichen Dämmen, Böschungen, Stütz- und Futtermauern, Wegunterführungen und Durchlässen möglichst in die Urwüchsigkeit des Tales einzupassen. Aus diesem Grund wurde es vermieden, an Kunstbauten glatte Flächen zu schaffen oder scharf gezogene Kanten oder Linien zu zeigen. Das gesamte Steinmaterial für die Steinsätze und das Mauerwerk wurde teils aus dem Ausbruch der Linie, teils aus unmittelbar daneben gelegenen Steinbrüchen genommen. Um bei der Gleichmäßigkeit der Farbe trotzdem eine Bele-

kostete ohne das eiserne Schutzgelande 18050 M. Erwähnt seien ferner die Stützmauer zwischen Profil 97+41 und 97+79 mit zwei Spargewölben von 11 und 16^m Spannweite und 2,5 und 3^m Pfeilhöhe (Abbildungen 8a bis d und 9), deren Kosten mit 9580 M. und die als Vollmauer ausgebildete Stützmauer zwischen den Profilen 107+60 und 109+50 mit 1535^{qm} Sichtfläche und 2673^{cbm} Inhalt, deren Kosten mit 69320 M. anzugeben sind. —

(Fortsetzung folgt.)



EUE MURGTAL-BAHNSTRECKE
 FORBACH—RAUMÜNZACH.
 TALÜBERGANG BEI FORBACH.
 BLICK AUF LEHR-, VERSETZ-
 ** UND FÖRDERGERÜSTE. **
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 53. JAHRGANG 1919. * NO. 10.

Vermischtes.

Ein zweites Winter-Semester. Zum Abschluß der Erörterungen über diese Frage und zur Ergänzung der entsprechenden Mitteilungen auf S. 491 des Jahrganges 1918 der „Deutschen Bauzeitung“ sei mitgeteilt, daß die Technische Hochschule in Karlsruhe das laufende Winter-Semester ordnungsmäßig bis zum 31. Januar durchführt. Die Einschreibefrist wurde für reichsdeutsche Kriegsteilnehmer bis 31. Dez. 1918 verlängert. Den bis dahin Eingetretenen wird, so gut es geht, durch Nachhilfen der Anschluß an den laufenden Unterricht ermöglicht. Das Sommer-Semester wird durch frühzeitigeren Beginn verlängert, der Unterricht beginnt am 27. März 1919. Die gewonnene Zeit soll vor allem zu einer breiteren Behandlung des Stoffes mit Einschaltung von Wiederholungen notwendiger Grundlagen benutzt werden. Bei solchen Vorlesungen, die eine Fortsetzung von Winter-Vorlesungen sind, wird eine kurze Uebersicht über den im Winter-Semester behandelten Stoff zur Einführung in das Sommer-Semester gegeben.

An der Technischen Hochschule in Darmstadt wird das Winter-Semester 1918—19 mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer bis Ostern 1919 verlängert. Nach dem 3. Februar wird der Vorlesungsstoff in gedrängter Form wiederholt, sodaß die dann Eintretenden noch ein volles Winter-Semester genießen können. Auch die Uebungen werden weiter geführt. Erfolgt die Einschreibung vor dem 15. Februar, so wird das Semester bei Prüfungen voll gerechnet.

An der Technischen Hochschule in Hannover beginnt am 4. Februar 1919 ein dreimonatliches zweites Winter-Semester, für das die Einschreibungen vom 20. Januar bis 15. Februar erfolgen. Außerdem werden im laufenden Januar Wiederholungskurse für darstellende Geometrie, Mathematik, Geologie, Kristallographie und Mechanik abgehalten.

Daß auch an der Technischen Hochschule in Dresden ein Zwischensemester eingeschaltet wird, haben wir bereits berichtet. Ergänzend hierzu wird bemerkt, daß für die Feldzugs-Teilnehmer, welche das Studium erst beginnen, ein Studienplan aufgestellt worden ist, der es möglich macht, in dem Zwischensemester, dem Sommer-Semester 1919 und dem Winter-Semester 1919—20 bis zur Vorprüfung zu gelangen und im Sommer-Semester 1920 Anschluß an den normalen Studiengang zu finden.

An der Technischen Hochschule in München haben am 16. Januar Vorlesungen eines für Kriegsteilnehmer eingeschobenen Wintersemesters 1919 begonnen. Die Anmeldungen von Kriegsteilnehmern, nicht nur Deutscher, sondern auch von Oesterreichern, sind außerordentlich stark, sodaß manche Vorlesungen voraussichtlich doppelt abgehalten werden müssen. Es werden Vorkurse für Anfänger mit Notreifezeugnissen und mit Vollreife, sowie Vorlesungen für Studierende, welche ihre Studien auffrischen oder fortsetzen wollen, abgehalten. Das Kriegsnotsemester endet am 12. April. Am 28. April beginnt die Einschreibung für das Sommersemester 1919. —

So sind die deutschen Hochschulen in dankenswerter Weise, wenn auch auf verschiedenen Wegen, bemüht, den Studierenden die durch die Kriegsverhältnisse verursachten Versäumnisse und Nachteile nach Möglichkeit zu mildern. —

Aufrufe. Wir werden zurzeit von den verschiedensten fachlichen Seiten mit Aufrufen überschwemmt, die von dem Ersuchen begleitet sind, die Aufrufe in unserer Zeitung zum Abdruck zu bringen. Das wäre schon unter normalen Verhältnissen nicht möglich, geschweige denn unter dem gegenwärtigen empfindlichen Druck der Papiernot. Wir verkennen keineswegs die Bedeutung der öffentlichen Arbeit der verschiedenen Fachkreise gerade in der jetzigen Zeit des Umsturzes und der Neubildungen. Gleichwohl sind wir nicht in der Lage, von den Aufrufen anders als in kurzen Erwähnungen unseren Lesern Kenntnis zu geben.

Der „Bund Technischer Berufsstände“ will der Gefahr für das Vaterland durch technische Arbeit entgegen treten. Er verlangt, daß der Stand, auf dessen Kopfarbeit das ganze Kulturleben beruhe, sich nicht auf die Berufsarbeit beschränke, sondern aus der berufsständischen Kleinstaaterei im Vereinsleben zu umfassenderer Organisation sich erhebe. Der Bund will durch berufsständische Groß-Organisation Einfluß auf die Regierung wie auf die politischen Parteien gewinnen. Keiner Partei schließt der Bund sich an, auf jede Partei aber will er einwirken. Von jedem Techniker verlangt er Teilnahme am politischen Leben.

Ein Aufruf des „Verbandes der leitenden Gemeinde-Baubeamten“ will das Recht der Gleichstellung dieser Beamten im Gemeindedienst und die Sicherung der verantwortlichen Stellung als wesentliche Grundlage für das Ansehen und die Tätigkeit des Standes. Das

Ziel ist „ein parteilos-einheitlicher Verband für alle deutschen leitenden Gemeinde-Baubeamten“. Dieser soll anstreben Hebung der Bautätigkeit in Stadt und Land, Neuordnung eines sozial gestalteten Beamtenrechtes, Freiheit für Wort und Schrift, Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht, Beseitigung bürokratischer Bevormundung und der Eingriffe Unberufener in die private und die amtliche Tätigkeit. —

Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit. Zu diesem Stichwort berichtet die „Frankf. Ztg.“, daß sie sich an eine Reihe von Persönlichkeiten mit der Bitte gewandt habe, Vorschläge zur Hebung der Arbeitslosigkeit zu machen. Der Leiter der „Westfälischen Bauberatungsstelle“, Hr. Reg.-Baumstr. Henße, übermittelte folgende Anregung zur Wiederaufnahme von Bauarbeiten:

„Ein großer Prozentsatz der Architektenbüros ist überhaupt durch die Kriegsverhältnisse ganz zum Stillstand gekommen. Die früher selbständigen Privatarchitekten vermehren die Zahl der Stellungsuchenden, indem sie in den Büros der Behörden oder ganz großer Firmen des Bauwesens Unterkunft erstreben. An diesem Punkt kann mit Erfolg eingesetzt werden, wenn man Denjenigen, die ohnehin während des Krieges Bauabsichten hatten, klar macht, daß es besser ist, jetzt sofort alle Pläne für ein Bauvorhaben fertigzustellen, sodaß das Baugesuch vorgelegt werden kann. Das würde für die Baulustigen selbst und für die Allgemeinheit ganz erhebliche Vorteile mit sich bringen. Durch solche Wiederaufnahme der Arbeit in den Architektenbüros würden schon eine Menge beschäftigungsloser junger und älterer Leute wieder lohnende Tätigkeit haben und der Beginn der praktischen Bautätigkeit nicht noch weiter hinausgeschoben. Man kann, ehe Steine, Holz und Eisen wieder reichlich vorhanden sind, mit den Erdarbeiten beginnen, die erfordern nur Arbeiter und geringes Handwerkzeug, aber keine Kohlen. Die hohen Preise von Material und Arbeit dürfen für den weitblickenden Volkswirt kein Hindernis für die sofortige Inangriffnahme von Bauten bilden. Die gewaltigen Summen für die Unterstützung der Arbeitslosen müssen ja doch letzten Endes durch die Steuern aufgebracht werden.“

Es ist wohl Aufgabe der Behörden, insbesondere der Selbstverwaltungskörperschaften, mit solchen Anregungen an Private und Gemeinden heranzutreten. Es wäre auch zu überlegen, ob nicht in Gegenden und Städten, wo eine große Menge von überflüssig werdenden massiven Militärbauten vorhanden sind, diese zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit abgebrochen werden können, und das Material zu Kleinhäusern, die uns überall so dringend fehlen, gebraucht werden kann. Kein Privatmann hat aus sich den Mut, voranzugehen. Wenn die Stadtverwaltungen und sonstigen Körperschaften der Selbstverwaltung an das Publikum herantreten, wird es eher möglich sein, zum planvollen Handeln zu kommen. Hier muß auch noch auf möglichste Beschleunigung der Regelung der künftigen Steuerverhältnisse zur Aufklärung der besitzenden Kreise gedrungen werden, damit die Privatleute, Gesellschaften usw. wissen, was vernünftigerweise gebaut werden kann.“ W. B. H.

Es ist nicht gerade viel Neues, was hier zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen wird und wenn wir die Auskunft überhaupt erwähnen, so geschieht es, weil sie von dem Leiter einer Bauberatungsstelle herrührt und daher das Neue, das sie etwa enthalten könnte, doppelt vermissen läßt, nämlich die Bauberatungsstellen ihrer Eigenschaft als Entwurfsbüros zu entkleiden und sie lediglich auf die Bauberatung zu beschränken. Dann würden viele Aufträge den arbeitslosen Architekten zufallen können. —

Staatliche Wohnungsfürsorge-Gesellschaft für die Provinz Brandenburg. Am 30. Dez. 1918 fand die Gründung einer Wohnungsfürsorge-Gesellschaft „Märkische Heimstätte G. m. b. H.“ mit einem Kapital von zunächst 7 Mill. Mark statt, an der sich der Staat auf Grund des Artikels 8 des Wohnungsgesetzes mit einem Kapital von 1½ Mill. M., die Provinz Brandenburg mit 2½ Mill. M. beteiligen. Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg führte zu Beginn der Sitzung aus, daß die Arbeiten zur Herbeiführung der Gründung der Gesellschaft außerordentlich schwierig gewesen seien. Auch heute seien die Hinderungsgründe zur Bildung einer Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg umfassenden Wohnungsfürsorge-Gesellschaft noch nicht vollständig fortgeräumt. Um aber zu praktischer Arbeit zu kommen, müsse die Gründung der Gesellschaft erfolgen, wenn ihr auch noch nicht sämtliche Gemeinden Groß-Berlins beigetreten seien. Der Beitritt dieser Gemeinden bleibe aber vorbehalten.

Die neue Gesellschaft wird neben der Siedelungsgesell-

schaft Niederbarnim die Erschließung des fiskalischen Siedellandes in Groß-Berlin zur Aufgabe haben. Außerdem wird sie durch Hypothekenbeschaffung die gemeinnützige und private Bautätigkeit fördern und dafür Sorge tragen, daß der Wohnungsnot möglichst durch Schaffung von Siedelungen in weiträumiger Form mit Gärten begegnet wird. —

Ersparungen bei Errichtung von Hochbauten. Bislang wurden in Deutschland durch zu weitgehende Anforderungen der Behörden bezüglich der Standsicherheit von Hochbauten viele Millionen an Aufwendungen für Arbeitslöhne und Baustoffe nutzlos vergeudet. Nach den amtlichen Vorschriften sind die Nutzlasten in ihrer ganzen, für die Abmessung der unmittelbaren Tragkonstruktion mit ausreichender Sicherheit bemessenen Höhe, auch für alle Konstruktionsstelle der tiefer liegenden Geschosse, soweit diese Teile beansprucht werden, ohne Verminderung in Ansatz zu bringen. Diese Vorschriften gründen sich auf die mit wenigen Ausnahmen unrichtige Annahme, daß sämtliche Geschoßdecken gleichzeitig in der vollen Höhe der rechnungsmäßigen Nutzlasten belastet sein könnten. Dieser Fall trifft bis auf Ausnahmen, die bei Speicher- und Lagerhausbauten zu machen wären, nie zu. Vielmehr könnte unbedenklich schon bei Berechnung der Tragkonstruktion für zwei übereinander liegende Decken der Anteil der Nutzlast um einen gewissen Prozentsatz vermindert werden. Dieser Prozentsatz wäre wachsend mit der Geschoßzahl bis herunter zu den Fundamenten zu steigern.

Damit würde sich auch die Gründung der Hochbauten weit mehr als bislang dem zu erstrebenden Zustand der gleichmäßigen Beanspruchung des Baugrundes nähern und ein gleichmäßiges, risselloses Setzen der Bauwerke gewährleistet sein. Bei den auf Grund der bisherigen Rechnungsmethoden gegründeten Bauwerken läßt sich oft das Gegenteil beobachten. Die vollen Giebelwände setzen sich stets stärker als die freistehenden Stützen, weil bei ersteren der wirklich vorhandene Anteil an Eigengewicht, gegenüber dem der stets zu hoch angenommenen Nutzlasten, größer ist, als bei den frei stehenden Stützen.

Also nicht eine Verminderung, sondern sogar eine Vermehrung der Standsicherheit ist erreichbar durch Verwirklichung dieses Vorschlages, dessen Ausarbeitung im Einzelnen in eingehender Beratung Sachverständiger bei Neuauftellung der Rechnungsgrundlagen für Hochbauten zu erfolgen hätte. Fraglos lassen sich auf dem vorgeschlagenen Weg fortgesetzte Vergewendungen von Volksvermögen vermeiden und große Mengen an Baustoffen ersparen, so daß mit der gleichen Menge an verfügbarem Kapital und an Baustoffen eine erheblich größere Zahl Wohnungen und Arbeitsstellen geschaffen werden können. —

Bauingenieur Georg Stern, Architekt D. F. A. in Hannover.

Stadtbaurat für Hochbau in Mannheim. In der Stelle des Vorstandes des städtischen Hochbauamtes in Mannheim tritt ein Wechsel ein. Zum neuen Stadtbaurat für Hochbau wurde der aus Mannheim gebürtige Architekt Prof. Karl Roth von der Technischen Hochschule in Dresden gewählt, ein Künstler, der seinen Ruf und Ruhm in Deutschland durch eine Reihe glänzender Siege in Wettbewerben und durch glückliche Ausführungen begründet hat. Roth, der in den besten Jahren steht, erlangte seine künstlerische Ausbildung auf den Technischen Hochschulen in Karlsruhe und München, war einige Zeit an der Technischen Hochschule in Darmstadt tätig, arbeitete auf den Stadtbauämtern von Mannheim, Pforzheim und Dresden und ist der künstlerische Urheber der bedeutenden Rathäuser in Dresden, Kassel und Barmen. Die Ausführung des Dresdener Rathauses brachte ihm eine Berufung als Professor der Baukunst an die Technische Hochschule in Dresden, von wo er nunmehr demnächst nach Mannheim geht. —

Tote.

Hugo Blümner †. In Zürich ist kürzlich im Alter von 75 Jahren der ausgezeichnete Archäologe und Philologe Hugo Blümner gestorben, der seit 1877 ordentlicher Professor für Altertumswissenschaft an der Universität in Zürich war. Obwohl er mehr als 4 Jahrzehnte in der Schweiz wirkte, muß der Verstorbene doch zu den größten Vertretern der archäologischen Wissenschaft in Deutschland gezählt werden. Am 9. August 1844 geboren, machte er seine fachlichen Studien von 1862—1866 in Breslau, Berlin und Bonn, und wurde vor allem in den Schülerkreis des großen Archäologen Otto Jahn aufgenommen. Sein Leben fristete er nach abgelegtem Studium zunächst als Lehrer am Elisabeth- und am Maria Magdalenen-Gymnasium in Breslau, wo er sich seit 1870 auch als Privatdozent an der Universität habilitierte. Fünf Jahre darauf wurde er als außer-

ordentlicher Professor der klassischen Archäologie an die Universität Königsberg berufen, um bereits nach zwei Jahren, 1877, die Berufung nach Zürich anzunehmen, wo er sein ganzes ferneres Leben lang wirkte. In weiteren Kreisen machte er sich durch archäologische Studien zu Lucian bekannt; in Berlin erschien schon 1866 die Schrift: „De locis Luciani ad artem spectantibus“. Im Jahr darauf, 1867, veröffentlichte er in Breslau „Archäologische Studien zu Lucian“. Neben zahlreichen anderen Schriften, die sich neben der Archäologie und Philologie auch mit der gewerblichen Tätigkeit der Völker des klassischen Altertums beschäftigten, veröffentlichte er sein großes, umfassendes und für die Altertumswissenschaft bestimmtes Werk: „Technologie und Terminologie der Gewerbe und Künste bei Griechen und Römern“, das in den Jahren 1874—1887 in 4 Bänden in Leipzig erschien. Nebenher ging eine Schrift: „Technische Probleme aus Kunst und Handwerk der Alten“, die 1879 in Berlin heraus kam. Von seinen sonstigen Arbeiten, die in unser Arbeitsgebiet fallen oder es berühren, seien genannt das zweibändige Werk: „Das Kunstgewerbe im Altertum“, das 1884—85 in Leipzig erschien; „Leben und Sitten der Griechen“ gab er 1887 gleichfalls in Leipzig in einem dreibändigen Werk heraus. 1892 erschienen in Berlin „Die Farbenbezeichnungen bei den römischen Dichtern“. Mit Lessings „Laokoon“ hat sich Blümner eingehend beschäftigt und davon eine in zweiter Auflage erschienene kritische Ausgabe veranstaltet. 1882 gab er auch „Winckelmanns Briefe an seine Zürcher Freunde“ heraus und veranstaltete eine Neubearbeitung der griechischen Privataltertümer aus K. Fr. Hermanns „Lehrbuch der griechischen Antiquitäten“. Der Verstorbene ist der Schöpfer der bedeutenden archäologischen Sammlung der Universität Zürich, die neben der von Michaelis geschaffenen Sammlung der Universität Straßburg in archäologischen Kreisen als eine Mustersammlung gilt. —

Preisbewerbung.

Preisaufrage betr. das Thema: „Der Akademiker und der Streik.“ Die Vertreterversammlung des „Reichsausschusses der Akademischen Berufsstände“ hat beschlossen, die Deutschen Juristen und Sozialwissenschaftler aufzufordern, Gutachten auszuarbeiten über die Frage: Der Akademiker und der Streik. In den Gutachten soll ausgeführt werden: I. Ob und wie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen rechtlichen Folgen ein Streik der höheren Beamten (Staatsbeamten, Kommunalbeamten, mittelbaren Staatsbeamten) möglich ist.

II. Ob und wie, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen ein Streik der in freien Berufen tätigen Akademiker möglich ist.

III. Welche Forderungen auf Abänderung des geltenden Rechtes aufzustellen sind, um den Beamten und nicht beamteten Akademikern die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung zu sichern.

Die Arbeiten müssen bis zum 1. April 1919 an den Vorstand des R. A. B., z. H. der Geschäftsstelle Berlin C 2, Burgstr. 28, Bürohaus Börse, Zimmer 37, abgesandt sein. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von 500 M., für die nächstbeste Bearbeitung ein Preis von 300 M. ausgesetzt. Die Arbeit soll nicht mehr als 32 Druckseiten umfassen. —

Chronik.

Innwerk. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit will auch die Innwerk A. G. die Bauarbeiten für die Innwasser-Kraftanlage bei Mähldorf in Angriff nehmen und hat bereits ein Baulos ausgeschrieben. Die auf eine Länge von etwa 25 km sich ausdehnenden Gesamtarbeiten umfassen das Stauwehr bei Jettenbach, den Ober- und Unterwasserkanal mit zusammen etwa 14 Mill. cbm Abtrag, ferner Wasserschloß und Kraftwerk für 80 000 P. S.; dazu Fabrikgebäude mit Gleisanschluß bei Töging und Arbeiterkolonie. Wenn es die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen ermöglichen, können die Bauarbeiten schon im kommenden Sommer voll im Betrieb sein, wobei dann gegen 3000 Arbeiter lohnende Beschäftigung finden können. Sofortige Aufnahme und Durchführung der Arbeiten hängt in der Hauptsache von den Lohn- und Preisverhältnissen, sowie von der Möglichkeit der Ernährung der Arbeiter und rechtzeitiger Beschaffung der erforderlichen Bau- und Betriebsstoffe ab. —

Inhalt: Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Tote. — Preisbewerbung. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

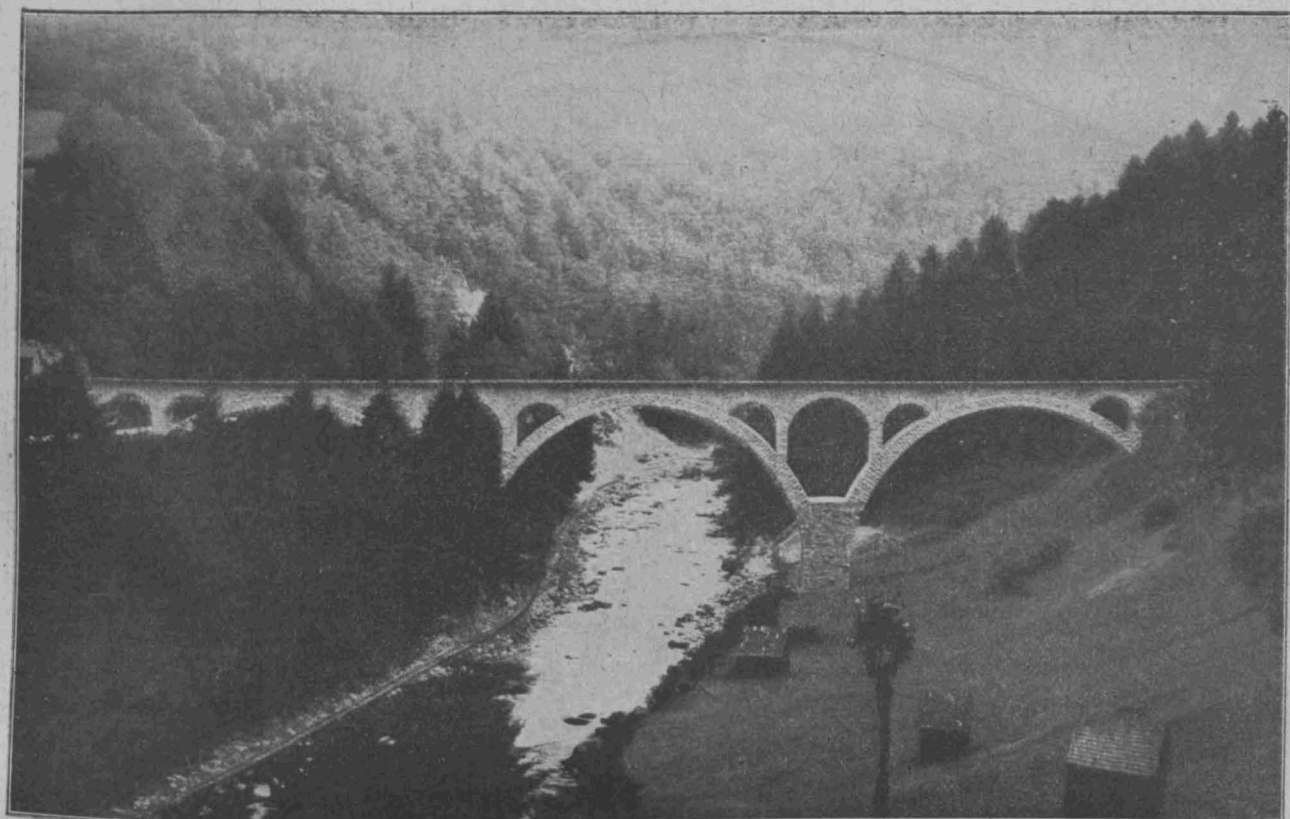


Abbildung 10. Talübergang bei Forbach.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53 JAHRGANG NO 11. BERLIN, DEN 5. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzsch.

Von Oberbauinsp. F. König † in Karlsruhe, früher Vorstand der Bahnbauinspektion Gernsbach.

(Fortsetzung.)



Is bedeutendstes Bauwerk der Strecke, wohl auch als hervorragendstes der ganzen Murgtal-Bahn ist der oben schon erwähnte Talübergang bei Forbach zu bezeichnen, dessen Erscheinung im Landschaftsbild das Kopfbild Abbildung 3 in No. 8, dessen bauliche Anordnung das Kopfbild dieser Nummer (Abbildung 10) wiedergibt. Er überspannt mit drei, nur wenig von der Kreisbogenform abweichenden Korbbögen von 36,76, 42,5 und 39,33 m Spannweite rechtwinklig das Tal. Das untere Ende des ersten und das obere des dritten Hauptbogens sind unmittelbar auf den nur wenig unter der Geländelinie liegenden gewachsenen Fels aufgesetzt; die anderen Enden und der Mittelbogen wachsen aus zwei mächtigen, auf dem Murgvorland stehenden und ebenfalls auf den gewachsenen Fels gegründeten Pfeilern heraus. Ueber diesen Pfeilern ist je eine Gruppe von drei Spargewölben angeordnet; am oberen und unteren Ende der Brücke entsprechen ihnen je zwei solcher Gewölbe. Die Hauptabmessungen sind aus den Abbildungen 11a und b ersichtlich. Die Hauptgewölbe sind aus vollkantigen, roh bearbeiteten Quadern aufgeführt und weisen Stärken von 2,2 und 2,4 m an den Kämpfern, von 1,52 m im Scheitel auf. Trotz dieser kräftigen Abmessungen erscheint das Bauwerk als zart gegliedertes Gebilde, das mit seinen kühnen Bögen und weiten Oeffnungen sich gut in das prächtige Landschaftsbild einfügt. Mit dem Ausheben der Fundamente und dem Aufmauern der Pfeiler wurde Mitte Oktober 1912 begonnen. Ausgehoben wurden in 451

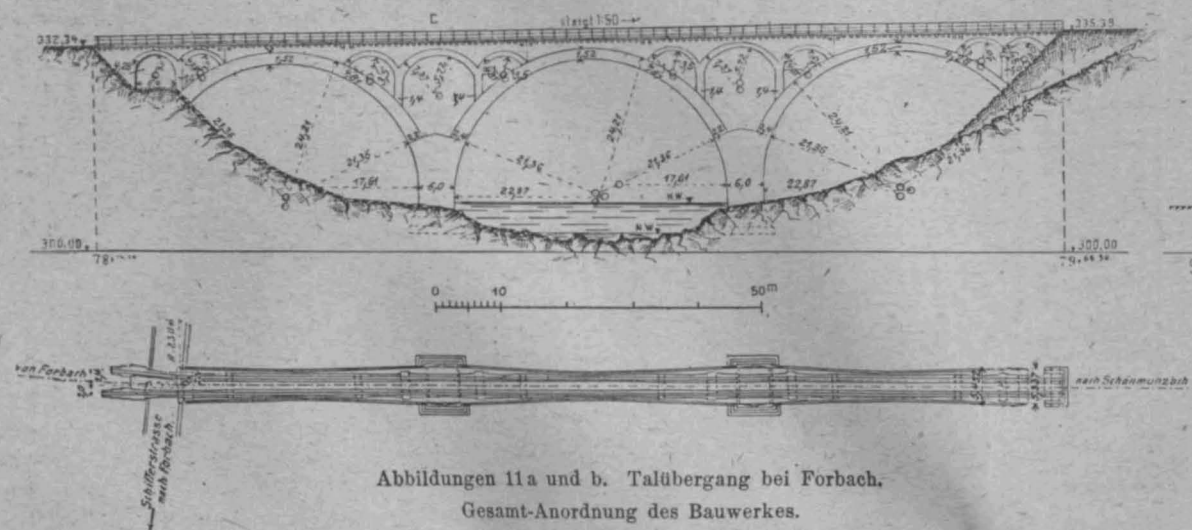
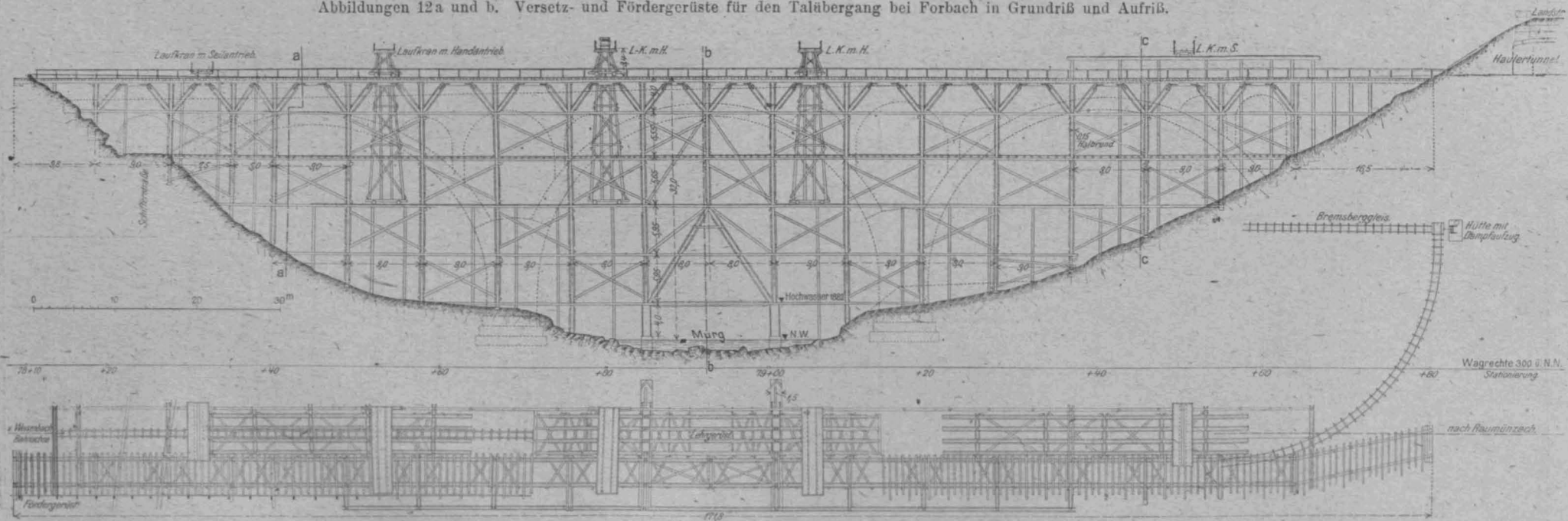
Tagelöhnerschichten 746 cbm Material; 1 cbm Fundament-Aushub erforderte also 0,6 Tagschichten. Die milde, nur kurz durch Frostwetter unterbrochene Witterung ermöglichte die Fertigstellung der Pfeilerfundamente bis Anfang März 1913; bis Ende Mai 1913 waren die Pfeiler auf Kämpferhöhe aufgemauert. Gleichzeitig wurden auch zwei Betonhilfspfeiler im Murgbett für das Lehr- und für ein talabwärts neben dem Bauwerk zu erstellendes Förder- und Versetzgerüst aufgeführt.

Das Förder- und Versetzgerüst, dessen Konstruktion die Abbildungen 12a—e, S. 54, und dessen Gesamtterscheinung Abbildung 13 auf S. 55 zeigt, war Mitte April betriebsfertig aufgestellt. Das auf ihm zu verlegende Dienstbahngleis wurde nicht allein zur Anfuhr von der oberen Strecke und der zum Teil aus dem Abtrag für den Bahnhof Raumünzsch, zum Teil aus einem Steinbruch bei Raumünzsch gewonnenen Ge-

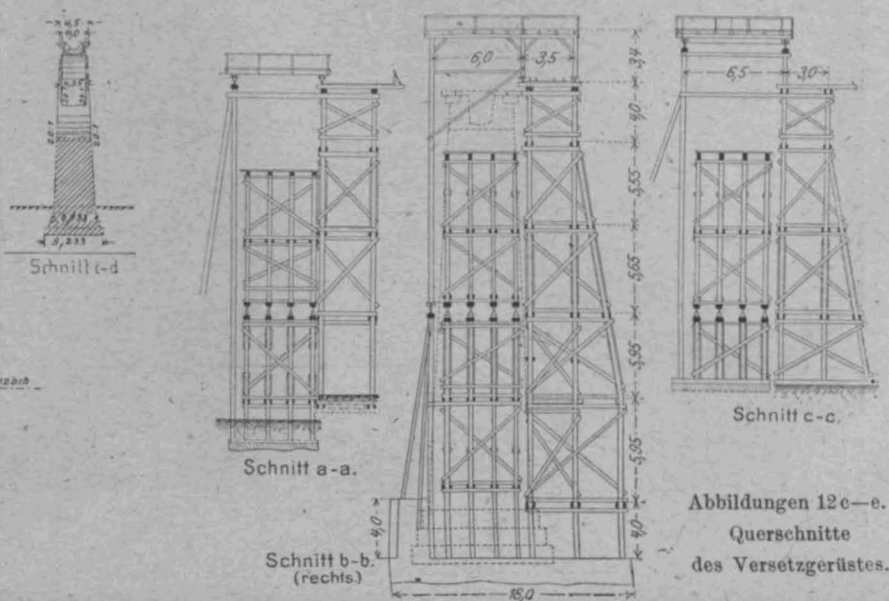
Zusammenstellung:

an	Aufwand auf			Kosten in Mark auf		
	im Ganzen	10 qm des Tal-quer-schnittes.	100 cbm des überbauten Raumes.	im Ganzen	10 qm des Tal-quer-schnitt.	100 cbm d überbauten Raumes.
Rund- u. Kant-holz	414	1,146	2,645	14904	41,91	95,23
Eisenklam-mern, Zement und dergl.	—	—	—	1346	3,78	8,60
Tagschichten v. Aufsehern	157	0,4415	1,003	1177	3,31	7,52
Zimmerleuten	1234	3,4702	7,885	7404	20,82	47,31
Maurern	64	0,1800	0,409	384	1,08	2,45
Tagelöhnern	997	2,8037	6,371	4785	13,45	30,58
				30600	84,35	191,69

Abbildungen 12a und b. Versetz- und Fördergerüste für den Talübergang bei Forbach in Grundriß und Aufriß.

Abbildungen 11a und b. Talübergang bei Forbach.
Gesamt-Anordnung des Bauwerkes.

Die neue Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach.

Abbildungen 12c-e.
Querschnitte
des Versetzgerüsts.

wölbequader benützt, es mußte auch der Förderung von 18 000 cbm zwischen Bau-Anfangspunkt und Tal-Übergang zu lösender Massen, sowie des gesamten Brenn-, Oel- und Schmierstoffes, des Zementes und des mit der Bahn ankommenden Sandes dienen. Deshalb

Querschnitt in der Längsrichtung des Gerüsts betrug 3556^{mm}, der vom Gerüst umgrenzte Raum etwa 15650 cbm. Abbildung 14 und eine in nächster Nummer folgende Abbildung 15 geben ein Bild des Bauvorganges und von der Benutzung der Lehr-, Versetz- und Förderge-

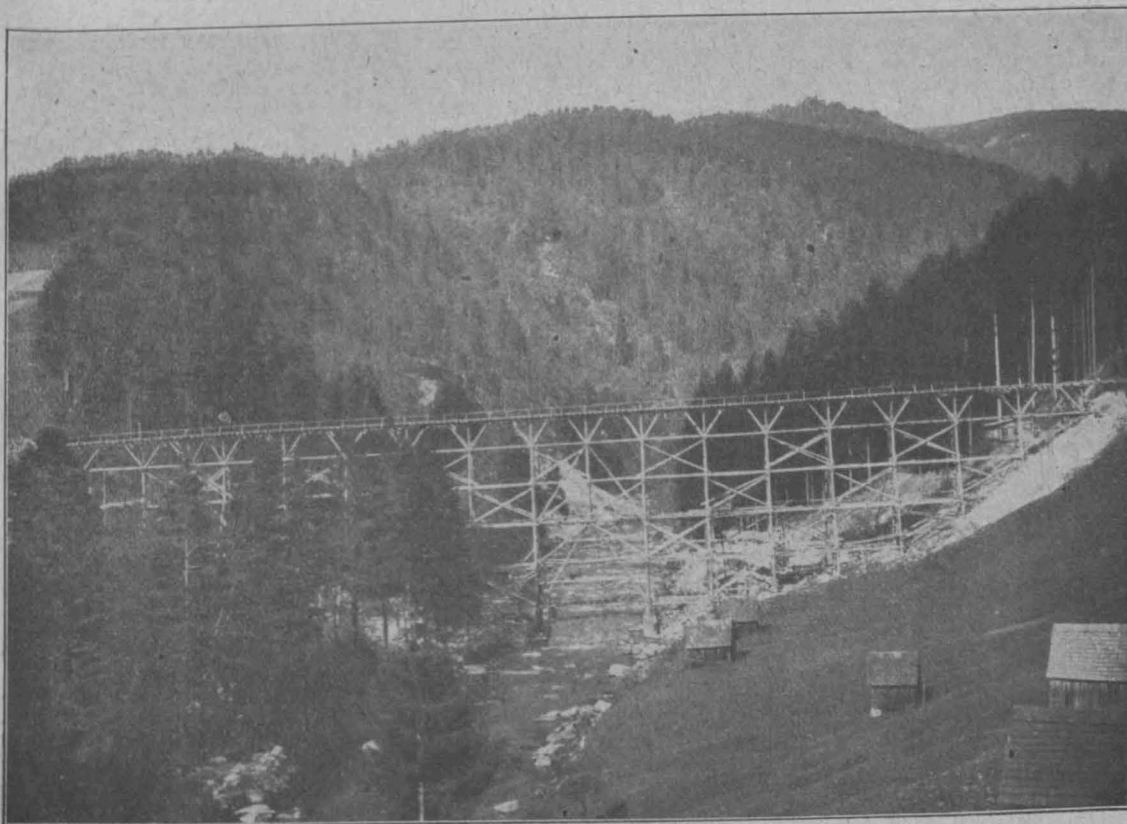


Abbildung 13. Gesamtübersicht des Fördergerüsts für den Bau des Talüberganges bei Forbach.

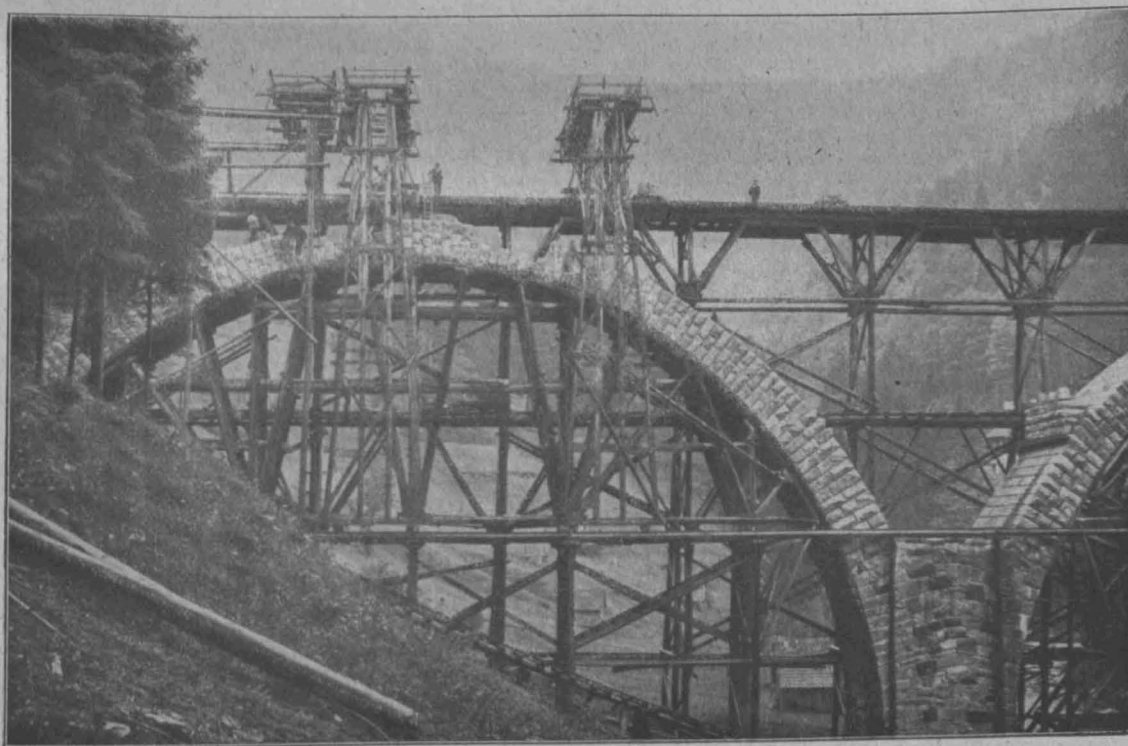


Abbildung 14. Konstruktion der Lehr-, Förder- und Versetzgerüste. (Seitenöffnung.)

wurde die Oberkante dieses Gerüsts nicht in der Höhe des künftigen Planums auf der Brücke, sondern angepaßt an das beiderseits anstoßende Gelände in eine Wagrechte gelegt, die am unteren Ende des Talüberganges sich 3^m über das Planum erhob, am oberen Ende dagegen mit ihm in gleicher Höhe lag. Der Tal-

rüste; das Gleiche gilt von den beiden Bildbeilagen in No. 8 und in No. 10.

Zeug- und Arbeitsaufwand für das Förder- und Versetzgerüst sind aus der Zusammenstellung S. 53 zu ersehen, die auch über die Kosten Aufschluß gibt.—

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Einschneidende gesetzliche Bestimmungen zur Erleichterung des Siedelungswesens sind von der Deutschen Reichsregierung durch Verordnung vom 15. Januar 1919, veröffentlicht am 23. Januar d. J., sofort in Kraft getreten. Sie sollen, auch gegen den Widerstand der Grundbesitzer und der Gemeinden, die Schaffung von Siedelungen überall da, wo tatsächlich Wohnungsnot herrscht, in kürzester Zeit ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen bei den Landeszentralbehörden Bezirkswohnungskommissare geschaffen werden — in Preußen wird das Amt den Regierungspräsidenten zufallen — die mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet sind. Vor allem steht diesen Bezirkskommissaren das Recht der Enteignung zu und zwar in einem formlosen Verfahren, dem lediglich die Anhörung der Grundeigentümer und der Gemeinden vorauszugehen hat. Die Entscheidung des Kommissars ist endgültig, also durch kein Rechtsmittel anfechtbar. Nur die Höhe der Entschädigung unterliegt der Nachprüfung durch die Gerichte. Für die Ausführung von Behelfsbauten kann eine Zwangsverpachtung von Grundstücken durchgeführt werden.

Auch das Genehmigungsverfahren für die Siedelungsanlage soll dadurch vereinfacht werden, daß der Bezirkskommissar eine Frist festsetzen kann, binnen deren sich die Beteiligten zu einigen haben, widrigenfalls er selbst eingreift und die erforderlichen Festsetzungen trifft. Er kann sich dabei nötigenfalls auch über Bestimmungen des Fluchtliniengesetzes und der Bauordnungen hinwegsetzen. Um auch das Bauen möglich zu machen, steht dem Bezirkskommissar auch ein Enteignungsrecht auf unverarbeitete Baustoffe (Holz, Kies, Sand) zu. Schließlich kann er auch die Höhe der Ansiedelungsgebühren festsetzen, durch die sonst doch noch die Ansiedelung verhindert werden könnte. Es ist also ein außerordentlich weitgehender Eingriff in die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, der sich nur durch die dringende Wohnungsnot rechtfertigen läßt.

Anstelle der Enteignung der Grundstücke kann auf Verlangen des Eigentümers auch die Belastung durch Erbbaurecht treten. Gleichzeitig mit der Verordnung über die Bezirkskommissare ist daher auch eine solche über das Erbbaurecht erschienen, die sich grundsätzlich an den Entwurf über dieses Recht anschließt, das im Frühjahr 1918 vom Reichswirtschaftsamt zur öffentlichen Erörterung gestellt war. Die Verordnung bringt aber noch Erleichterungen hinsichtlich der Beleihung.

Noch nicht zum Abschluß gekommen ist dagegen ein Gesetzentwurf, der die Schaffung von Siedelungen auf dem platten Land erleichtern soll. Das Reichsarbeitsamt, in dem kürzlich eine besondere Abteilung für Wohnungs- und Siedelungswesen geschaffen worden ist, die alle diese Fragen zu behandeln hat, ließ von Prof. Sering ein Gesetz ausarbeiten, das aber noch weiterer Durchberatung bedarf. Auch hier ist die rasche und leichte Beschaffung des erforderlichen Landes die erste Frage. Es sollen Landleieferungsverbände geschaffen werden, denen Enteignungsrecht verliehen wird. Denn soweit nicht die Aufteilung von Staatsdomänen das nötige Land liefern kann, sollen Moor- und Oedland enteignet werden können. Ferner ist ein Verkaufsrecht auf Grundbesitz von über 20 ha (auch bei Teilveräußerung) vorgesehen. Um zugleich die Preise in entsprechenden Grenzen zu halten, soll nicht der gemeine Wert, sondern der Ertragswert zugrunde gelegt werden, bei Moor- und Oedländen derjenige vor der Kultivierung. Die durch den Krieg erzeugten Wertsteigerungen sollen damit ausgeschieden werden. Auch Pachtland für anzusiedelnde Arbeiter soll enteignet werden können. (NB. Jetzt auch in Kraft getreten.)

Die erste Tagung des „Bundes technischer Berufsstände“ findet am 8. und 9. Febr. 1919 in Eisenach statt. Die Tagung bezweckt die Zusammenfassung der gesamten technischen Berufsstände in einem Bunde, die Beleuchtung der Stellung der Technik zu den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft, sowie die Betonung der Notwendigkeit der Mitarbeit der Technik an der Wiederbelebung unserer Volkskraft. Der 8. Februar ist der Vorbesprechung und der Begrüßung im Kaiserhof gewidmet, am 9. Februar finden an der gleichen Stelle u. A. Vorträge statt über „Stellung des Technikers zu den Parteien“, „Technik und Presse“, „Technik und Schule“, sowie „Techniker beim Neuaufbau deutscher Wirtschaft“.

Tote.

Beigeordneter Karl Rehorst †. In Köln ist im Alter von erst 52 Jahren der Beigeordnete der Stadt Köln, Architekt Karl Rehorst, den Folgen der Grippe erlegen. Im Alter von 40 Jahren im März 1907 von der Stadtverord-

neten-Versammlung in Köln einstimmig zum besoldeten technischen Beigeordneten gewählt, war Rehorst 12 Jahre im Dienst der Stadt tätig. Er entfaltete hier eine Wirksamkeit, die im Allgemeinen und nach der persönlichen Seite anerkannt wurde, in ihren sachlichen Beziehungen aber nicht ohne starke kritische Einwendungen geblieben ist. Karl Rehorst war ein Schüler aus dem Kreise um Karl Schäfer zur Zeit von dessen Wirksamkeit in Berlin und kam von Halle nach Köln. In Halle war er Stadtbauinspektor und nach dem Abgang Genzmer's Stadtbaurat für Hochbau. Er verließ den städtischen Dienst in Halle, als er zum Landesbaurat der Provinz Sachsen gewählt wurde, für welches Gebiet er auch als Provinzial-Konservator tätig war. Reiche Erfahrungen sammelte er in der Denkmalpflege, die ihn befähigten, auf den Tagen für Denkmalpflege eine einflußreiche Rolle zu spielen. So schien er auch auf das Beste vorgebildet für eine Wirksamkeit in Köln, wo er sich vor die sehr schwere Aufgabe gestellt fand, die neue Entwicklung der Stadt in Einklang zu bringen mit ihren alten Ueberlieferungen und mit den Anforderungen des genius loci. Seine besondere Aufgabe war die Ausgestaltung der Fluchtlinienpläne und die Herstellung der Bebauungspläne für das erweiterte Stadtgebiet. Bei aller Anerkennung für die letzteren darf nicht verschwiegen werden, daß er, so weit das alte Stadtgebiet in Betracht kam, den Gedanken der modernen Großstadt zu sehr voran stellte dem Gedanken, das alte schöne Stadtbild in seiner unübertroffenen rheinischen Eigenart möglichst unverseht den kommenden Generationen zu überliefern. Aus zu gewaltsamen Durchbrüchen im Inneren der Altstadt entstanden Disharmonien, die eine starke Gegnerschaft in den Fachkreisen Köln's zur Folge hatten. In den weitesten Kreisen wurde sein Name bekannt durch seine unermüdete Arbeit für die Werkbund-Ausstellung in Köln des Jahres 1914. Ihr Zustandekommen, die glückliche Wahl des Geländes und ihre Anlage an sich waren sein verdienstvolles Werk. In dieser Tätigkeit war er in seinem Element. Aber auch hier entwickelten sich Gegensätze zu den Fachkreisen der Stadt, da auch die Privatarchitekten Köln's ihre berechtigten Interessen durch ihn nicht gefördert fanden. So entstand nach und nach eine Stimmung gegen ihn, die in ihm den Wunsch entstehen ließ, Köln zu verlassen und einen anderen Wirkungskreis zu suchen. Daher bewarb er sich um die Stelle des Städtebauers im Zweckverband Groß-Berlin und er knüpfte auch Beziehungen an zu den städtischen Kreisen Dresdens, als hier die Stadtbauratsstelle für Hochbau nach dem Tod des bisherigen Inhabers frei wurde. Während des Krieges war er als Sachverständiger für Denkmalpflege und für den Wiederaufbau in Belgien in das Generalgouvernement von Brüssel berufen worden. Auch hier blieben Grundsätze, die er für den Wiederaufbau in den alten Städten des Landes aufstellte, nicht ohne Widerspruch. Man hatte bei ihm allgemein das Gefühl, daß eine große fachliche Regsamkeit und gewinnende persönliche Eigenschaften nicht in harmonischer Wechselbeziehung standen mit der fachlichen Vertiefung und einem abgeklärten künstlerischen Empfinden. Gleichwohl war Rehorst ein bedeutender Mensch mit menschlichen und fachlichen Eigenschaften, die seinen frühen Heimgang als einen schmerzlichen Verlust für das Fachleben empfinden lassen.

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Emmerich liefen 229 Arbeiten ein, unter denen das Preisgericht keinen des I. Preises würdigen finden konnte. Es bildete daher aus dem I. Preis von 2500 M. und dem II. Preis von 1500 M. zwei gleiche Preise von je 2000 M. Je einen Preis von 2000 M. erhielten die Entwürfe der Hrn. Hub. Scheeben in Köln und Otto Schönhagen in Dresden; den III. Preis von 1000 M. errang ein Entwurf des Hrn. Carl Haake in Düsseldorf. Zum Ankauf wurden empfohlen Entwürfe von A. Müller-Erkelenz in Köln, Jos. Wentzler in Köln, Carl Wach mit Hch. Beck in Düsseldorf, Hans Holborn in Duisburg und Willi Dyck in Essen.

Chronik.

Kleinwohnungskolonie von Waldenburg. Zu dem von der Stadt Waldenburg in Schlesien beabsichtigten Bau von Kleinwohnungen hat der Architekt Strumpff-Berlin-Breslau die Entwürfe und Kostenanschläge mit einer Endsumme von 800 000 M. aufgestellt. Die weitere Bearbeitung geschieht jedoch durch das Stadtbauamt in Waldenburg.

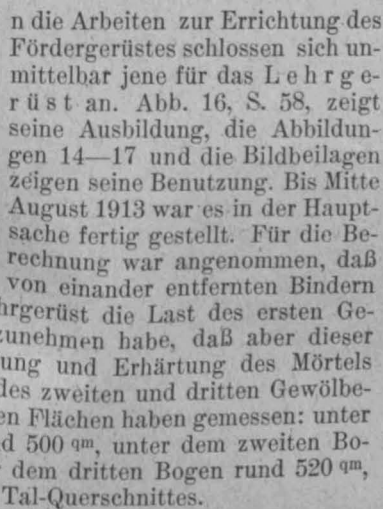
Inhalt: Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Von Oberbauinsp. F. König † in Karlsruhe, früher Vorstand der Bahnbauinspektion Gernsbach. (Fortsetzung.)



das aus vier, je 1,5 m von einander entfernten Bindern zusammengesetzte Lehrgerüst die Last des ersten Gewölberinges voll aufzunehmen habe, daß aber dieser Ring nach Ausmörtelung und Erhärtung des Mörtels mittrage an der Last des zweiten und dritten Gewölberinges. Die eingerüsteten Flächen haben gemessen: unter dem ersten Bogen rund 500 qm, unter dem zweiten Bogen rund 950 qm, unter dem dritten Bogen rund 520 qm, zusammen 1970 qm des Tal-Querschnittes.

Auch für dieses Gerüst wird hier die Zusammenstellung des Zeug-, Arbeits- und Kostenaufwandes für Abbinden und Aufstellen gegeben.

an	Aufwand		Kosten in Mark	
	im Ganzen	auf 10 qm des eingerüsteten Tal-Querschnittes	im Ganzen	auf 10 qm des eingerüsteten Tal-Querschnittes
Holz	303 cbm	1,538 cbm	10908	55,37
Eisenklammern, Laschen, Hartholzunterlagen, Zement u. dergl.	—	—	1583	8,04
Tagschichten von Aufsehern	104 "	0,5279 "	780	3,96
Zimmerleuten	1316 "	6,6802 "	7896	40,08
Maurern	12 "	0,0610 "	72	0,36
Tagelöhnern	367 "	1,8630 "	1761	8,94
			23 000	116,75

Sobald das Lehrgerüst unter dem ersten Hauptbogen aufgestellt war, wurde — Mitte Juni 1913 — mit der Herstellung des Hauptgewölbes begonnen. Zuerst wurde der innere Gewölbering unter Verwendung von künstlichen Widerlagern an 5 Stellen zugleich eingewölbt (Abbildg. 15, S. 59). Durch aufgelegte Fugenlatten auf der Schalung und durch Holzkeile wurde die Ein-

haltung der Fugenweite gewährleistet; für die Fugen war eine Weite von 25 mm vertragsmäßig zugelassen. Erst nachdem alle Quader des ersten Ringes aufgelegt waren, wurden die Fugen Anfangs August 1913 fest mit Mörtel aus 1 Teil Zement und 3 Teilen Sand ausgestampft. Hierauf ruhte die Arbeit an diesem Bogen volle vier Wochen, damit der Mörtel ohne Störung sich erhärten konnte. Erst dann wurden der zweite und der dritte Gewölbering aufgebracht. Bis Ende September 1913 war der erste Hauptbogen mit 396,7 cbm fertig. Im August 1913 wurde der innere Ring des zweiten Hauptbogens versetzt; bis Anfang November war auch dieses, 470,2 cbm umfassende Gewölbe fertig. Leider verzögerte sich die Quaderbeschaffung; so konnte der innere Ring des dritten Bogens nicht mehr vor Eintritt des Winters ausgemörtelt werden. Kurz vor Weihnachten waren die Steine auf die Schalung aufgelegt, die Fugen wurden aber erst Ende März 1914 ausgemörtelt. Bis Mitte Mai 1914 war dann auch der dritte Hauptbogen mit seinen 434 cbm vollendet. Im April 1914 war ferner mit dem Aufmauern der Pfeiler für die Sparbögen begonnen worden, dem sich das Einwölben dieser Nebengewölbe anschloß, und auf das dann das Uebermauern folgte. Bis Ende Juli 1914 waren Pfeiler und Sparbögen fertig. Auch für die Sparbögen wurde wie für die Hauptbögen Mörtel 1 : 3 verwendet, für das übrige Mauerwerk dagegen eine Mischung von 1 Teil Zement auf 4 Teile Sand.

Der Ausbruch des Krieges veranlaßte zunächst eine vollständige Arbeits-Einstellung auf 3 Wochen; auch dann konnten die Arbeiten nur mit wenigen Mannschaften wieder aufgenommen werden. Immerhin stand das ganze Bauwerk bis Dezember 1914 fertig da. Zu seiner Herstellung waren erforderlich:

Baugruben-Aushub	965 cbm
Beton und Mauerwerk	2754 "
Quadergemäuer, (Fundamente der Spargbogenpfeiler, Kragsteine und Abdeckplatten)	167 "
Quadergewölbe der kleinen Bögen	325 "
" " drei Hauptbögen	1301 "
Eisernes Geländer	5480 kg

Die Kosten beliefen sich auf 350 841 M. für den Steinbau und die Rüstungen, einschließlich des Förder- und Versetzgerüsts, und auf 1644 M. für das Schutz-Geländer, zusammen also auf 352 845 M. Der Tal-Quer-

schnitt bis Oberkante Bauwerk mißt 3328 qm, von welchen durch Mauerwerk 926 qm eingenommen werden. Die Ueberbrückung eines Quadratmeters des Tal-Querschnittes kostete daher ohne das Schutzgeländer rund 105 M.; das laufende Meter Schutzgeländer kam auf 5,4 Mark.

Um die Kosten für 1 cbm der Hauptbogen-Gewölbe zu ermitteln, wurden über Beschaffen, Heranführen und Versetzen der 247 cbm des inneren Ringes am mittleren Hauptbogen Aufzeichnungen geführt. Sie ergaben folgende Zusammenstellung:

Zement 207 Sack	414 M.
Sand 22,4 cbm	134 "
Beschaffen der Quader	
a. Steinhauerlöhne	10243 "
b. Anfuhr	3822 "
c. Bruchzins	642 "
Versetzen der Quader	
a. Maurerlöhne 110 Tagschichten	660 "
b. Handlangerlöhne 162 "	680 "
Ausmörteln der Fugen	
a. Maurerlöhne 10 Tagschichten	60 "
b. Handlangerlöhne 24 "	100 "
Gehälter für Aufsicht und technisches Personal	1150 "
Abschreibung, Unterhaltung des Geschirrs, Sprengstoffe, Krankenkassenbeiträge u. sonstige allg. Kosten	4500 "
Zus.	22405 M.

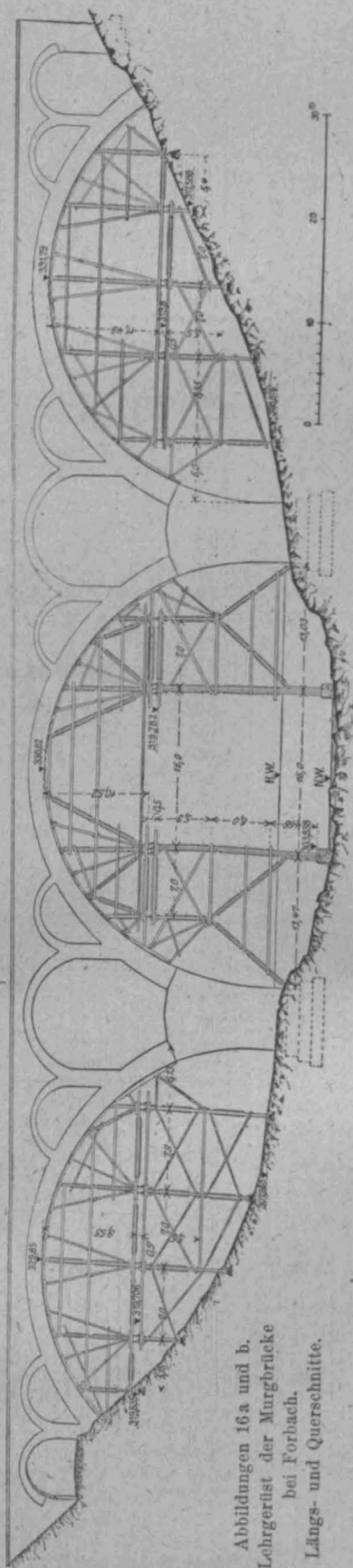
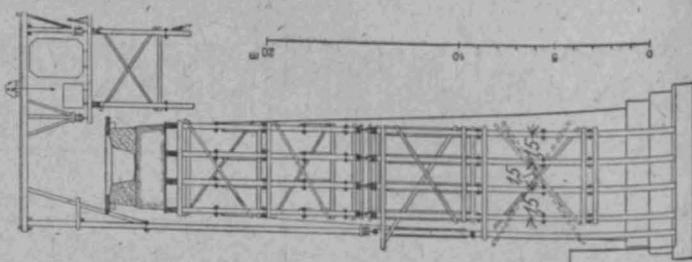
Es stellte sich also 1 cbm auf $\frac{22405}{247} = 92,50$ M. —

(Schluß folgt).

Vermischtes.

Die Stelle des Vorstandes des Tiefbauamtes in Mannheim ist vom Oberbürgermeister mit Frist zum 1. März 1919 zur Bewerbung ausgeschrieben. Das Gehalt beträgt 10 500 bis 13 500 M.; bei besonderen Vorzügen eines Bewerbers können die Gehaltsgrenzen angemessen überschritten werden. An die Bewerbung sind besondere formale Bedingungen nicht geknüpft, es kann sich also bewerben, wer sich geeignet für die Stelle hält. Der Amtsvorstand führt die Dienstbezeichnung „Stadtbaurat“. Die Gewährung von Sitz und Stimme im Stadtrat ist nach den gesetzlichen Bestimmungen „vorläufig“ nicht möglich. Aus dieser Fassung darf geschlossen werden, daß die neuen Verhältnisse auch für die badischen Städte in dieser Beziehung bald eine Aenderung bringen werden, die zur Hebung der Schaffensfreudigkeit der technischen Oberbeamten dieser Städte schon lange dringend erwünscht gewesen wäre. Mannheim ist insbesondere für den Tiefbauer ein interessantes und dankbares Arbeitsgebiet. —

Wohnungsbau der Stadt Zürich. Einen bemerkenswerten Aufsatz des kriegsgelangenen Hauptmannes, Regierungs-Baumeister B. Wehl aus Berlin, in der auf schweizer Boden erscheinenden „Deutschen Internierten-Zeitung“ entnehmen wir folgende Angaben über die von der Züricher Stadtverwaltung in den letzten Jahren zur Milderung der Wohnungsnot neu errichteten Wohnhausbauten. Es wurden sechs getrennte Siedelungen in verschiedenen Stadtteilen ausgeführt, und zwar an der Limmat-Straße mit 225, am Hauptdepot der städtischen Straßenbahnen mit 44, im Riedtli mit 300, in Außersihl mit 187, an der Nord-Straße mit 126 und am Rebbügel mit 186, zusammen also mit 1068 Wohnungen, aus je 2, 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehend. Die Häuser haben teils drei, teils vier Vollgeschosse und ein ausgebautes Dachgeschoß. Die Preise des rohen Bodens betrugen in Außersihl 9 Franken, an der Nord-Straße 9,20 Franken, am Rebbügel 8 Franken für 1 qm, Dazu kamen in der angegebenen Reihenfolge an Aufschließungskosten rund 15, 8 und 13 Fr., sodaß die wirtschaftlich maßgebenden Preise des fertigen Baulandes rund 24, 17 und 21 Franken betrugen. Im Riedtli kostete das fertige Bauland 19 bis 22 Franken. Die Häuser sind als Reihengruppen in Gestalt der Randbebauung ausgeführt und umschließen gemeinsame innere Blockflächen, sind also nicht zum Übergang in das Einzeleigentum bestimmt. Die Baukosten für 1 cbm unbauten Raumes beliefen sich im Riedtli (1911—15) auf 32,90 Franken, in Außersihl 1917 auf 48,35 Franken, an der Nord-Straße und am Rebbügel auf 60 bis 61 Franken. Die Folge dieser durch die steigenden Löhne veranlaßten hohen Baukosten ist, daß die von der Stadt festgesetzten Mieten wesentlich hinter den aus der mäßigen, 6½ prozentigen Verzinsung des Anlagekapitales sich ergebenden Zahlen zurückbleiben. Sie betragen 550 bis 624 Franken für Zwei-, 750 bis 832 Franken für Drei-, 950 bis 1040 Franken für Vierzimmer-Wohnungen und erreichen eine Verzinsung im Riedtli von 5,2 %, in Außersihl



Abbildungen 16a und b.
Lehrgerüst der Murgbrücke
bei Forbach.
Längs- und Querschnitte.

von 4,07 %, an der Nord-Straße von 4 %, am Rebbügel sogar nur von 3,86 %. Der sehr bedeutende Fehlbetrag, der sich im Riedtli auf rund 68 000, im Außersihl auf rd. 85 000, an der Nord-Straße auf rd. 52 000, am Rebbügel auf rd. 83 000, zusammen für die in den Krieg fallenden Bauten auf rd. 288 000 Franken jährlich berechnet, hat die Stadtkasse, d. h. die Allgemeinheit der Steuerzahler zu gunsten der 300 + 187 + 126 + 186 = 799 Wohnfamilien, die zum guten Teil dem Mittelstand angehören, zu tragen. Das macht für jede dieser Familien einen durchschnittlichen Jahres-Zuschuß aus öffentlichen Mitteln von 360 Franken. Es handelt sich also um außergewöhnliche Maßnahmen, die nur durch die außergewöhnlichen Begleiterscheinungen des Weltkrieges zu begründen sind.

Der Gedanke der „Wohnküchen“ hat in Zürich keinen Boden gefunden; zu der angegebenen Zahl der Zimmer treten überall die Küche und andere Nebenräume hinzu. Der Flachbau wurde durch die ziemlich hohen Bodenpreise und mehr noch durch die starken Baukosten wirtschaftlich unmöglich gemacht; die Kosten des fertigen Baulandes einerseits und des reinen Häuserbaues andererseits betrugen im Riedtli 15 und 85 %, in Außersihl 11 und 89, an der Nord-Straße 11 und 89, am Rebbügel 12 und 88 % des Gesamtkapitales. Da von den Hausbaukosten etwa 85 % auf Arbeitslöhne entfallen (die innerhalb und außerhalb der Baustelle entstehen und noch immer steigen), so ist klar, daß es auf die Dauer nicht möglich sein wird, die Mieten künstlich durch öffentliche Zuschüsse niedrig zu halten, daß vielmehr beim Hochbau wie beim Flachbau, in der

Schweiz wie in Deutschland, ein gewaltiges Ansteigen der Mieten die unausbleibliche Folge des Lohnwahnsinnes sein muß, der gegenwärtig große Teile der Arbeiterschaft ergriffen hat und irreführt, wenn diesem Wahwitz nicht in Bälde gesteuert wird. —
J. St.

90—93 des Jahrganges 1918 der „Deutschen Bauzeitung“ kennen, und seinen Hörern sei ein Gegensatz entstanden, der aus künstlerischen Meinungsverschiedenheiten hervorgegangen sei und einen Hörerstreik im Gefolge gehabt habe. Infolgedessen habe Professor Bauer ersucht, ihn bis

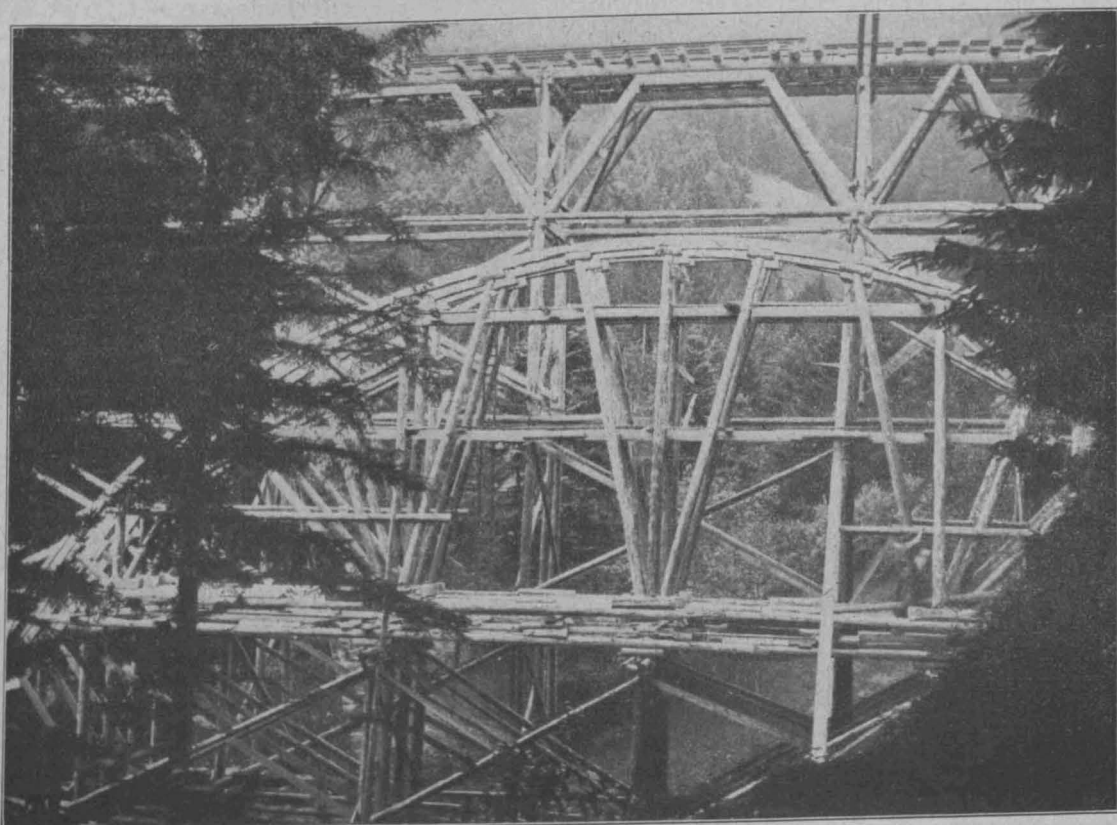


Abbildung 17. Lehrgerüst der Mittelloffnung.

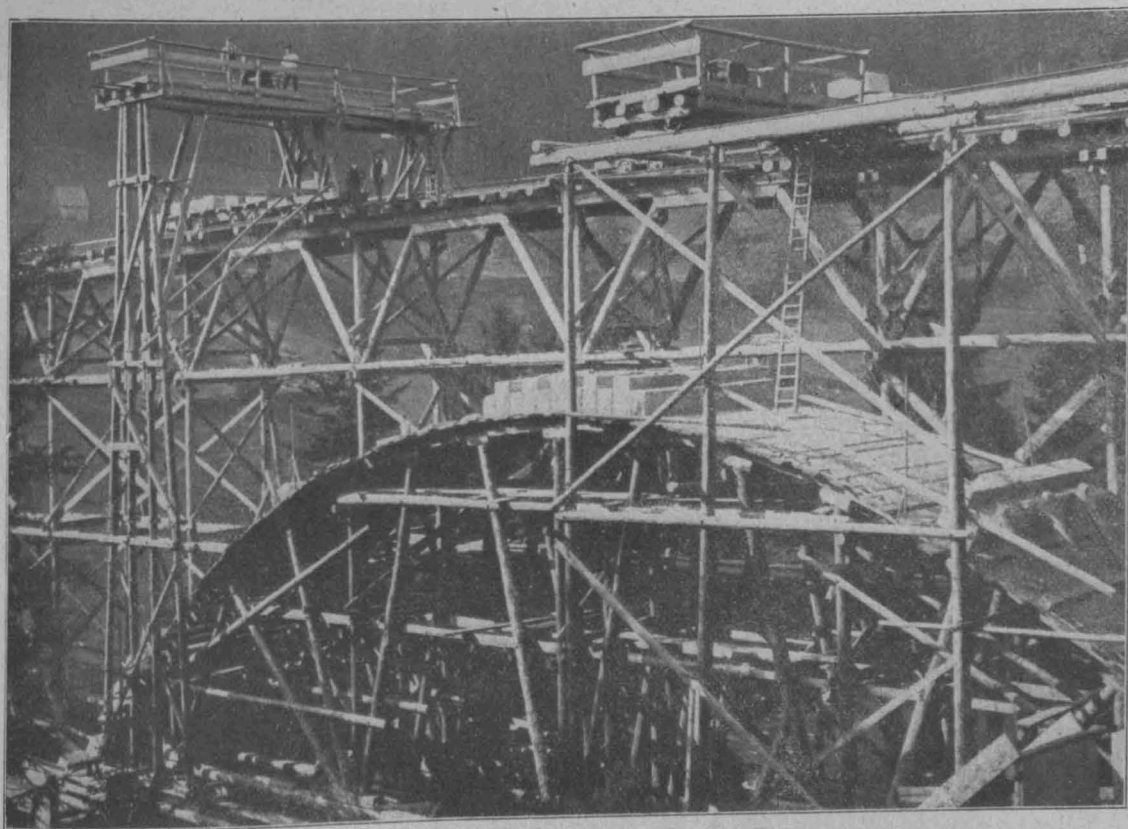


Abbildung 15. Lehr-, Förder- und Versetzgerüst der Mittelloffnung des Talüberganges bei Forbach.
Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach.

Ein Kunststreit an der Akademie der bildenden Künste in Wien hat eine Zeitlang die Öffentlichkeit der österreichischen Hauptstadt beschäftigt. Es wird berichtet, zwischen Oberbaurat Prof. Leopold Bauer, dessen Werke unsere Leser aus den Veröffentlichungen in den Nummern

zu dem Zeitpunkt zu beurlauben, bis es der Leitung der Akademie und dem Staatsamt für Kultus und Unterricht gelungen sei, in die Verhältnisse an seiner Schule wieder Ordnung und Disziplin zu bringen. Dann gedenke Bauer seine Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen. Bis dahin aber

sei der Professor an der Technischen Hochschule in Wien, Franz Freiherr von Krauss, mit der vorübergehenden Vertretung des beurlaubten Professors betraut worden. Zur Sache selbst erklärt Bauer in Zuschriften an die Tageszeitungen, er habe sich genötigt gesehen, gegen die Verfasser einer Entschließung, größtenteils Schüler eines Urlauber-Kurses an seiner Schule, die Einleitung eines Disziplinar-Verfahrens zu verlangen und gleichzeitig bei den ordentlichen Gerichten eine Ehrenbeleidigungsklage einzureichen. Weitere Angaben werden von Bauer nicht gemacht, da er den angerufenen Stellen nicht vorgreifen will.

Wir kennen nicht die tieferen Gründe dieses augenscheinlich schweren Konfliktes. Sollten es nur künstlerische Meinungsverschiedenheiten und daraus hervorgegangene, aus jugendlichem Temperament zu erklärende Beleidigungen sein, so muß man wünschen, daß die Art der Austragung, die die Schüler gewählt haben, nicht etwa auf andere Anstalten ähnlicher Art übergreift. Denn ein Streik ist zwar ein modernes Kampfmittel, aber im Reich der geistigen Arbeiter zum Nutzen der geistigen Kultur bisher nicht eingebürgert. Und nun gar Ehrenbeleidigungen! Gab es für die Hörer keinen anderen Weg, für ihre vermeintlichen Rechte zu kämpfen, als Ehrenbeleidigungen auszustößen? War nicht überhaupt für sie die einzig gegebene Möglichkeit, die Schule Bauers zu verlassen, wenn diese ihren Erwartungen, seien diese nun berechtigte oder nicht berechtigte, nicht entsprach? Dieser Weg war den Schülern umso mehr gewiesen, als die Schule Bauers nicht die einzige Schule für den Unterricht in der Baukunst an der Akademie ist. Um künstlerische Grundsätze oder didaktische Maßnahmen mit Streikbewegungen zu streiten, wäre die neueste, wenn auch nicht gerade zu begrüßende Errungenschaft der sozialen Bewegung unserer Tage. Doch sei dem, wie ihm wolle, auch wir wollen die in Aussicht gestellten Verfahren abwarten und dann über den Fall Bauer weiter berichten.

Entschließung des „Landesverbandes technischer Vereine Bayerns“. In München ist ein „Landesverband technischer Vereine Bayerns“ im Entstehen, der in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung die folgende Entschließung gefaßt hat: „Der „Landesverband technischer Vereine Bayerns“, der die beamteten und freien Techniker aller Berufszweige und Vorbildungsstufen umfaßt, richtet, durchdrungen von der Wichtigkeit der technischen Aufgaben für das wirtschaftliche Gedeihen des gesamten Volkes, an die Staatsregierung folgende Forderungen:

I. Durchdringung der gesamten Verwaltung in Staat und Gemeinde mit technischen Kräften. Die Verwaltungsstellen aller Stufen müssen künftig auch dem Techniker offen stehen.

II. Die zersplitterten technischen Verwaltungskörper müssen in ein Ministerium der öffentlichen Arbeiten zusammengefaßt werden, das nachstehende Arbeitsgebiete umschließt:

1. Das gesamte Bauwesen einschließlich Verkehrs- und militärischem Bauwesen, und zwar: a) Hochbau; b) Tiefbau: Eisenbahn-, Brücken-, Straßen-, Kultur- und Wasserbau einschließlich Wasserkraft-Ausnutzung, Wasserversorgung und Entwässerung; c) Maschinenbau einschließlich Elektrizitäts-Versorgung.

2. Das gesamte Verkehrswesen.

3. Das Vermessungswesen und die Flurbereinigung.

4. Rohstoff-Versorgung einschließlich Berg- und Hüttenwesen.

5. Technisch-wirtschaftliche und wirtschaftliche Fragen der Industrie, des Handels und des Handwerkes.

6. Außerdem müssen diesem Ministerium der technischen Verwaltung bisher entzogene Gebiete angegliedert werden: a) die Baupolizei; b) das distriktive Bauwesen; c) die Denkmalpflege; d) der Heimatschutz usw.

7. Einheitliche organisatorische Zusammenfassung der technischen Kräfte. Regelung der Personalfragen nach einheitlichen Gesichtspunkten.

III. Für die Anordnung und die Ueberwachung des Vollzuges rein technischer Aufgaben, sowie für den Erlaß technischer Vorschriften muß das Ministerium für öffentliche Arbeiten ausschließlich zuständig sein.

IV. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten kann aber befruchtend und wirtschaftlich nur dann arbeiten, wenn es sich in ständiger Fühlung mit der freien Technik und deren Errungenschaften hält. Wir fordern daher, daß aus berufenen Vertretern der organisierten Technik ein technischer Rat gebildet werde, dessen Mitbestimmungsrecht bei technischen Fragen des öffentlichen Interesses gesetzlich gewährleistet ist.

Die anderen Ministerien haben in allen Fragen, die technische und technisch-wirtschaftliche Gebiete berühren,

ihre Entschließungen im engsten Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zu treffen“.

Die Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. —

Rechtsfragen.

Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichtes. (Nötige Anstalten zur Abwendung von Gefahr.) Das unbewohnte Hofgebäude der Eigentümerin B. in Schwedenhöhe ist baufällig. Nachdem die Polizeibehörde ihr ursprünglich aufgegeben hatte, das Gebäude in standfähigen Zustand zu versetzen oder abzubauen, forderte sie durch Verfügung vom 12. Oktober 1917, lediglich den Abbruch des Hauses und zwar binnen 14 Tagen, indem für den Unterlassungsfall die Ausführung durch einen Dritten angedroht wurde. Frau B. wandte sich hiergegen mit der Beschwerde an den Landrat in Bromberg, der sie jedoch zurückwies. Auf die weitere Beschwerde entsandte der Regierungspräsident den ihm beigegebenen bautechnischen Referenten zur Untersuchung an Ort und Stelle und erteilte dann auch seinerseits einen ablehnenden Bescheid. Auf die noch erhobene Klage hat aber der neunte Senat des preußischen Oberverwaltungsgerichtes am 17. Dez. 1918 die polizeiliche Verfügung außer Kraft gesetzt. Der einen Grundsatz des preußischen Staatsrechtes bildende § 10 Titel 17 Teil II des Allgemeinen Landrechtes „beschränkt die Maßnahmen“ der Polizei dahin, daß sie nur die nötigen Anstalten treffen darf, um bevorstehende Gefahren von dem Publikum oder einzelnen seiner Mitglieder abzuwenden. Hieraus ergibt sich, daß die Behörden, wenn sie einem baupolizeiwidrigen Zustand entgegen treten wollen, nur die Anwendung des zu seiner Beseitigung gerade gebotenen Mittels verlangen dürfen. Der Senat nahm aber an, daß hier diesen Voraussetzungen nicht entsprochen sei. Dabei folgte er dem von ihm eingeholten Gutachten des Stadtbauinspektors Schück in Bromberg, das, um es kurz zu sagen, zu dem Ergebnis gelangt ist, daß die Abtragung verstärkter Absteifungen an dem Hofgebäude genüge, um eine Gefahr für die Bewohner des Vorderhauses zu beseitigen. (IX. A. 10. 18.) —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine ländliche Kleinsiedelung bei Frankfurt a. M. beabsichtigt die Stadt Frankfurt unter Verheißung einer Preissumme von 15000 M. für etwa 16 Preise für die Architekten von Frankfurt a. M. auszuschreiben. Die Siedelung soll Raum für 140 Familien bieten und zum überwiegenden Teil Einfamilienhäuser mit 3 oder 4 Wohnräumen enthalten. Ein kleiner Teil der Häuser ist für 2 Familien zu planen. Mit jedem Anwesen ist ein Garten von 500—1000 qm Fläche verbunden. Für die Siedelung kommen in erster Linie Kriegsbeschädigte in Betracht, die als Eigentümer der Grundstücke nach einem einheitlichen Plan bauen müssen. Dieses Vorgehen der Stadt Frankfurt verdient Nachahmung in anderen deutschen Großstädten. —

Chronik.

Gartenstadt bei Karlsruhe-Grünwinkel. Auf einem städtischen Gelände in Karlsruhe-Grünwinkel soll nach den Plänen des Architekten Professor Sackur daselbst eine Gartenstadt mit etwa 180 Wohnungen erbaut werden. Das Gelände liegt zwischen der Landstraße nach Dürmersheim, der Pfalz-Straße und dem Alb-Ufer; auf ihm sollen 8 Vierfamilienhäuser mit 32 Wohnungen, im übrigen Einfamilienhäuser mit 3—5 Wohnräumen einschl. Küche errichtet werden. Die als Reihenhäuser gedachten Einfamilienhäuser erhalten einen Garten von 200 qm Fläche, die Doppelhäuser werden mit Gärten von 3—400 qm ausgestattet. Außer Miethäusern sollen auch Verkaufshäuser errichtet werden, doch ist die Spekulation durch Erbbaurecht ausgeschlossen. Die Gartenstadt ist hauptsächlich für Mitarbeiter der in der Weststadt und am städtischen Rheinhafen ansässigen Industrien gedacht. —

Eine Gartenstadt München-Harlaching soll durch den Bauverein München-Harlaching, eine gemeinnützige Genossenschaft, erbaut werden. Die Besiedelung erfolgt durch 103 Kleinhäuser mit je 3 Zimmern, Küche und Zubehör. Zu jedem Haus gehört ein Garten zwischen 300 und 1000 qm Fläche. Die Kolonie ist bestimmt für Kriegsbeschädigte, Angehörige des schaffenden Mittelstandes und mittlere Beamte. —

Die Vollendung der Bagdadbahn. Wie der „Daily Express“ mit Nachdruck durchgeführt, wird die Vollendung der Bagdadbahn 18 Monate erfordern, sodaß die unmittelbare Eisenbahnverbindung vom Bosphorus bis zum Persischen Meerbusen Mitte 1920 hergestellt sein wird. —

Inhalt: Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Rechtsfragen. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Abbildung 19. Aufnahmegebäude des Bahnhöfes Raumünzach.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 13. BERLIN, DEN 12. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach.

Von Oberbauinsp. F. König † in Karlsruhe, früher Vorstand der Bahnbauinspektion Gernsbach. (Schluß.)



L in weiterer wichtiger Teil des Baues ist die Durchbohrung des Hauler-Kopfes. Abgesehen von dem unmittelbar vor dem Hauler-Tunnel endigenden Talübergang liegen alle umfangreicheren Kunstbauten oberhalb des Tunnels. Ihr Umfang machte den Bezug großer Mengen von Zement, Sand, Zementröhren u. dgl. nötig, die bis Forbach mit der Eisenbahn angefahren werden konnten. Der weitaus größte Teil der Erdmassen war auf der Strecke zwischen dem Hauler-Tunnel und Raumünzach zu lösen und zu verteilen, wozu mehrere Schmalspur-Lokomotiven und der Löffelbagger in Dienst gestellt waren. Ihr Betrieb erforderte nicht unbeträchtliche Mengen von Kohlen und Oel; hierzu kam dann noch der Bedarf an Heiz- und Schmiermitteln für eine am oberen Ende des Tunnels eingerichtete Druckluft-Anlage. Der Bauunternehmung mußte daher schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sehr daran gelegen sein, sobald als möglich einen genügend weiten Sohlenstollen durch die hemmende Bergkuppe zu schlagen, um eine vom Bahnhof Forbach bis ans Ende der Baustrecke reichende Dienstbahn verlegen und auf ihr die Bau- und Hilfsstoffe befördern zu können, statt auf die Landstraße und teures Landfuhrwerk angewiesen zu sein.

Begonnen wurde mit den Arbeiten für den Sohlenstollen am 5. Oktober 1912 auf der oberen, der Süd-

seite, und am 18. November 1912 auf der Nordseite des Tunnels. Am 18. April 1913 konnte die Wand zwischen dem von Norden her auf 105 m, von Süden her auf 257 m vorgetriebenen Sohlenstollen durchbrochen werden. Angelegt war die Sohle des Stollens im Gefälle 1 : 45 des Tunnels; der Stollen selbst erhielt einen Querschnitt von etwa 10,5 qm. Gebohrt wurde im Nordstollen von Hand, im Südstollen mit Druckluft, zu deren Erzeugung unmittelbar vor dem Südausgang eine 30-pferdige Lokomobile aufgestellt war. Der Tagesfortschritt betrug im Mittel bei Handbohrung 1,28 m schwankend von 0,5 m bis 2 m, bei Bohrung mit Druckluft 1,74 m, schwankend von 0,6 m bis 3,2 m. Der ganze Tunnel liegt, mit Ausnahme der nördlichen 16 m, vollständig in Granit, der aber vielfach zerrissen und gespalten ist und daher weitgehende Untermauerung des Tunnelgewölbes, also Aufführung von Widerlager-Verkleidung nötig machte. Immerhin konnte an zahlreichen Stellen der natürliche Fels ohne jegliche Verkleidung als Tunnelwand benutzt werden. Mit Ausnahme der oben erwähnten 16 m am Nord-Ende des Tunnels war daher für den Sohlenstollen kein Einbau erforderlich. Beim Vortreiben des Südstollens wurden in 60, 104 und 150 m Entfernung vom Süd-Ende kleine Wasseradern angeschlagen, die glücklicherweise wenig Wasser lieferten, aber doch den Arbeitsbetrieb erschwerten und den Fortschritt verzögerten.

Zeug- und Arbeitsaufwand zeigt folgende Zusammenstellung:

gehörenden Hof Raumünzach. Bei einer Länge von 560 m zwischen den Endweichen enthält er ein Kreuzungsgleis von 440 m Nutzlänge, ein Abstellgleis von 220 m, ein 40 m langes Freiladegleis und 300 m Rampengleise. Der Hauptbahnsteig und der zwischen Haupt- und Kreuzungsgleis gelegene Inselbahnsteig weisen eine Nutzlänge von je 120 m auf. Ein vorzügliches Trink- und Lokomotiv-Speisewasser liefert eine etwa 330 m talaufwärts vom Bahnhof gefaßte Quelle.

Die gleiche Sorgfalt, mit der die Kunstbauten der Strecke in die Eigenart der Landschaft eingepaßt wurden, ließ auch von der sonst üblichen Gestaltung und Ausstattung der Hochbauten auf dem Bahnhof Raumünzach abweichen. Auf schlichtem Granitsockel erhebt sich das auf Höhe des Erdgeschosses rau verputzte, im übrigen mit goldbraun lasierten Holzschindeln verkleidete Aufnahmegebäude (vergl. das Kopfbild Abbildung 19), für dessen Dach in Anlehnung an die Gepflogenheiten im Schwarzwald eine steile Neigung gewählt wurde. Auf der einen Seite schlie-

ßen sich die Güterhalle, auf der anderen ein Warteraum mit nach der Bahnseite offener Vorhalle an. Ähnlich gehalten in der Ausstattung ist das weitere Gebäude auf dem Bahnhof, das Hauswirtschafts-, Abort- und Stallräume in einem, eine Wärterwohnung im anderen Teil enthält.

Der reine Bauaufwand für die neue Strecke belief sich auf 2 046 600 M., mit dem Verwaltungsaufwand auf 2 230 708 M.; das Kilometer der Strecke kam somit auf $\frac{2\,230\,708}{4\,283} = 520\,850$ M. zu stehen.

4 283

Ausgeführt wurden die Arbeiten für den Unterbau durch die offene Handelsgesellschaft H. Vatter & Hess in Forbach (Baden), der Rohbau für die Gebäude durch das Baugeschäft R. Laule in Gernsbach, und die übrigen, kleineren Arbeiten durch Kleinunternehmer der Gegend. Geleitet wurde der Bau durch die Bahnbauinspektion Gernsbach, der auch die Planbearbeitung obgelegen hatte.

Vermischtes.

Ein zweites Winter-Semester. Mit Bezug auf die S. 51 über die Technische Hochschule in Karlsruhe gebrachten Mitteilungen, die einer amtlichen Anzeige der genannten Hochschule entnommen waren, erhalten wir vom Prorektor die Mitteilung, daß vom 5. Februar bis 5. April 1919 auch hier ein Zwischensemester abgehalten wird.

Unterstützung erwerbsloser Baukünstler und Bildhauer durch die Stadt Frankfurt am Main. Wir erhielten aus Frankfurt a. M. die folgenden, in hohem Grade zu begründenden Mitteilungen:

Die Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung beschloß in ihrer Sitzung vom 28. Januar 1919:

1. Den vom Hochbauamt zum Zweck der Beschäftigung von Frankfurter Privatarchitekten und Bildhauern beantragten Kredit von 70 000 M. derartig zu erhöhen, daß für die Beschäftigung von Privatarchitekten ein Betrag bis zu 200 000 M., von Bildhauern ein Betrag bis zu 100 000 M. dem Hochbauamt vorschußweise zu Verfügung steht.

2. Für Beschäftigung von Privatarchitekten möglichst Aufträge aus dem Gebiet des öffentlichen Bauwesens, auch des Kleinwohnungsbaues, bereit zu stellen, auf deren spätere Ausführung gerechnet werden kann; ferner zurzeit und bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse im Bauwesen allgemeine Wettbewerbe unter allen Umständen zu vermeiden, dagegen beschränkte Wettbewerbe unter angemessener Entlohnung der Teilnehmer zu fördern.

3. Die Verteilung der hiernach anfallenden Aufträge und Entlohnungen derart zu ordnen, daß in erster Linie nur solche seither selbständige Künstler dabei berücksichtigt werden, deren wirtschaftliche Verhältnisse das nachweisbar zurzeit erfordern und daß diese Feststellungen ebenso wie die Verteilung selbst durch das Hochbauamt in Verbindung mit einem Verteilungs-Ausschuß vorgenommen werden, dem a) bei den Architektur-Aufträgen der Vorsitzende des „Ausschusses für bildende Kunst“ (Rat für künstlerische Angelegenheiten) und je ein Vertreter der Vorstände des „Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Vereins“, sowie der Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Architekten“, b) bei den Bildhauer-Aufträgen der Vorsitzende des „Ausschusses für bildende Kunst“ und je ein Vertreter der Vorstände der „Frankfurter Künstlergesellschaft“ und der „Bildhauervereinigung“ angehören soll, und daß die Mitglieder dieser Verteilungsausschüsse von der Übertragung dieser Aufträge ausgeschlossen bleiben.

Sie beschloß ferner: den Magistrat zu ersuchen, daß den städtischen Baubeamten bis auf Weiteres in keinem Fall die Genehmigung zu nebenamtlicher oder privater Tätigkeit erteilt und daß für die zurzeit erwerbslosen Kunstmalern und Kunstgewerblern ebenfalls eine ausreichende Beschäftigung und Hilfe gesichert werde.

Die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland, die in No. 11 der „Deutsch. Bztg.“ als bevorstehend bezeichnet wurde, ist mit dem 29. Januar d. J. ebenfalls in Kraft getreten. Sie bezweckt, die Abwanderung auf das platte Land zu fördern, der Landflucht zu steuern und wirkt damit auch zurück auf die Wohnungsbedürfnisse in den Städten. Es sind demnach durch die Bundesstaaten gemeinnützige Siedelungsge-

sellschaften zu schaffen, wo solche noch nicht bestehen, mit bestimmt abgegrenztem Wirkungskreis (es können auch Behörden und Anstalten sein). Durch die Bereitstellung von Staatsdomänen, von Moor- und Oedland, das auch enteignet werden kann, und durch Verleihung eines Vorkaufsrechtes auf landwirtschaftliche Grundstücke von 20 ha aufwärts (mit gewissen Einschränkungen) soll diesen Siedelungsunternehmen das nötige Land zugeführt werden. Wo diese Maßregeln nicht ausreichen, d. h. in Bezirken mit erheblichem (im Gesetz nach Umfang genau festgelegten) Großgrundbesitz (Güter über 100 ha) sind die betr. Grundbesitzer zu Landleieferungsverbänden zusammenzuschließen, die die Aufgabe haben, durch Kauf oder Enteignung den Siedelungs-Unternehmungen das noch fehlende Land zu schaffen. Es sind dabei in erster Linie schlecht bewirtschaftete, aus früher selbständigen Bauerngütern zusammengebrachte und während des Krieges von Kriegsgewinnlern gekaufte Güter zu erwerben. Die Regelung im Einzelnen bleibt dabei den Bundesstaaten z. T. überlassen. Den Landeszentralbehörden wird außerdem das Recht verliehen, Landgemeinden und Gutsbezirke zur Abordnung zuzulassen, soweit das nicht vom Staatssekretär im Reichsarbeitsamt geschieht. Es wird ihnen auch das Recht verliehen, Landgemeinden und Gutsbezirke zur Abgabe von Pachtland an landwirtschaftliche Arbeiter der betreffenden Bezirke anzuhalten.

Die Bürgermeisterstelle zu Coblenz, die durch den Tod des Oberbürgermeisters Clostermann erledigt ist, soll neu besetzt werden. Bewerbungen bis zum 20. Februar 1919. Die Festsetzung des Gehaltes bleibt vorbehalten. Es kommen nur Bewerber in Betracht, die Erfahrung im höheren Verwaltungsdienst haben. Aus dem Umstand jedoch, daß die Ausschreibung auch in unserer Zeitung erfolgt ist, darf der Schluß gezogen werden, daß Bewerbungen geeigneter Techniker in ernste Erwägung gezogen werden dürften. Die zukünftigen öffentlichen Arbeiten der Stadt Coblenz und die Verhältnisse der Stadt an sich sind wohl geeignet, auf erfahrene und im Verkehr mit Menschen gewandte Vertreter des Hoch- oder Tiefbaues große Anziehungskraft auszuüben, sodaß wir den Herren Fachgenossen die Bewerbung angelegentlich empfehlen.

Die Ausschreibung der Stadtbaurat-Stelle in Gleiwitz, die nach der Zuruhesetzung des jetzigen Inhabers offen ist, veranlaßt uns, mit einigen Worten darauf einzugehen. Der Stadtbaurat ist besoldetes Magistratsmitglied. Das Gehalt beträgt 9000 und steigt bis zu 12 000 M. Der Stadtbaurat, dem das gesamte städtische Hochbauwesen unterstellt ist, der also Architekt sein muß, ist verpflichtet, auch andere Verwaltungszweige, insbesondere diejenigen der Baupolizei-Verwaltung und des städtischen Tiefbauwesens einschließlich der Betriebsverwaltungen (Wasserwerk, Gasanstalt, Kanalisation usw.) zu übernehmen, sofern diese ihm übertragen werden sollten. Bewerber müssen die Eigenschaft als Regierungsbaumeister besitzen und längere Erfahrung im städtischen Bauwesen, sowie in der Handhabung der Baupolizei besitzen.

Gleiwitz ist eine Stadt von fast amerikanischem Wachstum. Ihre Einwohnerzahl ist von 16—19 000 in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auf etwa 70 000 der Gegenwart gestiegen und dürfte auch weiterhin, wenn auch vielleicht nicht in gleichen Verhältnissen, steigen. Ob es sich da nicht empfehlen würde, Hoch-

bau und Tiefbau zu trennen, wie es in weitaus kleineren Städten zu deren Nutzen bisher schon geschehen ist, und jedem Verwaltungszweig einen selbständigen Leiter zu geben, wäre vielleicht zu bedenken. Die Beschränkung der Bewerber auf den Kreis der Regierungsbaumeister widerspricht dem Geist der Zeit. —

Der Weiterbau der Murgtalbahn. In der badischen Tagespresse wird die Vollendung der Murgtalbahn, der Querverbindung Rastatt-Freudenstadt, durch Ausbau der noch fehlenden Strecke Raumünzach-Klosterreichenbach als ein dringendes Erfordernis bezeichnet. Für Baden handelt es sich um die 15 km lange Strecke Raumünzach-Landesgrenze, für Württemberg um die gleichfalls nur kurze Strecke Landesgrenze-Klosterreichenbach. Durch Staatsvertrag zwischen Baden und Württemberg vom 12. Dezember 1908 war der vollständige Ausbau der Murgtalbahn innerhalb 8 Jahren vorgesehen, eine Frist, die durch den Krieg eine Unterbrechung aus höherer Gewalt erfahren hat. Die badische Regierung wurde bereits mit Gesetz vom 28. Mai 1900 zum Bau der Bahn bis zur württembergischen Grenze ermächtigt. Der Bau der Schlußstrecke wird nunmehr dringend gefordert aus den zahlreichen Gründen, die aus der Wiederaufrichtung der Volkswirtschaft in Südwestdeutschland sich ergeben. Vor allem handelt es sich um die Schaffung der kürzesten Verbindung des Herzens des Schwarzwaldes mit den Rheinhäfen, um die Verbindung des südlichen Württemberg mit dem großen Völkerweg der Rhein-Straße. —

Die Stelle des Stadtbaurates für Tilsit, der besoldetes Magistratsmitglied ist und ein Gehalt von 6000 M., steigend bis 9000 M., dazu die entsprechenden Zuschüsse erhält, ist mit Bewerbungsfrist zum 15. März 1919 ausgeschrieben. Es ist nicht bemerkt, ob ein Hoch- oder ein Tiefbauer gewünscht wird, vermutlich hat der Gewählte das gesamte Bauwesen von Tilsit zu bearbeiten. Bedingungen über die formale Ausbildung sind nicht gestellt, sodaß der Kreis der Bewerber ziemlich weit gezogen ist. —

Stadtbaurat für Hochbau in Mannheim. Der zum Stadtbaurat für Hochbau erwählte Architekt Dipl.-Ing. Karl Roth in Dresden ist zwar Professor, jedoch nicht zugleich auch Dozent an der Technischen Hochschule in Dresden, wie in No. 10 irrtümlich angenommen wurde. —

Muß der Vorstand einer gemeinnützigen Gesellschaft für Wohnungsbau ein Techniker sein? Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der „Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Wohnungsbau“ in Köln, Oberbürgermeister Adenauer, hat diese Frage verneint, wie es uns scheinen will, nicht zum Vorteil der Gesellschaft. Die genannte Aktiengesellschaft, die mit einem Kapital von 6 500 000 M., also einem sehr erheblichen Betrag arbeitet, hat die Stelle eines weiteren Vorstands-Mitgliedes ausgeschrieben und bemerkt dazu: „Es kommen nur solche Bewerber in Betracht, die nachweislich über große Organisationsgabe, sowie über reiche Erfahrung im Bauwesen, insbesondere bezüglich der Baustoff-Beschaffung, Abschluß von Verträgen mit Unternehmern und den sonstigen mit der Bauunternehmung zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen verfügen. Eine technische Vorbildung wird nicht gefordert, dagegen ist besondere Erfahrung im Kleinwohnungswesen erwünscht“. Hiernach ist die Bewerbung von Technikern nicht geradezu ausgeschlossen, wenn sie auch nach der Art der Behandlung dieser Stellen-Ausschreibung wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben werden. Ist es denkbar, daß man einen Nichttechniker findet, der alle die hier geforderten Eigenschaften in sich vereinigt, vereinigt zum Vorteil der Gesellschaft und ihrer Schützlinge, also der wohnungsbedürftigen Allgemeinheit? Das müßte ein ganz seltener Mensch sein. Wir fürchten, der Herr Vorsitzende des Aufsichtsrates wird sich mit diesem in den Erwartungen täuschen, unter den gestellten Bedingungen eine Kraft zu gewinnen, von der ein fördernder Einfluß auf das Wohnungswesen erwartet werden kann. Zudem scheint uns hier eine gewisse Geringschätzung der Technik vorzuliegen, die nach den Erfolgen der Technik im verflochtenen Krieg in Deutschland nicht mehr Platz haben sollte. —

Eine „Wirtschaftsstelle der selbständigen Privat-Architekten in Mannheim“ hat sich in den letzten Tagen gebildet. Die Vereinigung bezweckt den Zusammenschluß der selbstständigen Privat-Architekten in Mannheim, sowie die Vertretung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Interessen. Die Leitung ist einem aus 9 Herren gebildeten Ausschuß übertragen, bestehend aus den Hrn. Christian Baumüller, Joseph Kuld, A. Langheinrich, Arth. Lehmann, Ernst Plattner, Rud. Tillessen, Georg Waibel, Jos. Weiss und Karl Wittmann in Mannheim. Als Geschäftsführer ist Arch. Arth. Lehmann, Mannheim, L 13, 1, bestellt. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Erweiterung des Stadthauplanes von Böblingen in Württemberg erläßt das Stadtschultheißenamt mit Frist zum 23. April 1919 für reichsdeutsche Bewerber, die zurzeit des Ausschreibens in Württemberg ansässig oder hier geboren sind, wenn sie auch ihren Wohnsitz außerhalb des Landes haben. Es gelangen 3 Preise von 3000, 2500 und 2000 M. zur Verteilung; 2500 M. sind für Ankäufe vorgesehen. Es ist vorbehalten, die Summe von zus. 10 000 M. auch in anderen Abstufungen zu verteilen, eine Verteilung soll jedoch in jedem Fall stattfinden. Im Preisgericht befinden sich u. A. die Hrn. Ob.-Brt. Schmohl, Stadtbrt. Muesmann und Prof. M. Elsässer in Stuttgart, sowie Stadtbaumstr. Eberle in Böblingen. Als Ersatzleute wurden die Hrn. Prof. Dr.-Ing. Weyrauch und Prof. Schmittthener in Stuttgart gewählt. Unterlagen gegen 10 M., die zurück erstattet werden, durch die Stadtpflege Böblingen. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für dreigeschossige Doppelwohnhäuser in Schwäbisch-Gmünd hat der Gemeinderat für die Architekten dieser Stadt beschlossen. Jeder Teilnehmer erhält einen Betrag von 100 M. für Zeitaufwand; dem Sieger werden die Ausführungspläne und die künstlerische Leitung der Ausführung übertragen. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Erweiterung des städtischen Friedhofes zu Angermünde eröffnet der Magistrat für in Deutschland ansässige Bewerber mit Frist zum 20. Febr. 1919. 3 Preise von 800, 400 und 200 M.; Ankäufe für je 100 M. vorbehalten. Im Preisgericht u. A. die Hrn. Friedhofs-Direktor Hannig und Garten-Direktor Schulze in Stettin. Im Preisgericht befindet sich kein Architekt. Unterlagen gegen 3 M. durch das Stadtbauamt in Angermünde. —

Gegen allgemeine öffentliche Wettbewerbe hat der „Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein“ die folgende Entschließung gefaßt:

„Der Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein nimmt in Anbetracht der augenblicklichen Notlage der Architektenschaft und des andauernden Mangels an Bauaufträgen verschiedene Stellung gegen die jetzigen Ausschreibungen allgemeiner öffentlicher Wettbewerbe. So sehr solche allgemeinen Wettbewerbe in normalen Friedenszeiten ein geeignetes Mittel zur Gewinnung einer zweckmäßigen Lösung der gestellten Aufgabe und gleichzeitig zur Ermittlung des geeignetsten Meisters für deren Ausführung sind, so sehr sie dazu dienen können, jungen Talenten zu Entdeckung und Anerkennung zu verhelfen, umso mehr muß heute die soziale Rücksicht auf die Künstler die Veranstaltung öffentlicher Wettbewerbe ausschließen. Man darf den Künstlern, die ohne Aufträge in der heutigen Zeit der Teuerung in schwierigstem Existenzkampf stehen, nicht zumuten, Arbeiten zu leisten, für die sie in der Mehrzahl kein Honorar erhalten.“

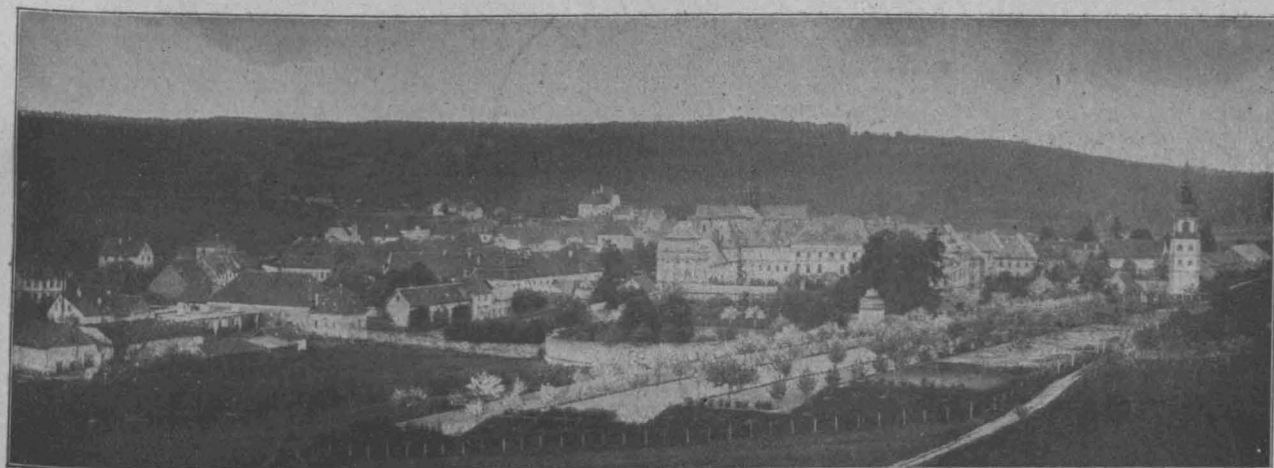
Im Gegensatz hierzu steht in der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe den Behörden ein besonders geeignetes Mittel zur Verfügung, die Auswahl unter verschiedenartigen Lösungen einer Aufgabe mit der Beschäftigung und Entlohnung einer größeren Anzahl von Künstlern zu verbinden.

Darum muß unter Berücksichtigung der sozialen Lage der Künstler bis zum Wiedereintreten normaler Wirtschaftsverhältnisse den Behörden gegenüber die Forderung erhoben werden: Unterlassung öffentlicher Wettbewerbe, dagegen häufige Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe; sowie in erster Linie unmittelbare Uebertragung der Planbearbeitung geeigneter Bauaufgaben.“

Gegen die vorstehende Entschließung wird kein Einsichtiger Einwendungen erheben wollen; man darf aber doch ihr gegenüber dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Not der Zeit, die sie veranlaßt hat, bald wieder dem Friedenszustand weichen möge. Keinesfalls sollte später von der Veranstaltung allgemeiner Wettbewerbe abgegangen werden, wie es schon in Friedenszeiten hier und da gefordert worden ist; denn es ist unbestreitbar, daß das Wettbewerbswesen erheblich am Aufschwung der deutschen Baukunst im letzten Menschenalter beteiligt war. —

Inhalt: Vom Bau der neuen Murgtal-Bahnstrecke Forbach-Raumünzach. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Wirtschaftsgebäude. Festsaal. Nebenturm.
Ansicht von Ebrach aus der Richtung von Würzburg her.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. №14. BERLIN, DEN 15. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Von Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin.

Aus dem gesegneten Gottesgarten um Bamberg mit seiner Obst- und Rosenfülle über dem einst, wie Ortsnamen vom Schlag der Burgwindheim, Geiselwind, Abtswind erzählen, ganz mit Slawen oder Wenden besetzten Regnitz-Tal schlängelt sich ein Nebentälchen in der Richtung nach Würzburg hin, in dem ein Bähnlein an einer Reihe blühender Dörfer und Marktflecken vorbei langsam in die Höhe steigt. Anfänglich eine breite rasengepolsterte Au, verengt es sich gegen den Steigerwald hin mehr und mehr, rücken weiter oberhalb die seine Ufer säumenden buchenbestandenen Hügel traulicher an einander. Von einem Fließ wird der Grund durchfurcht, dessen regierender Wasserader weitere Rinnsale, aus Nebentälchen heraus quellend, kurzen Laufes zueilen. Das ist die Ebrach, nach ihren drei Läufen die untere, mittlere und reiche, d. h. wasserreiche geheißen. Wie der Name des heutigen Eisenbahn-Knotenpunktes Bebra die Erinnerung an die dort vor alters angesiedelten Biber, so birgt die Ebrachs — gleich dem des weinberühmten rheingauischen Eberbach — einen Nachklang an die dem kolonisierenden Zisterzienserorden vorauf gegangene Waldfülle mit seinem Schwarzwild-Reichtum. Wir reisen im mittleren der drei Täler. Im südlichen liegt das berühmte Schloß Weißenstein¹⁾ ob Pommersfelden, 1711 bis 1718 für den Reichsgrafen Lothar Franz von Schönborn, einstigen Erzbischof von Mainz und Bischof von Bamberg, erbaut.

Wo Querrinnen einschneiden, gibt es in der Senkung eine helle und eine dunkle Lage. Hier huschen Sonnenstrahlen über den Waldsaum golden und warmfarbig, dort gegenüber liegen bläulich-duftige Schlagschatten auf den von rotbraunem Vieh beweideten grünen Matten. Friede lagert über dem Gebreit.

Und nun tauchen die Vorboten einer reich ausgedehnten Herrschaft auf. Schon in den unteren Dorfsiedelungen stehen einzelne breit hingelagerte Gebäude, die nichts mehr mit bäuerlichen Anwesen zu tun haben, unter einem mächtigen, einen einheitlichen Willen anmeldenden Dach; dann, der Klosterstätte Ebrach näher, Gebäude mit dem typischen Mansardendach. Weiterhin, in Burgwindheim, ein 1720 bis 1725 wahrscheinlich unter Balthasar Neumanns Leitung entstandenes Schloßchen, eine Curia²⁾ Ebracensis, ein Haus nicht ganz kleinen Maßstabes mit vier beherrschenden Eckpavillons unter lebendig geschweiften Schieferdächern. Es sind Kinder eines Herrengeschlechtes, das im oberen Tal festgewurzelt gesessen hat und dessen Machtbereich sich weithin ausdehnte. Gegen Mittag hin hatte es die einst bebushnten Höhen in Rebhügel umgewandelt, die jetzt vergangen oder Obstgärten gewichen sind, ehemals aber ein Gewächs trugen, das dem feurigen Steinwein, der noch jetzt auf den von Sonnenstrahlen umbrannten Abhängen des Mainstromes bei Würzburg gedeiht, ein bekümmertes Gemütern Trost spendender Verwandter heißt. In die gero-

dete Talsohle aber hatte es deichumrandete Fischteiche eingegraben, eine über halbkilometerlange Reihe am Oberlauf des Bächleins; aber auch schon bei Mönchsherrendorf unterhalb der Klostersiedelung war vor uns ein solcher heller Wasserspiegel aufgeblitzt. Rings umher liegt in der Keuperlandschaft zumteil fruchtbarster Getreide- und Rübenboden.

Nicht fern mehr, dann reckt sich um die Bergnase herum der zackig umrissene Dachreiter über die Vierung des Klostersgotteshauses, eine aus dem Achteck entwickelte Kuppellaterne, steil auf, kupferumkleidet und grün patiniert, oben in prickelnd-keck herausgehobenen vergoldeten Zierat ausklingend. Um Welten ist sie von der ursprünglichen still ehrwürdigen Art mittelalterlichen Zisterziensergeistes entfernt, aber in sich vortrefflich, und darum neben dem Alten sicher eingebürgert, während der Maßstab des besinnlich-ernsten mittelalterlichen Bauwerkes durch den Eindringling an Nachdruck nur gewonnen hat. Seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts steht der Altbau der Kirche neben einem selten ausgedehnten, weitschichtigen Klostergebäude. Man erstaunt beim Anblick der Neuschöpfung über die Finanzkraft der Ordensniederlassung, man staunt noch mehr darüber, wie geschlossen, einheitlich und übersichtlich gruppiert die Barockmeister sie hingestellt haben. Denn es ist eine bebaute Fläche mit Höchstmaßen von 95 m in der Nord-südachse und gar 217 m in der Kirchen-Längsachse, das Gotteshaus selbst ungerechnet³⁾. Freilich handelte es sich bei den damaligen Großschöpfungen um die Auswirkung von Vertretern einer Anschauung, die nichts mehr und nichts weniger begehrte, als absolutistisch die Welt nach einheitlichen Gesichtspunkten zu formen und Einzelgliederungen zugunsten machtvoller Zusammenfassung auszuschalten.

Um sich eine genaue Vorstellung vom Umfang, von der künstlerischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieses Barockschlosses zu machen, wolle man sich gegenwärtig halten, daß es das räumlich umfangreichste Klosteranwesen Preußens, die Benediktinerabtei in Corvey an der Weser, an Flächen- und Raumgröße ganz erheblich überflügelt. Auch die Baulichkeiten des Klosters gleicher Regel, der Zisterzienser in Leubus an der Oder, halbwegs zwischen

¹⁾ Abb. bei Otto Albert Weigmann, Eine Bamberger Baumeisterfamilie (der Dientzenhofer). Straßburg 1902, Tf. 17 bis 23, 31, Textbilder S. 152, 170; besser „Deutsche Bauzeitung“ 1909, S. 529, 546, 569 und Bildbeilage zu No. 78.

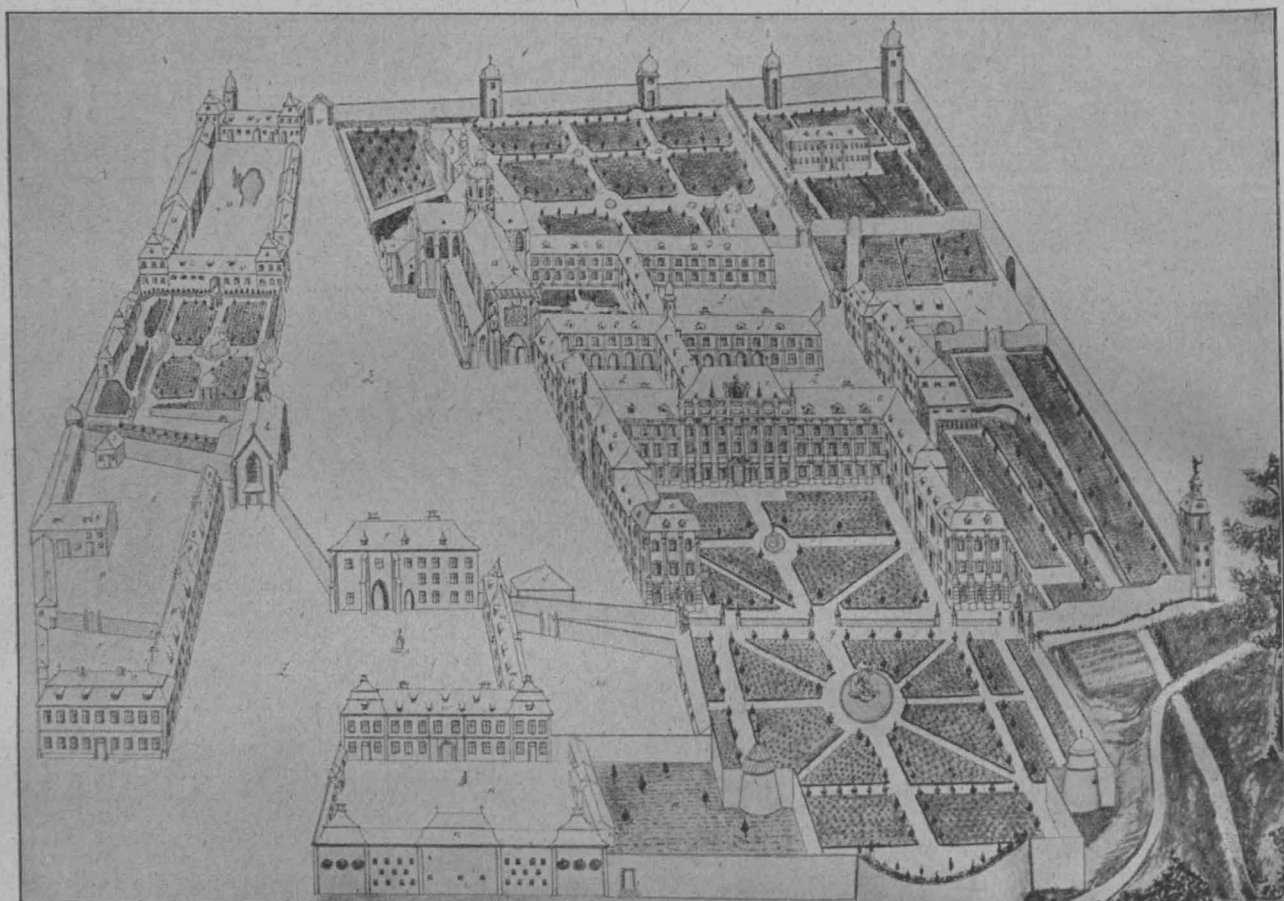
²⁾ Curia heißt das Curiengebäude der Römer, wo die Curien, eine der von Romulus begründeten 30 Abteilungen patrizischer Geschlechter, zusammenkamen, dann allgemeiner ein Versammlungsgebäude und ein Amtsgebäude überhaupt, das der Domherren noch heute.

Abb. bei Weigmann, Tf. 7 und Grundriß S. 80.

³⁾ Die Maße nach dem im Auftrag der Zuchthaus-Verwaltung aufgetragenen Lageplan des Baupalais Flegelstein. In dem umfassenderen Grundriß der Gesamtanlage bei Weigmann S. 59 fehlt der Maßstab.

Breslau und Liegnitz, überholt Ebrach an Macht und Pracht, obwohl es von Leubus durch die stattliche Ausbildung einiger Haupträume, wie des Festsaales, der Bücherei und des Refektoriums geschlagen wird⁴⁾ und die Fassadengliederung als ihm wohl ebenbürtig bezeichnet werden kann. Ein Eindruck dieses ebenso bemerkenswerten baugeschichtlichen wie baukünstlerischen Ereignisses stellt sich auch durch die Erwägung ein, daß die umbaute Grundfläche das Vierfache der üblichen mittelalterlichen Kreuzganghöfe umfaßt. Und über diese außergewöhnliche Ausdehnung hinaus sind die beiden äußeren der Kirche gleich laufenden Flügel gegen Abend hin um das Maß von zehn Achsweiten verlängert, sodaß sie nebst zwei weiteren zu einem vorzelagerten, ausdrucksvoll betonten Pavillon gehörigen stärkeren Achsen am West-Ende sowie mit dem in der nord-südlich streichenden Querachse (der Hauptquerachse) eingelagerten Festsaalbau einen gegen den Oberlauf des Wiesen- und Waldtäfels offenen, mächtigen Ehrenhof einrahmen, der fast das volle Ausmaß von zweien der östlichen Klosterhöfe zusammen umspannt. Und noch weiter gegen Westen hin, bahnaufwärts, setzt sich dieses Anwesen in eine einstmals

bahrung. Nicht mehr sollte der Gast eines großen Hauses am Anfang des 18. Jahrhunderts in eine offene Hofanlage einreiten oder einfahren, um, wie in mittelalterlichen Burgen in steter Drehbewegung die in dunklen Ecken belegenen Spindeltreppen zu erklimmen, wie etwa in Schloß Wilhelmsburg über Schmalkalden oder in dem unter wälschem Einfluß etwas weiter vorgeschrittenen Schloßbau der Piasten zu Brieg an der Oder mit geraden Treppenläufen, sondern es öffnet sich ihm, seinem prachtvollen Staatskleide, seiner Perücke und seinem Galawagen entsprechend, auch bei wirtschaftlich gekräftigten Feldklöstern ein nach außen hin sich auftuendes Treppenhaus, um ihm einen unzweideutig sprechenden Eindruck von der Machtfülle der hier gebietenden infulierten Äbte zu gewährleisten. Vom Treppenhaus aus muß der Festsaal zur Begrüßung leicht zugänglich sein. In Ebrach ist das unter Einschub einiger Vorräume erreicht worden, in welche die Ankommenden zunächst genötigt wurden, um sich des Reisemantels zu entledigen. Von hier aus sind auch über eine Nebentreppe die Balkone in der Schmalwand des Festsaales zugänglich. Die Hausbewohner selbst konnten durch einen an diesen Neben-



Prospekt des Klosters Ebrach im Jahre 1803 nach Beerwein.

architektonisch wertvolle Gartenanlage fort, in welche Festteilnehmer, heute die sich in der ehemaligen Aula zum Gottesdienst versammelnden evangelischen Kirchgänger, hinein blicken und die sie damit in ihren Vorstellungskreis als Raumschöpfung einbeziehen.

Festsaal und Treppenhaus sind die beiden ausschlaggebenden Mittelpunkte derzeitiger gesellschaftlicher Ge-

gemächern vorbei streichenden Korridor vom Treppenhaus her unmittelbar in den Festsaal gelangen, um dort zum Empfang der Gäste gerüstet zu sein. Diese Korridore, welche das sechszehnte Jahrhundert wohl kannte, die es aber derzeit immer noch wie mittelalterliche Kreuzgänge gegen die Witterung in der Regel nicht geschlossen, also auch die an ihnen liegenden Räume Wind und Wetter preisgegeben hat, waren gegen Ende des siebzehnten allmählich festes Bedürfnis geworden, ja sie haben sich wie sonst, so auch zumteil in Ebrach, zu stattlichen Hallen entwickelt, der Forderung des Mathematikers und theoretischen Baukundigen Leonhard Christoph Sturm⁵⁾ entsprechend (†1729): „es sollen alle Zimmer miteinander gute Kommunikation haben, also, daß man in keinem Gemach gleichsam gefangen sei, wenn einer vor die Thüre kommt, von dem wir nicht wollen gesehen oder gesprochen sein“. Schon in diesem äußerlichen Punkt ist der Fortschritt z. B. gegen die derzeitige fürstbischöfliche Residenz in Bamberg, das heutige königliche Schloß, nicht zu verkennen, dem nur teilweise Korri-

⁴⁾ Bilderwerk schles. Denkmäler Tf. 126, 2; 141, 2; 142, 3, 4.

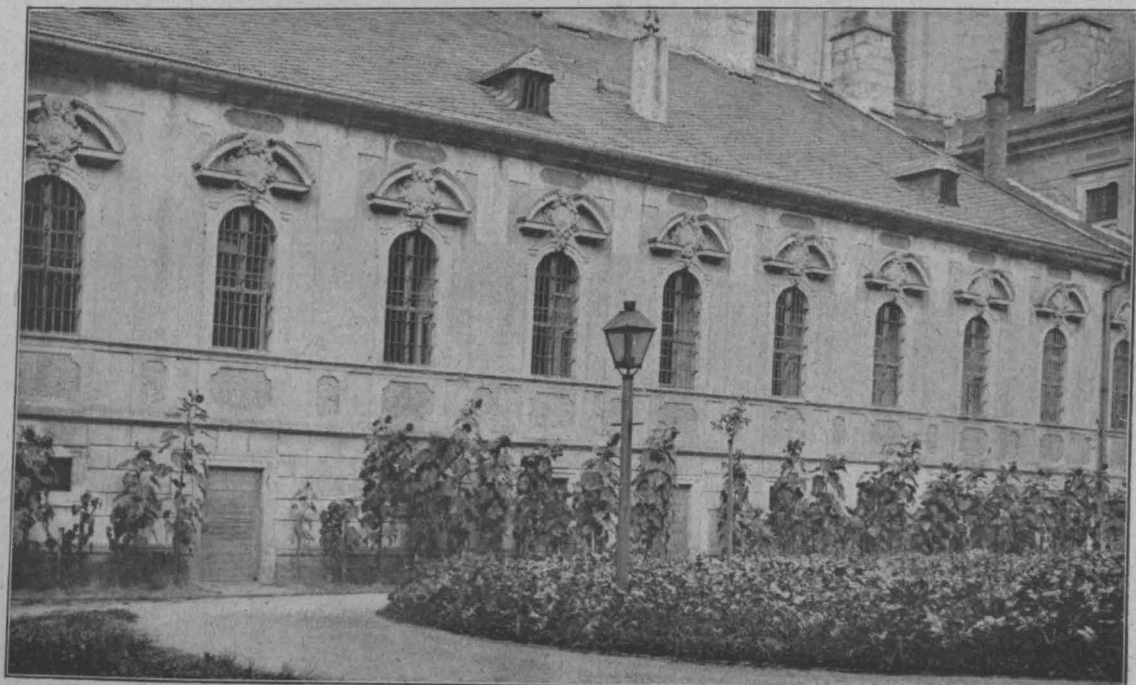
⁵⁾ Nach dem Vorgang Blondels in seinem „Cours d'architecture“ und der von Cordemoy geforderten Bienséance (Schicklichkeit), wie sie sie als erwünscht sich vorstellten. Denn selbst im Schloß Chambord gab es noch keine Korridore an Wohnzimmern, sodaß andere Zimmer durchschritten werden mußten, um zu den eigenen Appartements zu gelangen. Joseph Keller, Balthasar Neumann, Würzburg 1896, S. 42. — Mit dieser Forderung verschwanden natürlich korridorlose Wohngebäude nicht durchweg, es fehlen Verbindungsgänge in Friedrich Joachim Stengels Schloß in Saarbrücken und in seinem Corps de logis des Schlosses in Dörnburg an der Elbe. K. Lohmeyer (von S. 44) 53 ff. 83. — Mehr genügt dieser Bedingung Johannes Seiz, Kurtrierischer Hofarchitekt 1717 bis 1779. Vergl. die Grundrisse bei K. Lohmeyer, Johannes Seiz (Heidelberg 1914) 76, 81, 83, 133, 156, 163, 168, 169, 185.

⁶⁾ Vergl. J. J. Küchels und Johann Leonhard Dientzenhofers Entwürfe, Grundrisse bei Weigmann S. 86, 88 (95 auch Tf. 9, 10, 28 bis 30).

dore eignen⁶⁾. Ihre Ausstattung in Ebrach steht hinsichtlich des Punktes mit der der Haupträume Hand in Hand; je nach den verschiedenen Bedürfnissen des Haushaltes ist sie natürlich entsprechend abgestuft.

Gegen die mittelalterliche Kirche ist die Klosterlängsseite so weit abgerückt, daß ihre Nordflucht ungefähr⁷⁾ in die Südflucht verläuft. Somit entfaltet sich ihre Westschauseite, durch die Bautätigkeit des Barock unberührt, ziemlich voll dem von Würzburg her in den Klosterbezirk eintretenden Besucher.

ohne Schädigung⁸⁾ des Gotteshauses weiter so erreicht, daß sich der Westsaalbau in der großen Mittellinie des Ehrenhofes mit seinen sieben Achsweiten über die — wie er selbst dreigeschossigen, von Nord nach Süd streichenden — Flankenbauten von je sechs Achsweiten heraus hebt und zwar durch das stattliche Hauptgesims mit dem darüber aufsteigenden, beiderseitig abgewalmten Steildach. Ebenso übersteigt das Treppenhaus in dem langen Nordflügel mit seinen drei besonders weiten Achsen die beiden mit ihm ebenfalls unter einem dem Festsaal-Risalit entsprechenden



Hof nächst der Kirche.



Binnenhof zwischen Festsaal und Konventualbau, Südost-Ecke.

Die architektonische Gliederung der ausgedehnten Gebäudemasse ist mit starkem rhythmischem Gefühl, und zwar

²⁾ Aeltere Mauerzüge haben behufs Wahrung der Verbindung zwischen Kloster und Kirche durch eine Nebenpforte gegen das südliche Seitenschiff die Klosterfront gegen Norden herausgedrängt. Grundriß bei Johannes Jäger, Klosterkirche zu Ebrach (Würzburg 1903), S. 45. — Vergl. die Schaubilder und Lagepläne der Seiten 9 (von 1738), 15 und 17 von 1803, 19 und den Schnitt auf Tafel zu S. 60, desgl. bei Weigmann S. 62, 63, Tf. 3, 4.

³⁾ Die nach dem Prospekt des Klosters Ebrach im Jahr 1803 (Abb. bei Jäger, S. 17) über das Hauptgesims aufragende Attika nebst Spitzpfeilern und Wappenaufbau ist seitdem verschwunden.

Dach liegenden dreiachsigen Flanken des Straßen-Mittelrisalites um die Höhe des Frieses und der Oberglieder seines Hauptgesimses⁸⁾. Im übrigen sind die Flankenbauten nach der Kirche, sind die Verbindungsbauten zu den Westpavillons, ist auch der Flügel zwischen Festsaalbau und Kirche nur zweigeschossig, sodaß die Binnenhöfe, weit entfernt davon, den trostlosen Eindruck der Flächen-Ausnutzung um jeden Preis zu erwecken, korridorumkränzt, mit einer gewissen selbstverständlichen Sicherheit in friedvoller Gelassenheit daliegen. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Gemeinnützige Siedelungs-Genossenschaft Jüterbog.

Aus Jüterbog wird uns geschrieben: „Um die in Jüterbog herrschende und vor Ausbruch des Krieges schon stark empfundene Wohnungsnot zu lindern, hat sich kürzlich eine gemeinnützige Siedelungs-Genossenschaft G. m. b. H. in Verbindung mit den Bestimmungen des Bundesrates für die Gewährung von Baukosten-Zuschüssen aus Reichsmitteln und mit der Märkischen Heimstätte e. G. gebildet. Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder beträgt bereits rd. 200, woraus die Notwendigkeit der Siedelungs-Gesellschaft hervorgeht, sodaß eine demnächstige stärkere Belebung der Bautätigkeit zu erwarten ist. Es sollen 3 Häusergruppen zur Ausführung gelangen, das 3-, 4- und 5-Zimmer-Wohnhaus mit Nebengebäude und genügend großem Garten. Die Gebäude sollen wahrscheinlich nach Typen zur Ausführung kommen. Um zu guten Entwürfen zu gelangen, besteht die Absicht, unter den technischen Mitgliedern der Genossenschaft in Kürze einen engeren Wettbewerb für die Gebäude und den Bebauungsplan auszuschreiben. Es wäre zu wünschen, daß für diese wichtigen Vorarbeiten weiteste Kreise der Architektenschaft dadurch herangezogen würden, daß sie der Genossenschaft in Jüterbog beitreten. Der Beitritt ist denjenigen gestattet, welche ein förderndes Interesse an der Genossenschaft haben, was bei Architekten der Fall ist. (Beitrittsgeld 3 M., monatlicher Beitrag 3 M. bis zum Gesamtanteil im Betrag von 200 M., Haftsumme 500 M.) Anmeldungen sind an den Vorstand der Genossenschaft, z. Hd. des Vorsitzenden Kreis-ausschuß-Sekretär Rauch in Jüterbog zu richten.“

Wir geben unseren Lesern von dieser neuen Form der Genossenschafts-Gründung Kenntnis, müssen es aber ihrem eigenen Ermessen überlassen, zu beurteilen, ob sie in Jüterbog ihre Interessen finden würden. —

Die Stelle des Amts- und Gemeindebau Rates von Berlin-Mariendorf, der südlichen, in aufwärts strebender Entwicklung befindlichen Berliner Vorortgemeinde, ist vom Amts- und Gemeinde-Vorsteher zur Bewerbung ausgeschrieben. Mit der Stelle ist ein Gehalt von 8000 M., steigend bis 9800 M., verbunden. Der Baurat ist Mitglied des Gemeinde-Vorstandes und der Gemeinde-Vertretung. Bewerber müssen die Prüfung als Diplom-Ingenieur abgelegt haben, praktische Erfahrung in der Bearbeitung von Tiefbau-, Straßenbau- und Kanalisations-Angelegenheiten besitzen und auch befähigt sein, Hochbaupläne der Gemeinde zu entwerfen, die Bauausführung zu überwachen und die gesamte Baupolizei zu leiten. Wir sind nicht ganz sicher, ob sich Bewerber finden, die beide Gebiete des städtischen Bauwesens zur Zufriedenheit der städtischen Verwaltung bearbeiten werden, denn die Anforderungen auf jedem Gebiet sind heute so groß, daß sie die Beschränkung auf ein Gebiet voraussetzen. Eine Teilung der Arbeiten würde auch hier zu empfehlen sein. —

Wohnungsbau der Dresdner Baugenossenschaften. Ueber umfassende Wohnungs-Bestrebungen der Baugenossenschaften in Dresden entnehmen wir den „Dresdener Nachr.“ folgendes:

Die Dresdner Baugenossenschaften werden in nächster Zeit in verschiedenen Teilen der Stadt Häuser errichten, die zusammen 3121 Wohnungen enthalten. Der Dresdner Spar- und Bauverein wird in der Vorstadt Löbtow am Crispi-Platz, der Hohenzollern-, Saxonia-, Freiburger- und Siebenlehner Straße Häuser mit 400 Wohnungen erbauen. Das Land ist bereits 1913 gekauft. Der Verein hat für den Baubeginn 500 000 M. eigene flüssige Mittel zur Verfügung. Ferner plant derselbe Verein am Landgraben in der Vorstadt Gruna (östlich) die Errichtung von weiteren 300 Wohnungen. Der Allgemeine Mietbewohner-Verein errichtet am Bischofsweg in Neustadt 29 Wohnungen. Der Kleinwohnungsbau-Verein hat Genehmigung erhalten zum Bau von 139 Wohnungen an der Pennrichter Straße in der Vorstadt Cotta; des weiteren hat der Verein die Vorarbeiten begonnen zu einer Planung von 500 Wohnungen an der Steinbacher Straße in der Vorstadt Cotta. Für die Errichtung von 345 Wohnungen an der Hecht-Straße in Neustadt durch den gleichen Verein macht sich eine Bebauungsplan-Aenderung erforderlich. Während der Kriegszeit hat der Verein ferner seine Kleinhäuserkolonie in Stetzsch gefördert und zuletzt noch eine günstige Gelegenheit zur Erwerbung von Land wahrgenommen, das unmittelbar neben seiner großen Häusergruppe an der Dornblüth-Straße gelegen ist und ebenfalls sofort der Bebauung mit Kleinwohnungen zugeführt werden soll. Die Eisenbahner-Baugenossenschaft will in den Vorstädten Löbtow und Naußlitz an der Frankenberg-, Dölzscher und Klinge-Straße 40 Wohnungen errichten. Mit dem Bau

soll sofort nach Friedensschluß begonnen werden. Hierzu kommen noch drei weitere Bauvorhaben der Eisenbahner-Baugenossenschaft. An der Altonaer und Fröbel-Straße, sowie dem Weißeritz-Ufer sollen 172 Wohnungen entstehen. Für die Errichtung von 162 Wohnungen an der Berg-Straße und dem Zelleschen Weg sind die Pläne genehmigt. Weiter befindet sich in Bearbeitung die Planung von 120 Wohnungen in der Vorstadt Löbtow an der Frankenberg-, Dölzscher, Zauckeröder- und Zieten-Straße. Die Heimstätten-Gesellschaft im Königreich Sachsen, G. m. b. H., hat die Entwürfe eingereicht für 114 Wohnungen an der Dobritzer- und Bodenbacher-Straße in der Vorstadt Seidnitz. Zwei Bauvorhaben des Bauvereins Gartenheim werden zusammen 800 Wohnungen erbringen; 700 Wohnungen sollen in der Vorstadt Gruna am Landgraben (westlich) und 100 in der Vorstadt Löbtow zwischen der Grumbacher und Hermsdorfer Straße geschaffen werden. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Pfarrhauses in Neidenburg erläßt der Magistrat für die in Neidenburg ansässigen Architekten. Anscheinend ist der Wettbewerb aus einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Stadtverordneten und dem Magistrat über den zu wählenden Baukünstler hervorgegangen. Der Wettbewerb ist weder vorschriftsmäßig vorbereitet, noch den Bedingungen entsprechend ausgestaltet. Die Preisverteilung erfolgt z. B. durch den Magistrat nach Anhörung der Stadtbau-Deputation, unter Hinzuziehung des Bezirksarchitekten. Ein Preisgericht mit den nötigen Entscheidungsbefugnissen ist also nicht eingesetzt. Die Baukostensumme ist nicht genannt, der Bewerber hat sie selbst zu ermitteln. Das ist nicht so einfach; das Programm sagt darüber: „Die zur Verfügung stehenden Baukosten betragen nach der Schätzung der Feuersozietät 16 220 M. Hinzu kommen die Kosten für die nicht mitgeschätzten Fundamente und Kellerräume, sowie die staatlichen Teuerungszulagen, abzüglich des Wertes für die vorhandenen Restmaterialien“. Mit solchen Angaben kann der Bewerber nichts anfangen, er muß vielmehr unter Aufwand von vieler Mühe und Zeit die Summen sich von den verschiedenen Stellen verschaffen, will er nicht mit seinem Entwurf ins Blaue arbeiten. Jeder Größerbau des neuen Pfarrhauses gegenüber dem zerstörten ist zu vermeiden. Baustelle ist ein unbebautes Grundstück neben dem Gemeindehaus; es erscheint empfehlenswert, das neue Pfarrhaus in unmittelbare Verbindung mit dem Gemeindehaus zu bringen. Wir können die Teilnahme am Wettbewerb umso weniger empfehlen, als dieser anscheinend nicht der Aufgabe selbst, sondern anderen Zielen dient. —

Engerer Wettbewerb um Entwürfe für Industriebauten in Chemnitz. Die Hamburger Groß-Einkaufs-Gesellschaft hat ein umfangreiches Gelände am Chemnitz-Fluß, gegenüber dem Stadtpark von der Stadtgemeinde Chemnitz erworben. Errichtet werden hier große Lagerhäuser für Kolonial- und Manufaktur-Waren, ferner eine Kaffee-Großrösterei und ein Saalgebäude mit Amtsräumen und Direktorwohnung. Aus einem engeren honorierten Wettbewerb, an welchem die Architekten Zapp & Basarke, Emil Ebert und Wenzel Bürger in Chemnitz, sowie Ehrlich in Leipzig teilnahmen, gingen Zapp & Basarke als Sieger hervor und erhielten den Bauauftrag. Mit der Ausführung der langgestreckten Hauptgebäude, die in dunkelbraunen Klinkern mit grauen Dachpfannen und sparsam verwendetem Sandstein durchgebildet werden, soll demnächst begonnen werden. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Küchenmöbel und Gegenstände des Hausbedarfes erläßt der „Münchener Bund“ für bayerische oder in Bayern lebende Bewerber mit Frist zum 24. März 1919. Für Preise und Ankäufe stehen 10 000 M. zur Verfügung. Im Preisgericht u. A. die Hrn. Prof. Benno Becker, Dir. Karl Bertsch, Prof. Rich. Schachner, Prof. J. Schervogel und Bildhauer Gottlob Wilhelm, sämtlich in München. Unterlagen durch die Geschäftsstelle des „Münchener Bundes“, Elisen-Str. 3 in München. —

Wettbewerb Rathaus Emmerich. Verfasser der angekauften Entwürfe mit den Kennworten oder Kennzeichen „Krieg und Heimat“ und „V. M.“ sind die Architekten Strunck & Wentzler in Dortmund. —

Inhalt: Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Brunnenhof zwischen Festsaal und Konventualbau, Südwest-Ecke.
Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG №15. BERLIN, DEN 19. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Der soziale Staat und die Hochschulen.

Der 9. November 1918 hat uns die soziale Republik gebracht. Es ist nicht meine Absicht, hierüber Freude oder Schmerz zum Ausdruck zu bringen, sondern mir klar darüber zu werden, welche Aufgaben den Hochschulen innerhalb dieses Staates zufallen werden und welche Einrichtungen sie zu treffen haben, um ihre allgemeine Aufgabe zu erfüllen, nämlich sich als geistige Mittelpunkte im Volksleben zu behaupten, nicht um ihretwillen, sondern um des deutschen Volkes willen.

Der neue Staat und die Männer, die ihn schufen, wollen eine allgemeine Vergesellschaftung der Betriebe und Freiheit auf der Grundlage der Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit. Entscheidend ist die Gleichheit. Das spricht sich in der neuen Wahlordnung aus. Nicht höhere Bildung und reiferes Alter, nicht der wirtschaftliche Einfluß, nicht das Geschlecht entscheiden: Jeder Mensch, gleichviel ob Frau oder Mann, der das 20. Lebensjahr überschritt, tritt in die vollen staatsbürgerlichen Rechte ein. Ueberall, in den wirtschaftlichen Betrieben wie in den politischen Verwaltungen, soll die Mehrheit entscheiden, bei ihr liegt nach demokratischer Auffassung die höchste Einsicht. Freilich bedarf es, um diese zu schaffen, der Belehrung, der für die „richtige“ Auffassung werbenden Arbeit, also der Agitation, um „falsche“ Ansichten zu beseitigen. Diese Arbeit fällt wohl auch nach demokratischer Auffassung den geistig höher Stehenden zu, also den Wenigen der Masse gegenüber. Der entscheidende Einfluß liegt also bei denen, die die Masse „richtig aufzuklären“ verstehen, das heißt bei den Männern von starker agitatorischer Kraft. Diesen fallen denn auch die leitenden Stellen zu; die Ausführung des von ihnen ausgehenden Volkswillens ist ihre Aufgabe.

Das Ziel ist, den Volkswillen rasch zur Durchführung zu bringen, das heißt, den durch Aufklärung gelenkten Volkswillen. Aufgabe der Führer wird also sein, ständig mit dem

Volk in Fühlung zu bleiben und mit ihm sich in engstem Zusammenhang zu halten. Der eine Flügel der Sozialdemokratie will freilich nur die Meinung des „Proletariats“ für maßgebend halten, die früher vom Staat bevorrechteten Klassen als „Volksfeinde“ von der Mitwirkung am Staat ausschließen. Diese Partei hat sich den Begriff „Proletariat“ in ihrer Weise zurecht gelegt. Aber sie sieht im Heil dieser die eigentliche Aufgabe ihrer politischen Arbeit, unbekümmert um alle Nebenfragen. Die andere Partei nimmt auf die bestehenden Zustände und auf die Lage Deutschlands Rücksicht und will die Vergesellschaftung des Volkslebens langsam, unter vorläufiger Schonung bestehender Ordnungen, aber keineswegs minder gründlich durchführen. Ob ihnen das gelingen wird, ist eine Frage der Zukunft, aber allem Anschein nach einer nahen Zukunft.

Ausdruck der einen Ordnung sind die verschiedenen „Räte“. Selbst das Heer, von dem man durch den Lauf der ganzen Geschichte hindurch als festen Grundsatz annahm, daß es nur unter einheitlichem Befehl wirksam sein könne, untersteht heute den auf die Mehrheit begründeten Soldatenräten. Daß diese Auffassung den Anhängern jeder anders gearteten Staatsverfassung widerspricht, beweist das Auftreten der übrigen demokratisch verwalteten Staaten. Selbst die Schweiz bekämpft entschieden das Auftreten solcher Gesinnungen in ihrem Volksheer, wie das eine Reihe von gegen die dortigen „Jungmannschaften“ durchgeführten Prozesse beweisen. Wir haben mithin einen demokratischen Staat, der von anderen solchen grundsätzlich abgelehnt und als eine Gefahr für sie erklärt wird. Wie 1792 die Fürsten Deutschlands in den Krieg traten, um die Revolution in Frankreich zu bekämpfen — was heute allgemein als ein Fehler angesehen wird — so rüsten sich die Demokraten des Westens dazu, gegen die sozialistische Republik zu Felde zu ziehen, um der Gefahr des Uebergreifens der Gedanken in ihr Gebiet zu begegnen.

Heute haben wir mit ihrer Herrschaft in Deutschland zu rechnen, das vor Beginn des Krieges nach Rußland als das politisch zurückgebliebenste Reich bezeichnet wurde, heute aber wieder nach Rußland von den Sozialisten als das fortgeschrittenste gepriesen wird. Diese Fortschritte werden vor den Hochschulen nicht Halt machen, ob sie nun diesen gefallen oder nicht. Wir werden ein starkes Eindringen des Mehrheitsgedankens auch in sie zu gewärtigen haben.

Ein beliebter Ausdruck in der Sprache der Hochschulen ist der vom „Akademischen Bürger“. Wir verstehen darunter die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, gemäß dem Grundsatz der Lehr- und Lernfreiheit. Die Hochschule ist mithin eine zu gemeinsamer Beratung ihrer Verhältnisse berufene Genossenschaft. Bisher leiteten ein Senat, Fakultäten oder Abteilungen, Professoren-Versammlungen die Dinge, vielfach unter Ausschluß der Außerordentlichen

Professoren, Privatdozenten, Assistenten, Lektoren, Adjunkten usw. und mit einer auf väterliches Wohlwollen begründeten Disziplinarergewalt über die Studenten. Es fragt sich nun, ob dieser Zustand sich wird erhalten lassen. Da diese Ordnungen nach Anhören der Professorenschaften von dem der Hochschule vorgesetzten Ministerium erlassen wurden, ist es zweifellos auch das Recht der Regierung, neue Ordnungen zu erlassen, die ihren Ansichten von der Gestaltung der Verhältnisse entsprechen. Unsere Hochschulen sind Staatsinstitute, auch jene, die nicht vom Staat geschaffen wurden und die sich durch alten Stiftungsbesitz dem Staat gegenüber eine gewisse Sonderstellung zu wahren wußten. Wie z. B. die Richterkollegien sind auch die Hochschulen nicht den allgemeinen Beamtenvorschriften in vollem Umfang unterworfen. Das drückt sich schon in ihrer Organisation aus. Die Professorenkollegien haben ein Vorschlagsrecht hinsichtlich der in ihren Kreis aufzunehmenden Mitglieder, sie unterstehen manchen Bestimmungen der übrigen Beamtenschaft nicht. So z. B. sind sie frei hinsichtlich gewisser Teile ihrer Einnahmen. Während der Beamte Nebenverdienste nur mit Genehmigung der ihm vorgesetzten Behörde erwerben darf, betätigen sich die Professoren namentlich der Technischen Hochschulen im wirtschaftlichen Leben, ja werden solche Männer mit Vorliebe berufen, die das in hervorragender Weise taten und weiterhin zu tun versprechen. Angewandte Wissenschaft kann ohne praktische Betätigung nicht blühen, auch nicht gelehrt werden. Es ist dem akademischen Lehrer unbenommen, durch schriftstellerische Tätigkeit sein Einkommen zu vermehren, ja die Privatdozenten sind auf die Beschaffung von Mitteln zum Leben außerhalb ihrer akademischen Tätigkeit angewiesen. Die Sonderrechte der akademischen Lehrer sind nicht auf verjährbaren Privilegien aufgebaut, sondern ergeben sich von selbst aus ihrem Beruf, beruhen auf tatsächlichen Erfordernissen des öffentlichen Lebens. Der Zusammenhang zwischen Forschung und Lehre, dieser Grundpfeiler der Hochschul-Einrichtung, würde zum schwersten Schaden unserer kulturellen Verhältnisse zerstört, wenn der Beruf des Hochschulprofessors zu dem eines Lehrbeamten herabsinken würde.

Der neue Staat will die Hemmungen beseitigen, die der sofortigen Durchsetzung des Willens der Masse entgegen stehen. Haben die übrigen demokratischen Staaten das

Zweikammersystem mit der ausgesprochenen Absicht eingeführt, dem raschen Wechsel im Willen einen ausgleichenden Vermittler entgegen zu stellen, so sieht der sozialistische Staat hiervon ab. Die Entscheidung liegt bei den Erählten der Masse, diese haben die Aufgabe, den Willen zu erforschen und dann durchzuführen, sie sind Organe dieses Willens. Die von ihnen eingesetzte Regierung ist verpflichtet, ihn in entsprechende Form zu bringen. Wo sich Schwierigkeiten zeigen, dort dürfte man durch Volksabstimmung entscheiden nach Art des Schweizer Referendums, da die höchste Weisheit als bei der Mehrheit liegend angesehen wird; dasselbe hat nach Einspruch einer besonderen fachmäßig ausgebildeten Minderheit wenig zu sagen. Wird doch in Zukunft nicht mehr der zwar schwerfällige aber sorgfältig erwägende und sich gern auf Gutachten von Fachleuten stützende Jurist die entscheidende Persönlichkeit sein,

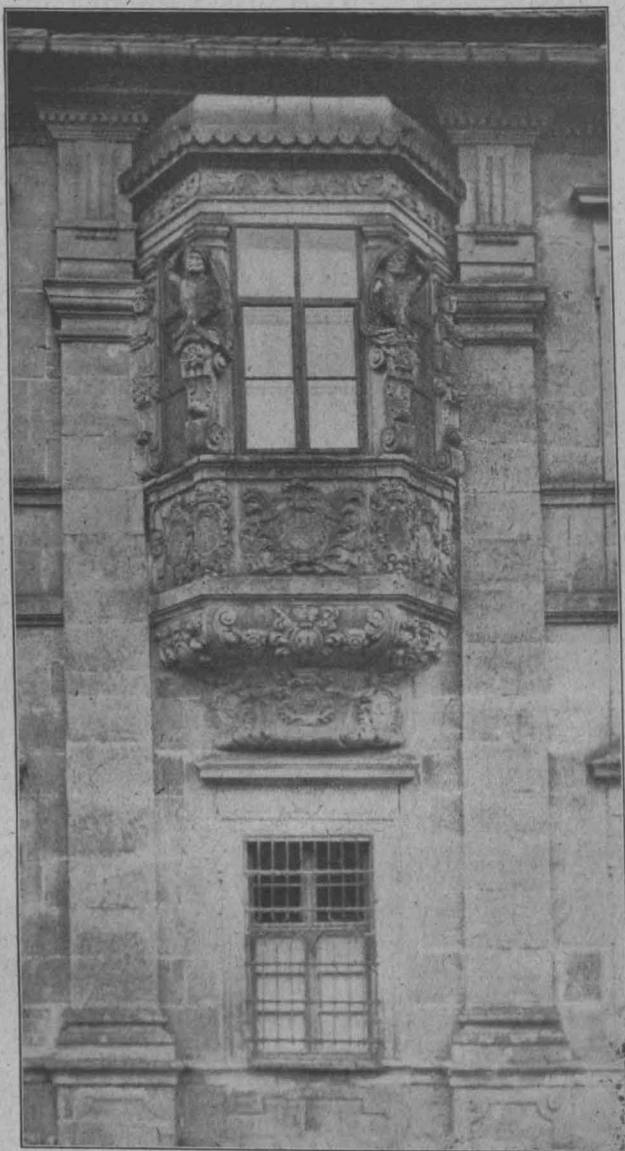
sondern der Mann, der das ganze staatliche Leben gleichmäßig umfassenden Vielseitigkeit und der politischen Ueberzeugungstreue, also der Journalist und der Berufspolitiker, das heißt der Mann oder die Frau, die es am besten verstehen, die Massen zu leiten, und von denen man annehmen kann, daß solche hinter ihnen stehen.

Es wird mithin auch die Verfassung der Hochschulen auf die Mehrheit ihrer akademischen Bürger zu stellen versucht werden. Es zeigen sich ja auch unter den jungen „Intellektuellen“ dem entsprechende Wünsche: Einrichtung von Studentenräten als an der Hochschulleitung teilnehmende Körperschaften, Berufung der Professoren durch die Studentenschaft, Entfernung mißliebiger Dozenten, Beschlüsse für und wider die Aufnahme von Ausländern, Mitwirkung an der Hochschul-Disziplin usw.

Das Alter der zu den Wahlen Berechtigten wurde auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt. Mithin erhalten alle akademischen Bürger, mit Ausnahme einiger weniger junger Semester, vollen Einfluß auf das Staatswesen. Die staatsrechtliche Gleichheit Aller ist also auch im Verhältnis von Professor und Student durchgeführt. Als Gruppen betrachtet sind die Studenten die stärkeren. Sie zählen nach Tausenden von Stimmen, die Lehrkörper höchstens nach Hunderten. Dem auf die Stimmenzahl angewiesenen Politiker wird mithin das Wohl der Studenten und mit diesem die Zuführung ihrer Stimmen auf ihn und seine Partei wertvoller sein, als die Zustimmung der Professoren, so weit

diese nicht eine geistige Macht darstellen, die auf die Massen Einfluß hat oder erlangen kann. Das weist darauf, daß der Lehrkörper im Fall von Benachteiligung der Hochschulfürer durch die Politiker sich an die Massen wenden, daß er sich also selbst politisieren muß.

Nicht anders wird sich sein Verhältnis zu den Studenten stellen. Es wird nötig sein, diese von der Richtigkeit und Notwendigkeit der akademischen Einrichtungen zu überzeugen. Das heißt: Man wird sie Einblick in diese nehmen lassen, ihnen einen Anteil an der Hochschulleitung gewähren müssen. Dadurch wird in der Leitung eine gewisse Unruhe entstehen. Junge Köpfe sind leicht erhitzen und gehen in ihren Forderungen meist zu weit. Sie sind auch zur Einigung verschiedener Ansichten auf mittlerem Weg schwer zu bewegen. Aber die Erkenntnis entstehender Schwierigkeiten sollte lediglich den Zweck haben, zu ihrer



Erker der Abts-Wohnung mit dem Wappen der Tochterklöster.
Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach
im fränkischen Steigerwald.

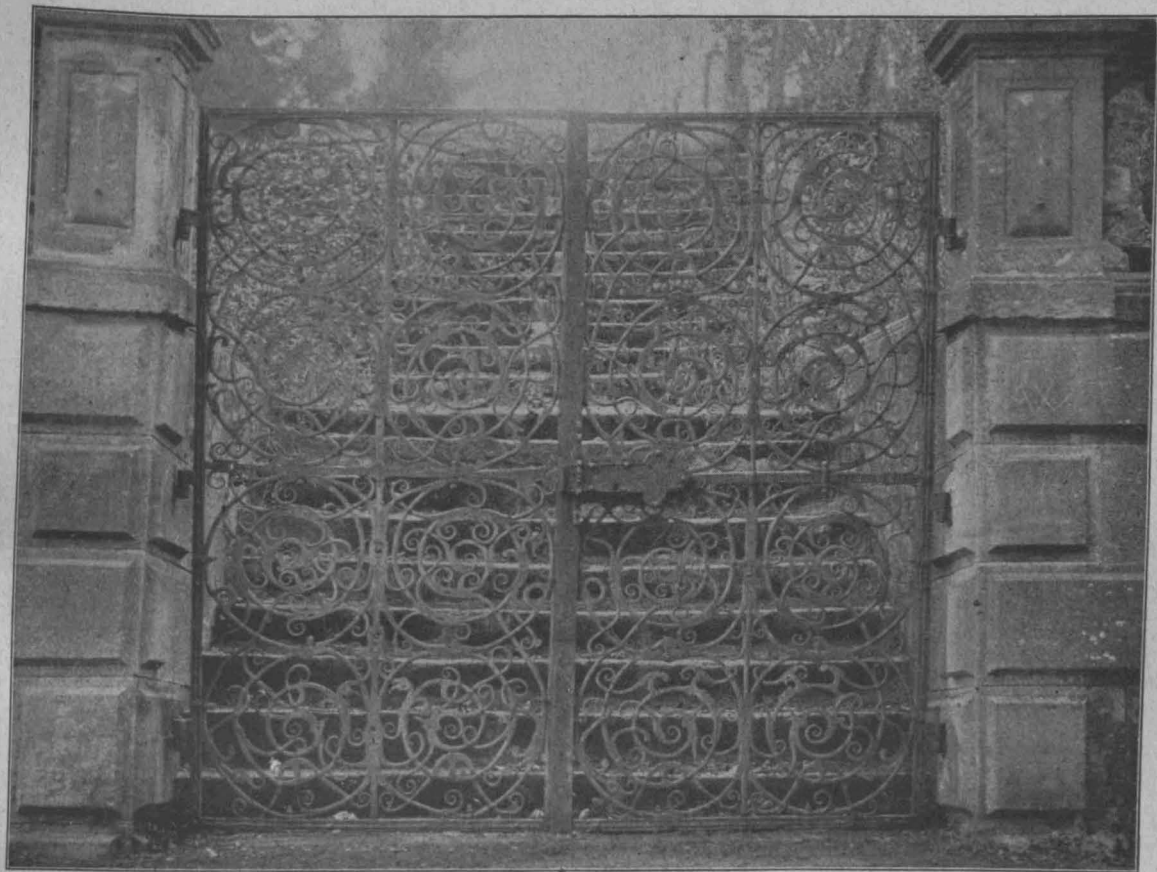
Bekämpfung sich zu rüsten, indem die entsprechenden Maßnahmen aus freien Stücken getroffen, nicht aber den Hochschulen aufgezwungen werden.

Eine allgemein anerkannte Ungerechtigkeit ist an unseren Hochschulen der Ausschuß jüngerer Lehrkräfte vom Einfluß auf die Gesamtleitung, sowie die Ausnützung ihrer Arbeitskraft ohne genügende Entschädigung. Die Assistenten und Privatdozenten sind berufene Mittler zwischen Studentenschaft und Professorenenschaft.

Der neue Staat wendet sich gegen die Vorrechte gewisser Stände und zwar nicht nur gegen solche, die auf der Geburt, sondern auch auf größerem Wohlstand beruhen. Ein solches Vorrecht genießen die Söhne Wohlhabender durch den Besuch von für Unbemittelte schwer zugänglichen Schulen, wie das unsere Gymnasien und Realschulen sind. Werden die höchsten Staatsstellen Männern und Frauen zu fallen, bei deren Wahl man nicht nach den Quellen fragt, an welchen sie ihre Ausbildung zu ihrem Amt erlangten, so werden auch von den höheren Berufsstellen solche Persönlichkeiten nicht ausgeschlossen werden, die ein Diplom über

durch Selbstunterricht Vorgebildete zur Prüfung zugelassen werden muß. Aufgabe der Hochschulen wird sein, den allgemein anerkannten besten Weg zur Erlangung der nötigen Kenntnisse darzustellen und den Beweis zu liefern, daß die an ihnen Gebildeten die für die erfolgreiche Erledigung der Geschäfte geeignetsten Persönlichkeiten sind. Es wird ihr das wohl gelingen, wenigstens wohl hinsichtlich der Besetzung der Führerstellen durch die Ihrigen, sobald diese ausreichend allgemein gebildet und nicht lediglich Fachmänner sind.

All das lehrt Eines: Die Hochschulen sollten sich tunlichst selbständig verwalten können. Sie stellen eine moralische Macht im Volksleben dar und haben mithin diesem gegenüber die Pflicht, von dieser Macht Gebrauch zu machen. Denn nur hierdurch werden sie sich die Anerkennung der Bedeutung dieser Macht für das ganze Volk zu schaffen vermögen. Nichts wäre verkehrter, als müßig zuzusehen, wie die Dinge sich gestalten. Wenn die Hochschulen nicht selbst auf eine sachgemäße Ausbildung ihrer Organisation dringen, werden sie diejenige anzunehmen gezwun-



Ehemaliges Abschlußgitter der Kirche, jetzt im Garten bei der Mühle.
Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

ihre Befähigung nicht besitzen. Der Ruf nach freier Bahn für den Tüchtigen ertönt uns laut entgegen: das heißt auch für den, der von den Lehrordnungen der Hochschulen vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht hinter sich, akademische Grade nicht erworben hat. Wir haben eben mit einer starken Einschränkung der „Berechtigungen“ gewisser Schulen zu rechnen, mithin auch mit einer Aenderung der Aufnahme- und Examens-Bestimmungen der Hochschulen. Examen werden wohl sicher beibehalten werden müssen, wenn sich gleich über deren Form wird reden lassen. Aber der Weg, der das für diese nötige Wissen und Können führt, wird frei gegeben werden müssen, sodaß auch der

gen werden, die außerhalb ihres Betriebes Stehende ihnen auferlegen. Es kommt nicht darauf an, ob die kommenden staatlichen Verhältnisse Deutschlands den leitenden Körperschaften der Hochschulen gefallen oder nicht, sondern darauf, daß die Hochschulen selbst ihre für das Volk so bedeutungsvolle Stellung sich erhalten und womöglich ihren Einfluß auf dieses vermehren und stärken. Und das wird nur geschehen können durch zeitgemäße Arbeit an sich selbst. Daß es dabei allerhand altehrwürdige Zöpfe gibt, die abzuschneiden wären, das ist auf den Hochschulelehrtagen schon vor dem Krieg deutlich genug ausgesprochen worden. —
Cornelius Gurllitt.

Vermischtes.

Kunstpflge im neuen bayerischen Staat. Am 20. November 1918 traten im Künstlerhaus in München 45 Abgeordnete der gesamten Münchener Künsterschaft zur Beratung von Grundsätzen zusammen, nach welchen im neuen bayerischen Staatswesen die Kunstpflege zu erfolgen hat. Die Verhandlungen ergaben die folgenden Leitsätze:

1. Bauwesen: Es ist anzustreben, daß die schöpferisch Begabten ohne Rücksicht auf eine amtliche Stellung oder auf das Alter an die bedeutungsvollsten Arbeiten herankommen. Zwischen den Aufgaben der Bauverwaltung und

der Instandhaltung und den Aufgaben der Baukunst ist ein heilsamer Abstand zu schaffen, ein Gesichtspunkt, auf den die Erziehung von vornherein einzustellen ist.

2. Kunsterziehung: Sie muß anstreben, daß nicht mehr durch die Akademie und durch Privatschulen Scharen mittelmäßiger Begabungen künstlich dazu angetrieben werden, über ihre Fähigkeit hinaus den höchsten Gebieten künstlerischer Tätigkeit zuzustreben. Akademie der bildenden Künste, Baukunstabteilung an der Technischen Hochschule und Kunstgewerbeschulen sind zusammenzufassen und es ist in einer neuartigen freien Form, die auch nicht in allen

Teilen an einen bestimmten Ort gebunden sein muß, die Möglichkeit zu schaffen, daß Jeder über das ganze Gebiet künstlerisch gestaltender Arbeit im freien Suchen Ueberblick gewinnen und am rechten Platz seine besondere Begabung nach ihrer größeren oder geringeren Stärke und ihrer Eigenart voll zur Geltung bringen kann. Fruchtbare Anregung muß von einem Gebiet zum anderen hinübergehen. Beweglicher, jeder Individualität sich anpassender Lehrplan, sodaß sich von selbst eine Auslese der Bestgeeigneten ergibt, die der „hohen Kunst“ zugeführt werden. So ist zu sorgen, daß auch Handwerk und Industrie, soweit sie wirklich Gediegenes leisten wollen, von dieser Schule aus reichlich befruchtet werden. Die Lehrer sind in Zukunft nicht mehr auf Lebensdauer anzustellen, sondern auf eine begrenzte Zeit, besonders auch in der Form, daß sie betraut werden mit einer größeren Aufgabe, an der mitarbeitende Schüler heranzubilden sind. Im Allgemeinen ist die Persönlichkeit des Lehrers zugleich auch das Programm seiner Werkstatt.

3. Staatsaufträge und Ankäufe. Sie dürfen weder Belohnung noch Almosen sein, sie sind dazu bestimmt, Leistungen von dauerndem, mit der Zeit sich erhöhendem Wert ins Leben zu rufen oder ihren Besitz der Allgemeinheit zu sichern. Das bisherige Ankaufskommissionswesen, das den Kompromiß zur Folge hat, muß abgeschafft werden. Stärkere Berücksichtigung der fortschrittlichen Jugend, keine nationalen Schranken, Ausstellung sämtlicher noch nicht ausgesetzter Neuerwerbungen.

4. Kunstsammlungen, Museen. Ihre Aufgabe besteht einerseits darin, das Beste und Größte und das Eigenartige, das frühere Zeiten und die eigene Zeit hervorgebracht haben, der Zukunft unverletzt zu bewahren, andererseits es für das ganze Volk, das an dem ewigen Aufstreben zur Schönheit teilnehmen will, nutzbar zu machen. Eine Revision der Pläne für die weitere Ausgestaltung der staatlichen Sammlungen ist sofort herbeizuführen. Aufnahme der Kunstschatze aus dem Besitz der Krone in die staatlichen Sammlungen, Regelung der wichtigen Ausstellungsfrage in einer Form, die jedem ernsthaft Schaffenden die Möglichkeit gibt, seine Werke der Öffentlichkeit zu zeigen.

5. Denkmalpflege: Das als dauernd wertvoll und unersetzlich Erkannte ist mit größter Sorgfalt zu erhalten, dabei darf nicht überängstlich so weit gegangen werden, daß schließlich dem Neuen, das wachsen will, Luft und Licht genommen wird, und auch nicht so weit, daß durch „Restaurierung“ an die Stelle des echten Alten ein erlogenes Altes tritt.

Die Versammlung konstituierte sich als Rat der bildenden Künstler Münchens und wählte in den Arbeitsausschuß als Vertreter der Architektur, Malerei, Bildhauerei und des Kunstgewerbes: Benno Becker, Theodor Fischer, Hugo von Habermann, Adolf von Hildebrand, Eugen Hönig, Karl von Marr, Michael Riemerschmid, Erwin Scharff, Julius Scharvogel und Hermann Urban. Kooptiert wurden: Dr. Heinz Braune und Dr. Philipp Maria Halm. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt: Hermann Urban, als 2. Richard Riemerschmid, zum 1. Schriftführer Eugen Hönig und zum 2. Dr. Heinz Braune. Als Vertrauensmänner für die Vertretung bei der Regierung wurden gewählt: von Habermann, v. Marr und Riemerschmid. —

Kunst- und Kulturrat für Baden. In Karlsruhe hat sich ein Kunst- und Kulturrat für Baden gebildet, der, auf dem Boden des sozialen Volksstaates stehend, der Ueberzeugung ist, daß alle Bemühungen, eine deutsche Volkskultur zu schaffen, nur dann Erfolg haben, wenn die hierfür unerläßlichen höheren Arbeits- und Lebensbedingungen auch für diejenigen Bevölkerungsschichten erlangt werden, die unter den bisherigen Verhältnissen von der Teilnahme am kulturellen Leben ausgeschlossen blieben. Er betrachtet es als seine Aufgabe, die erhöhte Lebensform mit geistigem Inhalt zu füllen. Der Kunst- und Kulturrat bezweckt die Wahrung der Rechte des Geistes und der Kunst in allen öffentlichen Angelegenheiten geistiger und künstlerischer Art. Er sucht das zu erreichen: durch Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der politischen Parteien und amtlichen Stellen, über die geistigen und künstlerischen Grundbegriffe und Grundtatsachen; durch Vorschlag von Reformen der bestehenden und Begründung neuer Kunst- und Bildungsanstalten; durch Beratung der amtlichen Stellen in allen öffentlichen Kunst- und Geschmacksfragen, insbesondere in Fragen der Repräsentation des Staates durch Bauten, Denkmäler, Münzen, Banknoten, Wertzeichen, Urkunden, durch Überwachung der Ausführung des Beschlossenen. Er fordert eine Kunst, die weder der Unterhaltung und dem Luxus, noch einseitiger

Pflege der Sinne und des Intellektes dient, sondern als Ausdruck der höchsten seelischen Werte der Nation sich an die Gesamtheit des Volkes wendet. Er fordert eine Wissenschaft, die nicht Erforschung und Registrierung für Fachgelehrte ist, sondern durch Wahl und Wertung den toten Wissensstoff belebt und damit der Volksgesamtheit ein anschauliches geistiges Weltbild schafft. Sein Ziel ist der einheitliche Aufbau einer Volkskultur, die das geistige Erbe der Nation und der Menschheit Allen zugänglich macht und die Vorrechte des Geldes und der Bildung nicht mehr anerkennt. Er erstrebt deshalb die Unentgeltlichkeit und Volksmäßigkeit aller Darbietungen der Kunst und Wissenschaft in den vom Staat oder der Gemeinde gehaltenen oder unterstützten Instituten. —

Die Erweiterung des Murg-Kraftwerkes und der vollständige Ausbau der Murgtalbahn sind in Vorbereitung. Einer Mitteilung des badischen Ministeriums des Inneren zufolge ist die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues bereits mit den Plänen für den weiteren Ausbau des Murg-Werkes beschäftigt. Das Verkehrs-Ministerium ist ferner in die Vorarbeiten zur Fertigstellung der Strecke der Murgtalbahn Raumünzach-Landesgrenze eingetreten und hat Verhandlungen mit der württembergischen Regierung aufgenommen, die den Bau der letzten Teilstrecke Landesgrenze-Klosterreichenbach zum Gegenstand haben. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu Figuren zu einem Normal-Schachspiel veranstaltet der „Schweizerische Schachverein“ in Basel und setzt für Preise 1000 Franken aus. —

Wettbewerb Gebäude der Schweizer Mustermesse in Basel. Die Schweizer Mustermesse in Basel will die verschiedenen Landesteile durch Vorführung ihrer industriellen und gewerblichen Erzeugnisse jedes Jahr von Neuem mit einander bekannt machen und Industrie und Gewerbe der Schweiz durch Vermehrung des Absatzes nach innen und außen dienen. Zu diesem Zweck soll auf dem Gelände des alten badischen Bahnhofes ein ständiges Gebäude errichtet werden. Seine Pläne sind Gegenstand dieses Wettbewerbes. Das Gebäude liegt zwischen Klara- und Riehen-Straße einerseits und zwischen Riehen-Ring und Isteiner-Straße andererseits und ist ziemlich regelmäßig. Das Messe-Gebäude soll zwei Gruppen von Räumen enthalten: In einem an der Klara-Straße liegenden Baustrakt ist die Gruppe der Räume für die verschiedenen Verwaltungen unter zu bringen. Die zweite Gruppe der Räume umfaßt die Hallen für die Messe-Ausstellung. Die Zweiteilung der Raumgruppen soll jedoch nur in der Gruppierung der Räume und nicht in einem vollständigen Abschluß des einen Teiles gegen den anderen zum Ausdruck kommen; es ist vielmehr ein möglichst leichter Verkehr zwischen Verwaltungsgebäude und Ausstellungshallen zu schaffen. Die Zweiteilung der Raumgruppen ist notwendig, weil das Verwaltungsgebäude während des ganzen Jahres im Betrieb ist, die Hallen jedoch nur während der Messen oder anderer Veranstaltungen. Nichtsdestoweniger soll das gesamte Gebäude einen einheitlichen Charakter tragen. Für das Verwaltungsgebäude ist ein umfangreiches Raumprogramm aufgestellt; es soll sich in Unter- und 4 Ober-, sowie einem Dachgeschoß erheben. Die Ausstellungshallen sind in geeigneten Baukörpern mit dazwischen liegenden überdeckten Lichthöfen anzulegen, welche letztere ebenfalls Messezwecken dienen sollen. Die an den Straßen liegenden Ausstellungshallen sollen Untergeschoß, vier Vollgeschosse und ein Dachgeschoß erhalten. Die Möglichkeit, die oberen Stockwerke vorübergehend für andere als Messezwecke zu verwenden, ist offen zu halten. Zeichnungen 1:200, 2 Schaubilder. Ueber Stil und Material des Aeußeren sind Angaben nicht gemacht, ebenso nicht über den Auftrag zur Ausführung. Unter allen Umständen gelangt eine Preissumme von 25 000 Franken für die Auszeichnung von 5 oder 6 Entwürfen zur Verteilung; weitere 2000 Franken stehen für 1 oder 2 Ankäufe zur Verfügung. Im Preisgericht u. A. die Hrn. Arch. Hans Bernoulli, Arch. Rich. Calini und Hochbauinsp. Th. Hünerwadel in Basel, Arch. Indermühle in Bern, Arch. Dr. Camille Martin in Genf und Prof. Dr. K. Moser in Zürich. Ersatzmann ist Arch. Alfred Widmer in Basel. —

Inhalt: Der soziale Staat und die Hochschulen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. №16. BERLIN, DEN 22. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Von Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin. (Fortsetzung aus No. 14.)

Gibt nach der voran gegangenen Beschreibung der in der Talachse sich erstreckende Ehrenhof das Beherrschende des Klosteranwesens ab, so liegt für den vorbei streichenden Fernverkehr der Hauptnachdruck auf dem Nordflügel als Eingangsflügel, und in ihm wieder auf dem dreigeschossigen, neun Achsen langen und in sich, wie gezeigt, ausdrucksvoll gegliederten Mittelbau¹⁾. An ihn reihen sich seitlich zweigeschossige Flankenbauten; gegen Morgen, also der Kirche zu, ist er achtschsig, gegen Abend, d. h. talaufwärts, siebenachsrig. Dem Mittelbau hält das Gotteshaus links, der kräftige, oben erwähnte zweiaxige Eckpavillon rechts die Wage. Wer nach der Verschiedenheit der Achsenzahl der zweigeschossigen Rücklagen fragt, dem bietet sich ein Vergleich in Balthasar Neumanns Fassade des Kapitelhauses an der Ostseite des Domes zu Bamberg. Auch hier ist die Achsenzahl gegen den Nachbarbau hin um eine vermehrt, damit das Kapitelhaus durch den Hochbau der gewaltigen Masse des Domes nicht erdrückt werde. So ist bei aller Verschiedenheit der Einzelglieder, namentlich der Endmassen, eine stark symmetrisch wirkende Gruppierung geschaffen worden, wie sie unter den

Händen des großen Barockmeisters mehrfach entstanden ist. Das Ganze gehorcht einem unumschränkten Willen, dem des Bauherrn; ihm hat der Künstler leichtverständlichen Ausdruck verliehen; es sind dem Bauwerk architektonische Akzente mit stärkstem Bewußtsein eines herrschaftlichen Gebieters aufgesetzt, und es ist auch damit ein Riesenfortschritt gegen die „fürstbischöfliche Residenz“ der Hochstifts-Hauptstadt Bamberg erreicht. Denn diese kennt eine bewußte Gruppenbildung noch nicht, setzt vielmehr lose Flügel an Flügel, und nach Art der Renaissance Stockwerk über Stockwerk, deren Wandflächen sie unbeholfen im alten Schema der Fassadenordnung mehr verstandesmäßig als sinnfroh gliedert. Auch in dem südlichen Pavillonschluß des Ostflügels besitzt sie nur einen nachträglich locker angeschobenen Zusatz²⁾, der die Eintönigkeit der langen und langweiligen, nur als Platzwand wesentlichen Schauseiten nicht zu meistern vermag. In Ebrach

¹⁾ Abb. bei Jäger, S. 101, 103, besser: „Deutsche Bauztg.“ 1909, S. 545.

²⁾ Abb. 103 und 1 bei Franz Friedrich Leitschuh, Bamberg. (Berühmte Kunststätten. Leipzig, 1914.) Vergl. auch 104–108. — Weigmann, Taf. 9 (10, 11, 28 bis 30).

Karl Rehorst †.

Wir erhielten über den heimgegangenen Karl Rehorst als Ergänzung zu unseren eigenen Ausführungen Seite 56 noch eine Beurteilung des Verstorbenen durch einen ihm Nahestehenden, der wir Folgendes entnehmen:

Bei all' dem Schmerz und der Unruhe, in die unsere gute Stadt Köln verstrickt ist, nahm die Nachricht von dem raschen Hinscheiden des technischen Beigeordneten Rehorst doch ihr ganzes Mitfühlen in Anspruch. Unterstützt wurde seine Volkstümlichkeit durch eine Persönlichkeit, deren Reize auf Alle wirkte. Ein Baumeister so recht nach den Begriffen des Volkes; hierzu beste weltmännische Umgangsformen und ein stets bereites Talent zur öffentlichen Rede — Eigenschaften, die ihn besonders bei unseren neueren wahlberechtigten Mitbürgern und Bürgerinnen in Ansehen, ja Verehrung setzten und zu einem Faktor der Stadt machten. Sicher ist, daß der Beigeordnete Rehorst jedem Ortseingesessenen bekannter war als der Oberbürgermeister selbst mit dem ganzen Stab seiner Mitarbeiter, und daß er mit Hilfe des neuen Gemeindegewaltgesetzes sich hätte zum Diktator ausrufen lassen können.

Dieser bestreckende Mann ist, nachdem er kürzlich erst das feldgraue Kleid abgelegt, in dem er 4 Jahre lang in Belgien für Denkmalpflege und Heimatschutz gewirkt, im Alter von 52 Jahren dahingegangen, nachdem er eben erst seine weit ausgreifende und verantwortungsvolle Friedensarbeit wieder aufgenommen hatte.

Karl Rehorst's Name hatte einen weithin schallenden Klang auf dem Gebiet des Bauwesens. Seine fachliche Vorbildung ist die des königlich preußischen Regierungsbaumeisters gewesen, mit deren Hilfe er einen raschen Aufstieg in höhere Verwaltungsstellen bewerkstelligen konnte. Das Reißbrett mit seinen stillen Freuden und Leiden war nicht sein Tummelplatz. Das entsprach durchaus nicht seinem Temperament; auch fehlte ihm hierzu wohl die Begabung. Ein nennenswerter Bau, ein gewonnener architektonischer Wettbewerb oder dergleichen sind von ihm nicht bekannt. Der Ruhmeskranz eines schöpferischen Baukünstlers wird ihm daher versagt sein. Aber er war ein großer Organisator, ein Anreger, ein guter Beurteiler.

Nachdem er in Halle a. d. Saale eine Anzahl von Jahren die Stellung eines Stadtbaurates bekleidet und großes Ansehen in dieser Verwaltung errungen hatte, erhielt er das Amt eines Landesbaurates der Provinz Sachsen mit dem Sitz in Merseburg und damit einen Wirkungskreis, der seinem Wesen ganz entsprach. Sein lebhafter Geist erfaßte die damals einsetzende Denkmal- und Heimatpflege ganz; er leistete zu deren Förderung Bedeutendes. Die schönen Erkenntnisse, die seelischen und künstlerischen Gewinne, die ihm die bauliche Pflege der herrlichen Baudenkmale und alten Städtebilder dieser Provinz gaben, hat er, unterstützt durch seine vorzügliche Rednergabe und eine von Begeisterung durchdrungene Vortragsweise, der Öffentlichkeit nicht vor-enthalten und damit weithin fördernd und anregend gewirkt. Dieses Wirken brachte ihm den Ruf eines Städtebauers ein, und im weiteren Verfolg in einem Alter von

dagegen erscheint wenigstens auf den ersten Blick alle Gebundenheit der älteren Zeit abgestreift zu sein, es ist hier mit einem selbstsicheren Maß künstlerischen Könnens zusammengeschlossen, nichts ist dem Zufall überlassen, alles auf das große Ziel palastartiger Wirkung eingestellt.

Während die Dächer auf den Schmalseiten zumeist abgewalmt und die beiden Mansardendächer der gegen Abend vorspringenden Pavillon-Risalite im unteren Abschnitt ähnlich dem des Bamberger Residenzpavillons, der vier Eckrisalite der oben erwähnten Kurie in Burgwindheim, sowie auf den Flanken-Risaliten des Klosterschlosses in Banz³⁾ in ihrem unteren Abschnitt kräftig geschweift worden sind, lagert sich das des dreigeschossigen Abschnittes des dem Festsaalflügel benachbarten Teiles des Südflügels hinter einem Steilgiebel, wie ihn deutsche Art im Zeitalter der Spätrenaissance ausgeprägt hat. Sonst kehrt, bezeichnend für die hier nicht so sehr wie an den nach außen gekehrten Bürgerhäusern des Mittelalters auf sich selbst beruhenden geistlichen Stiftsbauten der Giebel in der Bildung der Umrißlinie nicht wieder, sondern es werden die Einzelbaukörper dem vereinheitlichenden abgewalmtten Dach untergeordnet. Andererseits liegt in diesem Zuschnitt der Dächer ein ausgesprochen deutscher Zug: Im französischen Barock wird jeder bedeutende Bauteil für sich besonders bedacht, losgelöst von der Nachbarschaft.

Im übrigen sind die die langen Fluchten durchdringenden, zwar nur schwach vortretenden, aber durch die Art ihrer Gliederung unter Hervorkehrung der Senkrechten durch Pilasterstellungen wirkenden Kopfbauten eindruckreich betont. In erster Linie steht dabei das Treppenhaus mit seinem von der mittleren Achse dem Dach vorgeordneten steil aufgereckten Dreiecksgiebel, bei energischer Verkröpfung seiner Endauflager über den vor der Fassade aufgetauten Säulenpaaren als äußeres Hauptschaustück, der Gesamtschöpfung Würde und Pracht sichernd. Die lapidare Inschrift seines Frieses „FVNDANT ET ORNANT“, unter dem das vertiefte Giebelfeld ausfüllenden Klosterwappen, gibt der Auffassung der Bauherren, der Zisterzienserräte von damals, vollwertigen Ausdruck, als von monumentalem Geist durchtränkt. Die über dem Giebel und an den Flanken sich aufreckenden übergewaltigen (leider nicht mehr vollzähligen) fünf Standfiguren sind wuchtige Erzeugnisse der Freiplastik, letzter Trumpf des Künstlers.

Kleine Zusätze fehlen nicht, um rhythmienreiche Abwechslung zu erarbeiten, so das Hauptportal auf schräg zur Achse gestellten Säulen mit Verkröpfung des bogenigen Abschlußfeldes darüber; die Einrahmung der Durchfahrtsöffnung zu den beiden nächst dem Nordflügel hingelagerten Höfen, sowie zwei Erker halbachteckigen Grundrisses (S. 70) seitlich von ihnen vorspringend, durch welche gegenüber den Repräsentationsräumen der Behaglichkeit in der Wohnung des Abtes und der Kloster Gäste, die hier zu denken oder bezeugt sind, Rechnung getragen wird. Freilich brachte die Gesamtlage mit sich, daß die Hauptschaufassade gegen Mitternacht gerichtet ist, wie man ja auch an den Gestaden des Rheinstromes spöttelnd ausspricht, daß

die Bewohner des einen Ufers die Aussicht haben, während die des anderen sie genießen. Solche architektonische und gesundheitlich unerwünschte Notlage ergibt sich aus der Zwangsläufigkeit des Tales.

Ueber die Dächer hinaus ragt nur ein bescheidenes, aber für den Ueberblick wichtiges Uhrtürmchen über die Kreuzung der Dächer der östlichen Höfe. Weiter zeigen in einigem Abstand von unserer Baugruppe zwei Turmhelme Weg und Richtung: einmal der oben erwähnte kupelförmige Dachreiter auf der Kirchen-Vierung, ausgestaltet in reichster Empirefassung, sodann der „Marienturm“ an der äußersten Ecke des Klosterplanes gegen Südwest, an einer bemerkenswerten Stelle, ein wertvolles Seitestück zu den bisher aufgezählten Knotenpunkten, rein aus Gründen monumentaler Zusammenfassung in das Landschaftsbild hinein gestellt.

Die Aufteilung senkrechter Wandflächen der dreigeschossigen Risalite erfolgt — unter nicht zu verkennendem französischem Einfluß — im Untergeschoß durch engmaschig eingenutete Furchen, in den oberen Geschossen, auch der zweigeschossigen Rücklagen, durch Pilaster mit einem Triglyphen-Gebälkstück. An den Ecken sind sie verdoppelt und an denen der Pavillons durch Schrägflächen unterbrochen. Die Oberglieder des Gebäudes sind als Hauptgesims durchgenommen. Zwischen den Stützen sind mehr oder minder stark gegliederte Bänder zur Trennung der Geschosse durchgezogen. In dieses Gerüst sind die wagrecht überdeckten Fensteröffnungen eingeschnitten. Auf die beiden Eckverkröpfungen sattelt sich in den Obergeschossen eine giebel- oder bogenförmige Verdachung mit aufgeschnittenem wagrechten Lauf; in der eingerahmten Fläche, aber auch sonst bei einfacherer Ausformung, selbst der Hoffenster, findet sich an jeder Fensterachse der Namenszug der von den Zisterziensern besonders gern verehrten Gottesmutter. Im übrigen wechselt die Art der Zierglieder nach der Bedeutung der zu schmückenden Fläche und nach der Empfindung des Künstlers. Unter den Stützen erscheinen Komposit-Kapitelle mit reichen Fruchtgehängen, an Gesimsen Zahnschnitte und am Treppengestänge Konsolen. Schlußsteine sind durch Engelköpfe mit Fruchtkörbchen oder Muscheln verziert, Verdachungen sind um Auflager und Mittelstücke verkröpft, die Steingewände der Fenster durch geschmiedete Fensterkörbe in der Art der deutschen Spätrenaissance vergittert; wie denn auch im übrigen hier und da verschieden arbeitende Hände der einzelnen ausführenden Gehilfen erkennbar sind. Auch die Zusammenfassung der Fenster der einzelnen Geschosse durch Fensterstühle bahnt sich an, in der Mittelachse des Treppenhauses noch mit der trivialen, sonst am Klosterbau geistvolleren Motiven gewichenen Spätrenaissance-Volute behufs Ueberführung zur breiteren Basis. Für Flächen entfernterer Lage, namentlich längs der an der Südseite des Klosters vorbei streichenden Nebenstraße, herrscht natürlich gegenüber dem monumentalen Werkstein, einem in der nächsten Umgebung gebrochenen Sandstein, für die Flächen Putz vor. Es ist

³⁾ Abb. bei Weigmann, S. 124 (vergl. S. 117 bis 119).

40 Jahren die Stellung des technischen Beigeordneten der altherwürdigen Stadt Köln, die sich für ihre zweite Stadterweiterung eine hervorragende Kraft sichern mußte. Hier hätte er nun Gelegenheit gehabt, sein Können und seine Ideen in ganz selbständiger Weise ausströmen zu lassen; doch höher noch strebte sein Ikarusflug.

Sein gewaltiger Tätigkeitstrieb und der Wille, überall, wo Streben und Fortschritt sich regten, mit dabei zu sein, führte ihn auch in das Lager des Werkbundes und letzten Endes zur Schaffung der Werkbund-Ausstellung Köln 1914, die durch den Ausbruch des Krieges zum Zusammenbruch verurteilt wurde, und über deren Soll und Haben, veranlaßt durch den Krieg und seinen erfolgten Heimgang er nun keine Rechenschaft mehr zu geben hat. Diese Werkbund-Ausstellung ist ein markantes Zeugnis für die großen Energien, die er zur Verfügung hatte, wenn es galt, Menschen für sein Wollen zu begeistern und die Dinge zu meistern.

Ein Wesenszug von ihm war Anknüpfung von Freundschaften mit allen bedeutenden deutschen Baukünstlern der Gegenwart; er schmückte sich gern mit diesen Freunden und benutzte sie auch als Eidshelfer; ein Verhältnis, das wohl auf Gegenseitigkeit begründet gewesen sein mag.

Unverständlich bleibt es, daß er zu den ortseingesessenen Baukünstlern kein Verhältnis suchte und auch nicht fand, obgleich es für ihn als Baudirektor einer so großen Stadt wie Köln seine vornehmste und dankbarste Aufgabe hätte sein müssen. Doch für den Zusammenhang dieser Dinge hatte er leider kein Verständnis und züchtete so böse Verstimmungen, die ihn aber kalt ließen.

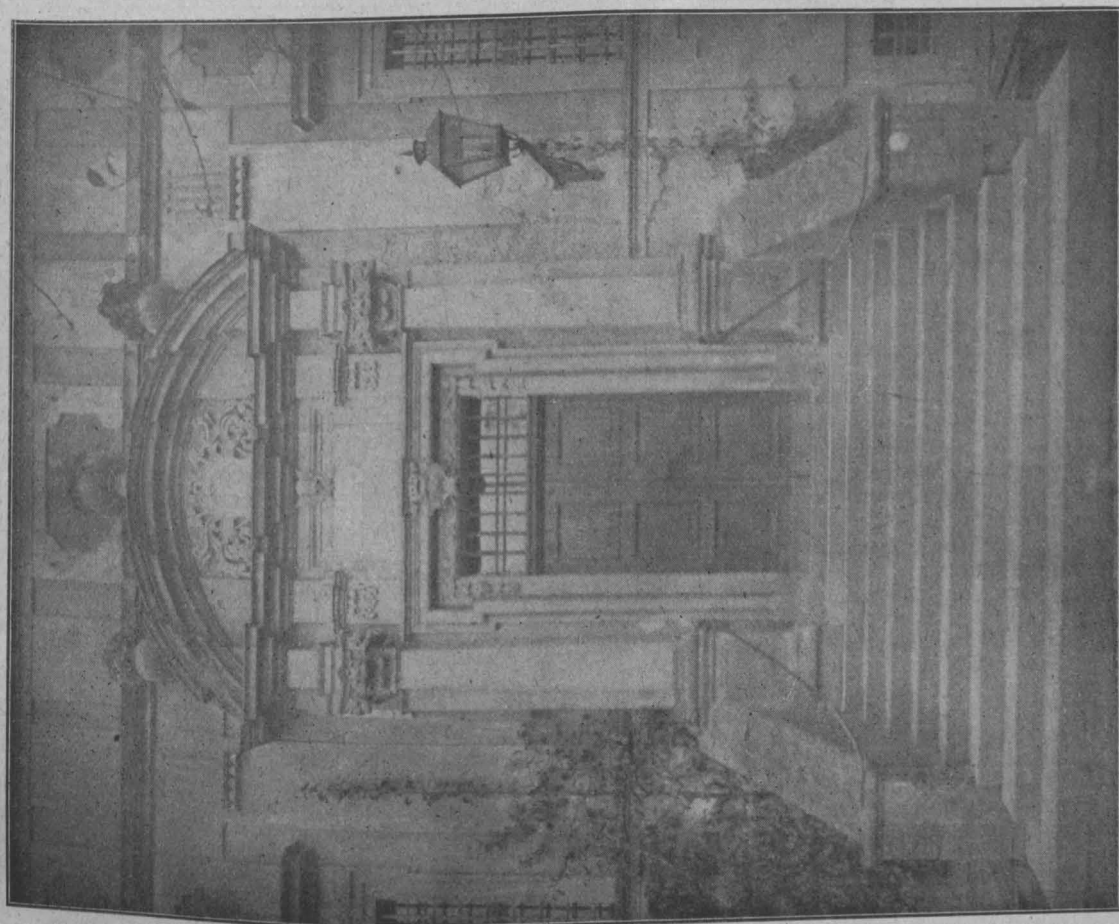
Es ist verständlich, daß eine Persönlichkeit wie Karl Rehorst, die sich so ganz in die Öffentlichkeit stellte, mit dem Oel der Rücksichtslosigkeit gesalbt war gegenüber der Kritik seines Tun und Lassens. Er hatte den brennenden Ehrgeiz, Köln zu verschönern und zu zeigen, wie man schön baut. Wie weit ihm das gelungen, zeigt sich heute schon in dem von außen zu uns dringenden Urteil, daß die Stadt Köln ihren spezifischen baulichen Charakter bereits verloren. Selbst geschaffen hat er von den in Rede stehenden Bauwerken keines. Alles und Jedes hat er aber, ob gut oder schlecht, „beeinflußt“, hierin lag ein wesentlicher Teil seiner Tätigkeit in Köln. Karl Rehorst war eine starke, treibende Kraft, die unzweifelhaft sein Wirkungskreis erforderte; als Baukünstler im eigentlichen Sinn des Wortes kann er aber nicht in Betracht kommen. Als Städtebauer wirkte er mehr als Epigone. Nachempfänger; ein großsiniges Selbstschaffen war ihm versagt, doch zu einer guten Kritik und Verbesserung war er wohl befähigt. Er war begeistert für Alles, was die Baukunst berührte und verdienstvoll war sein fortwährendes Streben, seine Stadtverwaltung ebenfalls in diese Begeisterung zu versetzen. Vieles weist darauf hin, daß ihm das auch gelungen ist.

Den frühen Heimgang des prächtigen, stolzen Mannes beklagen wir aufrichtig; ist uns doch damit die Hoffnung geschwunden, mit ihm vielleicht später, wenn er sich zur richtigen Beurteilung der Dinge bequemt haben würde, in Freundschaft und Verehrung verbunden zu sein und in ihm einen starken Förderer ortseingesessener Kölner Baukunst erblicken zu können. —

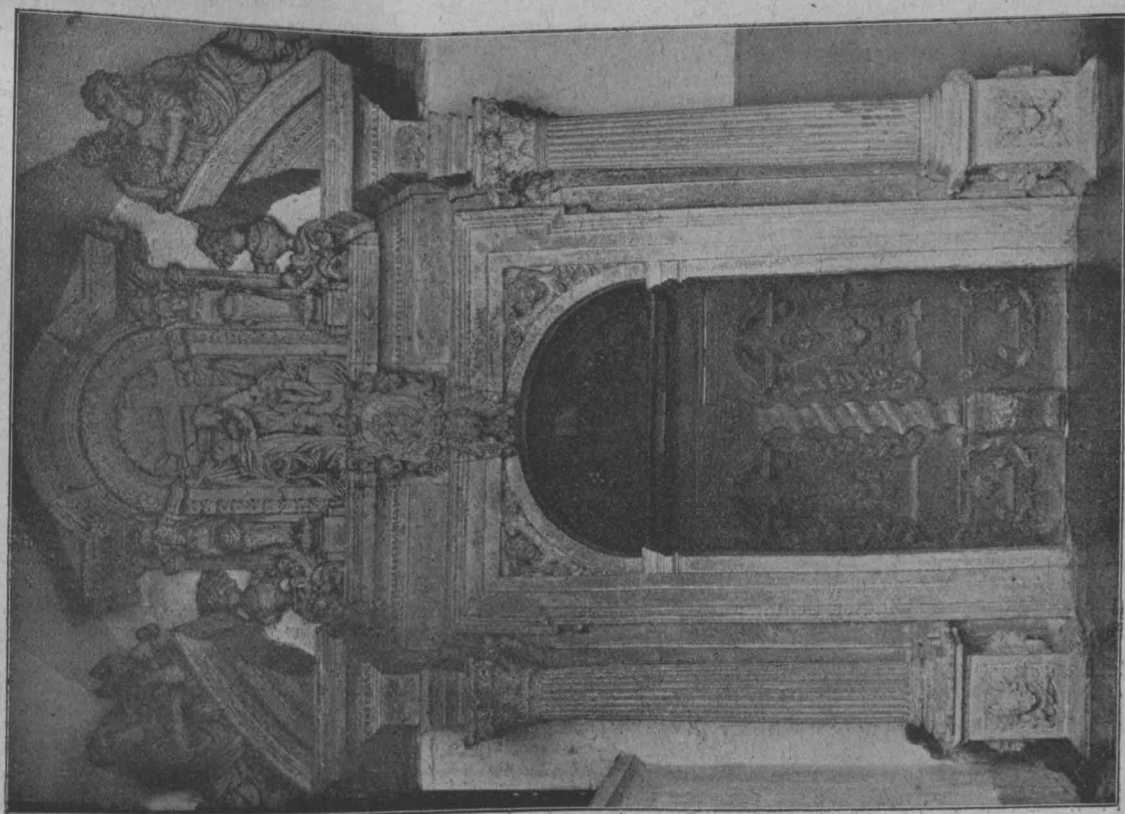
Emil Schreiterer, Architekt B.D.A.

Putz verschiedener Behandlung, glatt und rau, auch, um blinkende Wirkung hervor zu rufen, unter Einmischung von Glassplittern; hier liegen sie bündig mit der Fläche. während sie im schlesischen Barock wie in Heinrichau wohl lotrecht zu ihr stehen.

stellung das — nur hinsichtlich des Kranzgesimses etwas bereicherte — System des westlichen Eckpavillons, so ist die Mittelachse durch gekuppelte fast vollrunde Säulenpaare betont; machtvoll verkröpfen sich um sie Hauptgesims und mit ihm Giebelanfänger, die Träger der über sie



Portal vom Konventualbau zum Garten.
Von Winkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin.



Flurtür im Konventualbau zum Kreuzgang.
Bauskizze zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Festlich herausgehoben ist, wie bereits erwähnt, die Schauseite des Treppenhauses mit ihren drei, gegenüber den bescheideneren Rücklagen der beiden Flanken des Mittelrisalites besonders weiten Achsen und größeren Fenster-ausschnitten. Herrscht auf diesen Flanken in der Stützen-

finalenmäßig hinaus wachsenden Großfiguren. Entsprechend sind auch die Fenster der mittleren Gruppe und das zwischen die flankierenden Erdgeschoß-Pfeilervorlagen eingebaute Hauptportal prunkvoller und mit bewegterem Linien-spiel umrahmt; das Fenster des Mittelgeschosses durch eine

schräg zur Leibungsfläche geschichtete Doppelstützen-Stellung — im Gegensatz zum Portal. Darunter befinden sich flachere Reliefs; ein Giebeldreieck tritt an die Stelle der unteren Bogenkrönung und zeigt auf den vorgekröpften Endstücken lagernde Frauengestalten, wie sie seit der Spätrenaissance in Deutschland üblich geworden sind^{*)}. In die Fläche des die Mittelachse abschließenden großen Giebelfeldes ist das reich umrahmte Klosterwappen eingebettet. Die Dach-Enden des Vorbaues bezeichnen zwei kupferne Drachen-Wasserspeier nicht alltäglicher Zeichnung. Schlichter, aber auch sie noch gebietend behandelt sind die Einfassungen der beiden Einfahrtsportale in den zweigeschossigen Rücklagen der Straßenseite mit exzentrischer Öffnung und Kranzgesims darüber auf toskanischer Säulenstellung. Die beiden Fenster darüber sind ebenso wie die über den inneren Hofdurchfahrten zu zweien zusammengefaßt. Auch die Erkerchen in der zweitnächsten Achse sind der Fläche gut eingepaßt und durch das Wappen der Filialklöster mit Engeln sowie durch flankierende Hermen ansprechend belebt. (Abbildung bei Jäger, S. 104.)

Kommt diese Fassadengestaltung auch nicht an die geistvolle Abrundung Balthasar Neumanns am Würzburger Schloß heran, so bedeutet sie doch gegenüber der etwas lahmen Schauseite desselben in Bamberg eine nicht hoch genug einzuwertende Steigerung von Wucht und Eindringlichkeit. — (Fortsetzung folgt.)

*) Residenz in München (1610 bis 1616) von Peter Candid. „Blätter für Architektur und Kunsthandwerk“, IV, Taf. 52.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule in München hat den Professor H. Junkers in Dessau, „den unermüdeten Forscher und Ingenieur auf den Gebieten der Wärme-Uebertragung, der Entwicklung der Wärmekraftmaschine usw.“, sowie den Geh. Reg.-Rat Dr. Dr.-Ing. Hans Bunte in Karlsruhe „in Anbetracht seiner grundlegenden Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiet der Brennstoffe, besonders des Leuchtgases“ zum Doktor der techn. Wissenschaften ehrenhalber ernannt. Die gleiche Ehrung wurde Bunte auch von der Techn. Hochschule zu Hannover zu teil. —

Zum Stadthaumeister von Schwäbisch-Hall wurde der Architekt W. Benz aus Stuttgart gewählt. Wenn wir dieses Umstandes hier gedenken, so geschieht es, weil es sich um eine Stelle in einer württembergischen Stadt handelt, mit der Pflichten besonderer Art verknüpft sind. Es ist die alte Salz- und Oberamtsstadt am Kocher, im Jagstkreis, die trotz der schweren Brandheimsuchung vom Jahr 1728 noch so viel schöne Reste einer großen Vergangenheit bewahrt hat, daß sie zu den köstlichsten Städtebildern Süddeutschlands zählt. Die Stadt verdankt ihre Entstehung und ihr Aufblühen einer Salzquelle, die heute noch ergiebig fließt. Sie kam als Reichslehen an die Salzgrafen, die auf der Burg wohnten und stieg bei zunehmendem Wachstum allmählich aus dem Tal des Kocher die Hänge hinan, wodurch sich Bilder von höchstem malerischen Reiz ergaben. Zuerst waren die Grafen von Westheim mit der Stadt belehnt, die später an die Tempelherren kam. 1276 wurde sie von Rudolf von Habsburg zur Reichsstadt erhoben und kam 1802 an Württemberg. Fast aus allen Perioden der nachchristlichen Baukunst sind in ihr bemerkenswerte Werke erhalten, deren Pflege vor allem Feingefühl für die Bauweise der Vergangenheit voraus setzt. Es sei nur an die 1427—1525 entstandene gotische Michaelis-Kirche mit ihrem schönen Schnitzwerk, an das barocke Rathaus, an die verschiedenen Turmbauten, an edle Fachwerkhäuser, an stolze Barockhäuser erinnert. Die Straßenzüge zeigen die mannigfaltigsten Bilder alter deutscher Städtebaukunst. In dieser nicht sehr großen Stadt — sie zählt etwa 10—12 000 Einwohner — zu schaffen, muß für einen empfindungsvollen Architekten ein erlesener Genuß sein, wenn er es versteht, sich in den Geist der Zeiten zu versenken, unbeschadet der Ansprüche, die das tätige Leben der Gegenwart stellt. —

Karl Grosser †. In dem Nachruf für den verstorbenen Baurat Karl Grosser in Breslau in No. 1—2 der „Deutschen Bauzeitung“ ist unter den Grosser'schen Bauten auch die Kirche in Krummhübel aufgeführt. Hierzu ist zu bemerken, daß der Entwurf zu dieser Kirche vom Wirkl. Geh. Ob.-Brt. R. Schultze im Ministerium der geistlichen usw. Angelegenheiten in Berlin herrührt, der amtlich beauftragt wurde, den Entwurf aufzustellen. Ein Entwurf von Grosser fand nicht die Billigung des Kaisers, obwohl die Gemeinde an dem Entwurf festhielt. Da aber ein erbetener Staatszuschuß gerettet werden sollte, der nur bei Ausführung des vom Kaiser gebilligten Schultze'schen Entwurfes gewährt wurde, so erbot sich Grosser in selbstloser Weise, die Ausführung des Schultze'schen Entwurfes zu leiten. Schultze hatte Grosser's Entwurf durchaus befürwortet. —

Ein Aufruf der „Vereinigung technischer Vereine Karlsruhe“ betrifft die Stellung der Techniker in der Staatsverwaltung und führt aus, das wunderbare Gebäude der badischen Industrie sei von den Technikern ersonnen und unter ihrer Leitung aufgebaut worden. „Wir haben diese großen Werte dem Vaterland gegeben. Doch wer leitet bei der Regierung dieses technische Wirtschaftsleben? Der Techniker nicht! Würde er es leiten, so wäre vieles besser“. Daher fordert der Aufruf, der von Technikern ausgeht, die inmitten unseres technischen Wirtschaftslebens stehen,

„daß der Techniker bei der Regierung von Staat und Gemeinde endlich von der Bevormundung durch Nichttechniker befreit wird“. Der Aufruf hält es für notwendig, besondere technische Ministerien zu bilden zur Oberleitung der technischen Staatsgeschäfte; diese Ministerien sollten bis zur obersten Spitze in den Händen der Techniker sein. In den Bereichen der übrigen Verwaltungen müsse der Techniker so gewertet werden, daß er nicht nur Hilfsreferent und Gutachter, sondern vollberechtigter und verantwortlicher Entscheider sei. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Bankgebäudes der Mitteldeutschen Creditbank vorm. Gebr. Klopfer in Augsburg wird von der „Schwäbischen Kreisgesellschaft“ des „Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins“ im Auftrag der Bank für die Mitglieder der Gesellschaft in Augsburg und den Vororten veranstaltet. Unterlagen durch Dipl.-Ing. Glatt in Augsburg, Frickinger-Straße 3. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für eine Strandbadeanstalt am Uckersee in Prenzlau wird vom Magistrat unter den in Berlin und der Provinz Brandenburg ansässigen Architekten zum 31. März 1919 erlassen. 3 Preise von 1000, 600 und 400 M. In dem aus 7 Mitgliedern bestehenden Preisgericht befinden sich u. A. Stadtverordneter Architekt Walter Jahn und Stadtbtr. Kolbe in Prenzlau als Fachleute, die für die Beurteilung eines solchen Wettbewerbes in Frage kommen können. Sie sind auf alle Fälle in der Minderzahl, zumal auch unter den beiden Vertretern Architekten von Ruf sich nicht befinden. Es wäre daher erwünscht, wenn das Preisgericht entsprechend ergänzt würde. Unterlagen gegen 5 M., die zurück erstattet werden, durch das Stadtbauamt in Prenzlau. —

Chronik.

Residenzpflicht und Landsiedlung in Sachsen. Die Aufhebung der Residenzpflicht der städtischen Beamten in Sachsen soll eine der ersten Taten der neuen Regierung werden. Das Bedürfnis, den Wohnsitz aus den hochgebauten, licht- und grünlosen Großstädten in freie ländlichere Gegenden zu verlegen, ist besonders bei Lehrern und Beamten sehr groß, die jetzt aus dem Felde zurückkehren und draußen die Natur und den Garten vier Jahre hindurch kennen gelernt und oft geradezu neu erlebt haben. Bisher hat das Gesetz, nach dem die städtischen Beamten auch im Weichbild der Stadt wohnen müssen, die Ansiedlung in den Vororten auf dem Lande verhindert. Ohne die Aufhebung des „Residenzpflicht-Gesetzes“ abzuwarten, kaufen sich jetzt schon viele Beamte und Lehrer auf dem freien Lande an. Eine allgemeine Bewegung zur Gartenstadt ist zu spüren. —

Neubauten für Reichenbach im Vogtland. In Reichenbach im Vogtland wird seitens der Stadtverwaltung die Erbauung eines neuen Stadtbades, eines Krematoriums und eines Erholungsheimes für Kriegsteilnehmer geplant. Es darf bei der heutigen wirtschaftlichen Lage der sächsischen Architekten angenommen werden, daß bei der Beschaffung der Pläne für diese Bauten eine Gemeinschaft von Architekten beteiligt werden, d. h. der Weg des engeren Wettbewerbes beschritten wird. —

Notstandsarbeiten in Köln im Gesamtbetrage von 3,44 Mill. M. wurden in der Stadtverordneten-Versammlung am 27. Dez. 1918 beschlossen. Zur Beschäftigung Arbeitsloser sollen eine Erweiterung des Stadtwaldes an der Militär-Ringstraße, ein Verbindungskanal zwischen den beiden Teichen im Stadtwald und Umgestaltung der Teiche, eine Umgestaltung des Nüssenberger Busches, sowie die Schaffung von Parkanlagen am ehemaligen Fort X und an der Lünette I am Judenfriedhof in Deutz zur Durchführung kommen. —

Inhalt: Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 17. BERLIN, DEN 26. FEBRUAR 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Die künftige Ausbildung von Baukünstlern und das Zusammenwirken von Baukunst, Malerei und Bildnerei.

I. Ergänzungen zu den Ausführungen in No. 96 u. 97, 1918 der „Deutschen Bauzeitung“ von Prof. Oswald Kuhn in Berlin-Lichterfelde.

Der Schwerpunkt der in den genannten Nummern der „Deutschen Bauzeitung“ nur in ihren allgemeinen Zügen vorgeschlagenen Organisation liegt nicht in dem gemeinschaftlichen Lehrweg der Architekten zusammen mit Jüngern der Schwesternkünste. Das ist ja schon häufig vorgeschlagen worden und besteht in Dresden, Wien, Antwerpen, Paris und anderswo schon lange; sondern in dem Betätigungsgebiet, welches daran angeschlossen werden soll, und in seiner Sicherung durch eine daran angeschlossene Organisation erster künstlerischer Kräfte. Also handelt es sich in dem zur Erörterung gestellten Vorschlag nicht nur um die Schulzeit des jungen Baukünstlers, sondern um seinen ganzen Lebensgang, ohne dessen Sicherung die Uebersiedelung junger Architekten an die Hochschule für die bildenden Künste zu nichts Anderem führen würde, als zu dem, was schon anderweit besteht.

Durch Schaffung eines Arbeitsgebietes für den Baukünstler auf Grund seiner künstlerischen Erziehung und durch Sicherung desselben werden der Segnungen dieses Schrittes auch die Maler und Bildner und die künstlerischen Gewerbe teilhaftig. Das ist das Ziel, was erreicht werden soll und muß: Den bildenden und technischen Künsten ein Arbeitsfeld in der Baukunst zu schaffen. Zu diesem Ziel einen Weg zu ebnen war die Absicht bei den vom Verfasser gemachten Vorschlägen. Nur möchte der Verfasser vor uferlosen Erweiterungen dieser Vorschläge warnen. Diese greifen schon fecht tief in die jetzigen Verhältnisse im Baufach einerseits und im Kunstleben andererseits ein, bedürfen auch zeitlich erst vorbereitender Entwicklung, bevor sie die zu erhoffenden Früchte, die erst langsam heranreifen müssen, in wesentlichem Umfang zeitigen können.

Das Ziel aber ist ein sehr hohes; die Forderungen, die man daran zu knüpfen berechtigt sein wird, verbieten, ein vergebliches Experiment zu wagen. Also erscheint Beschränkung, d. h. Zusammenfassung zur Erreichung dieses Zieles, die erste Bedingung zu einem gedeihlichen Ergebnis. Man sollte daher nicht den Weg zu einem solchen Ziel gefährden durch zu große Belastung desselben. In den sehr dankenswerten zustimmenden Zuschriften, die der Verfasser nach Erscheinen des Artikels erhielt, wurden Vorschläge zur Einbeziehung der Ingenieure, der künstlerischen Gewerbe, Verlegung der Hochschule für die bildenden Künste an die technische Hochschule, und schließlich auch Zusammenlegung dieses Konglomerates von Anstalten mit der Universität in Vorschlag gebracht.

Die Einbeziehung der technischen Künste in die Hochschule für die bildenden Künste ist in Düsseldorf Hand in Hand mit der Ausbildung von Architekten in Ausführung begriffen. Man wird gut tun, diesen Schritt, der dort aus örtlichen Gründen — Auflösung der dortigen

Kunstgewerbeschule — geplant ist, und seinen Erfolg abzuwarten, bevor man sich entscheidet, ob es zweckmäßiger ist, ihm anderwärts zu folgen oder für diese Künste andere Studiengelegenheiten zu organisieren.

Die Einbeziehung der Ingenieure in corpore war vermutlich nicht die Absicht Derjenigen, welche auch ihnen eine Angliederung an die Künste wünschten. Die Zahl Derer, die hierfür in Frage kämen, wird nur gering sein, zumal jeder Ingenieur-Firma offen steht, Baukünstler aufzunehmen. Auch würde wohl keine akademische Hochschule den Eintritt oder eine zeitliche Teilnahme Ingenieuren verweigern, wenn sie die genügende künstlerische Befähigung besitzen. Das Lehren künstlerischer Ausgestaltung moderner Körper- und Raumbildungen wird an der künstlerischen Hochschule für die Baukünstler zu lehren sein, und das möchte zunächst genügen.

Der wünschenswerte Verkehr mit der Universität besteht schon auf dem Hospitantenweg und durch Besuch der „publica“. Demnach scheint in diesen wohlgemeinten Vorschlägen nichts zu liegen, was das Wesentliche des Artikels gefährden könnte.

Der Befürchtung, die von sehr hoch geschätzter fachmännischer Seite geäußert wurde, daß an eine künstlerische Betätigung im nächsten Jahrzehnt wohl nicht zu denken sei, möge hier noch ein kleiner Ausschnitt aus dem Werk des Verfassers, von welchem die Fußnote auf Seite 449 von No. 96, Jahrgang 1918 der „Deutschen Bauzeitung“ Notiz nimmt, über Aufbringung der Kosten für eine künstlerische Betätigung in der Baukunst Platz finden:

„Ein Irrtum, der einem Zusammenwirken von Künstler und Laien hinderlich ist, besteht in dem Glauben, daß echt künstlerische Betätigung teuer und deshalb nur für die Besitzenden erreichbar sei. Gewiß kostet die Kunst Geld, aber die Summen dafür sind gering gegenüber der Verschwendung, die oft in künstlerisch wirkungslosem, angehäuftem Beiwerk, in einer Fülle von architektonischen Gliedern oder Ornament vergeudet wurde. Eine einzelne, selbst in ihrer Ausdehnung beschränkte Zutat, z. B. ein Relief über dem Eingang zu einem Krankenhaus oder Stift, kann den Bau schon über die Umgebung heben und auszeichnen.“

Die Kosten für künstlerische Betätigung, welche die öffentlichen Behörden zeitigen, beschränken sich immerhin auf ein Minimum, wenn man die geringe Belastung in Betracht zieht, welche dadurch den Einzelfall treffen würde, und das Weglassen einer Anzahl Pilaster, die vielleicht der Ruhe im ganzen Werk nur nachteilig sind, würde die Kosten decken.

Diese Schrift will nicht eine Mehrbelastung im Gemeinwesen, sondern eine Mitarbeit verschiedener Künstler, eine Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern zugunsten der künstlerischen Wirkung.

Aber die Kosten hierfür kann man besser verteilen, wenn zu deren Deckung auch die Mitarbeit von Personen

aus dem Gemeinwesen mehr herangezogen wird durch Stiftungen für einzelne Teile. Wo Handel oder Können Kapital anhäufen, würden solche Abzweigungen von Kapital dem Staat ebenso Nutzen bringen, wie eine Besteuerung des hierfür verwendeten Kapitals, dem Stifter aber eine Ersparnis an Steuer und eine dauernde Erinnerung an seine Existenz und seine Wirkung im Lande sichern.

Schließlich verteilt sich mancher Aufwand für künstlerische Zwecke auch auf längere Zeit. Wie lange mag der Meister an der Wandbekleidung des „Huldigungszimmers“ im Rathaus zu Goslar geschnitten haben? Und oft war der Meister selbst der Stifter, um sich ein ehrendes Denkmal in solcher Form zu sichern.

Also Mittel für ein Wirken im künstlerischen Sinn sind im Gemeinleben da. Und dazu treten noch die Summen, welche Bemittelte für ihr eigenes Dasein aufwenden, zu ihrem Behagen, ihrer Freude oder aus anderen Gründen, und welche sie nur gleichfalls in die Kanäle überzuführen hätten, die sie zu Kunstmäzenen machen würden, gegebenenfalls auch unter Einschränkung von Betätigungen minderwertigerer Art.

Die Anekdote von einem Baumeister, der einen Maler zur Preisabgabe für ein Wandbild aufforderte, für welches aber nur 5000 M. zur Verfügung standen, da das wertvolle Wandpaneel 40 000 M. kostete, spricht für die auch in Baumeisterkreisen oft herrschenden falschen Dispositionen, die zum Feind des Besseren werden.“ —

(Nachschrift der Redaktion. Wir können die Ansicht nicht teilen, daß in dem Verhältnis der hier genannten Summen zu einander „die auch in Baumeisterkreisen oft herrschenden falschen Dispositionen“ zum Ausdruck kommen, denn es sind sehr wohl künstlerisch begründete Fälle denkbar, in welchen die Komposition einer Wandgliederung tatsächlich den Löwenanteil der zur Verfügung stehenden Bausumme den Holzarbeiten und den mit ihnen verbundenen Erzeugnissen des Kunstgewerbes zuweist und das Wandbild nur als ergänzender Schmuck auftritt. Man denke an den Goldenen Saal im Rathaus in Augsburg oder an Werke der venetianischen Hochrenaissance.)

II. Eine Entgegnung von Architekt Otto Wagner in Wien.

Der in den Nummern vom 30. Nov. und 4. Dez. vor. Jahres veröffentlichte Aufsatz von Prof. Oswald Kuhn fordert so stark zum Widerspruch heraus, daß ich in jeder der folgenden Nummern der „Bauzeitung“ eine von berufener Seite ausgehende Entgegnung erwartet habe. Nachdem aber eine solche bis heute nicht erschienen und es wahrscheinlich den trostlosen, alle Tatkraft lähmenden politischen Verhältnissen zuzuschreiben ist, daß sie ausblieb, möchte ich, wenn auch ungerufen, doch mit einigen Worten darauf zurück kommen.

Die unbestrittene Tatsache, daß der Architekt heute den Schwesterkünsten bedeutend fremder, ja manchmal ganz uninteressiert gegenüber steht, sowie die bedauerliche Erscheinung, daß der Baukünstler das rein Handwerksmäßige weit weniger beherrscht, als die großen und kleinen Baumeister vergangener Zeiten, veranlassen Hrn. Prof. Kuhn zu verlangen, daß für gewisse baukünstlerische Auf-

gaben in Zukunft ganz besonders ausgebildete Architekten herangezogen werden. Ueber die in Aussicht gestellte Tätigkeit solcher „Ober-Architekten“ ist es kaum notwendig, viele Worte zu verlieren, denn ich bin überzeugt, daß ein wirklicher Architekt sich nie bereit finden wird, „seinen Mitarbeitern den Plan des Ganzen mitzuteilen und die Einzelausgestaltung ihnen zu überlassen“. Ein Architekt, der wirklich auf diesen Namen Anspruch machen kann, besorgt sich das selbst, denn entweder wird der Bau in seinen Absichten ausgestaltet und dann ist die Einzelausgestaltung seinen Mitarbeitern eben nicht überlassen, oder sie bleibt ihnen überlassen und dann wird das Ergebnis der Arbeiten aller von einander natürlich noch unabhängigeren Mitarbeiter gewiß kein einheitliches sein und sicherlich den Architekten am allerwenigsten befriedigen. Wenn z. B. auf dem Gebiet des Kirchenbaues, auf welchem wir so herzerquickende Beweise besitzen, wie sehr sich unsere alten Meister in Einzelheiten vertieft haben, nur in der von Prof. Kuhn vorgeschlagenen Arbeitsorganisation der Altar-, Taufbecken- und Kanzelbauer wieder ein dankbares Arbeitsfeld wird finden können, ist nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß er dadurch die ausgestorbene Gilde der Kunsthandwerker wieder ins Leben rufen zu können glaubt. Aber diese Zeiten sind unwiderruflich dahin. Ein Tor, der ihnen nachweint. Der größte Irrtum jedoch wäre es, wenn Prof. Kuhn in unseren modernen Kunstgewerblern ihren Ersatz sehen würde. Die Teilung der menschlichen Arbeit ist eben ein Ergebnis so unzähliger und so grundverschiedener volkswirtschaftlicher Imponderabilien, daß ein künstliches Eingreifen, und wäre es durch die kundigste Hand, ganz aussichtslos sein muß.

Wenn man also mit der Verwirklichung der Gedanken Kuhns in dieser Richtung nicht zu rechnen haben wird, so ist doch die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer Studienreform auf den technischen Hochschulen und Akademien nicht von der Hand zu weisen. Daß dieselbe nur mit größerer Berücksichtigung der Schwesterkünste und der Technologie erfolgen kann, ist einleuchtend. Warum die Wohltat dieser Reform aber nur wenigen Auserwählten und insbesondere nur den fähigsten zu Teil werden soll, ist unverständlich. Diese Reform aber gar nur auf eine einzige Anstalt zu beschränken und dieser Anstalt damit gewissermaßen ein Privileg zu verleihen, wäre unter den heutigen Verhältnissen widersinnig. Entweder die Architekten bedürfen dieser Ausbildung, und dann ist nicht einzusehen, warum die große Mehrheit ausgeschlossen sein soll, oder sie bedürfen ihrer nicht und dann ist es zwecklos, einige wenige damit zu belasten. Den schärfsten Widerspruch aber fordert Kuhn mit seinem Vorschlag heraus, daß die Ablegung gewisser neu einzuführender Prüfungen die Vorbedingung für die Verwendung solcher „Baudirektoren“ bilden müßte. Als ob wir noch nicht genug Prüfungen hätten! Wer meint, daß man einen wirklichen Künstler durch Prüfungen aus der großen Menge nicht-künstlerischer Architekten heraus finden kann, ist entweder ein unheilbarer Pedant oder ein ahnungsloser Dilettant. —

(Nachschrift der Redaktion. Beides aber ist Hr. Prof. Oswald Kuhn sicher nicht. Er hat daher im Anfang seiner vorstehenden „Ergänzungen“ eine Erläuterung seiner Ziele gegeben, um etwaigen Mißverständnissen zu begegnen.)

Das künftige Schicksal der höfischen Kunstbauten in Deutschland und Oesterreich.

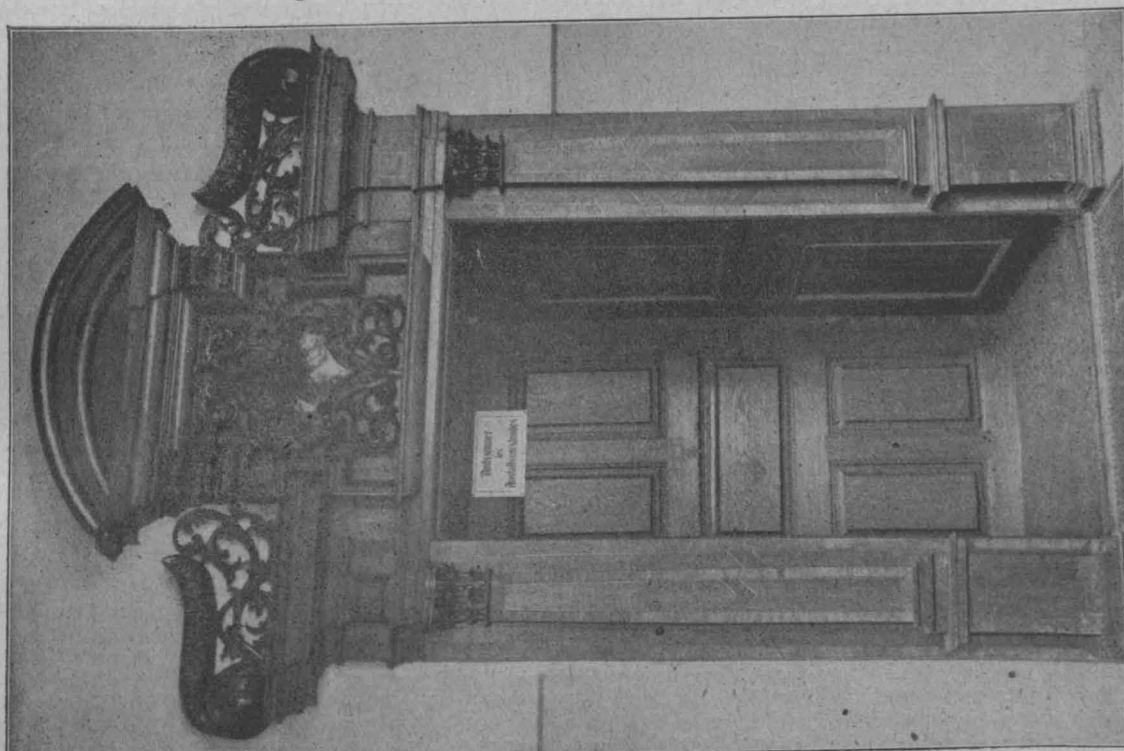
Der ständige Ausschuß des deutschen „Tages für Denkmalpflege“ hat kürzlich eine Entschliebung veröffentlicht, die der warmen Fürsorge um das fernere Schicksal der höfischen Kunstbauten in Deutschland und Deutsch-Oesterreich entstammt und die Zukunft dieser Bauten als Repräsentanten deutscher Kunst und Kultur einer großen Vergangenheit sichern will. Die Entschliebung weist darauf hin, daß durch die großen, Deutschlands Geschichte und Daseinsformen von Grund aus umgestaltenden Ereignisse der letzten Monate in den großen wie in den kleinen Bundesstaaten des Deutschen Reiches eine erhebliche Zahl von Schlössern und Repräsentationsbauten, über die bis dahin die Landesherren allein oder in Gemeinschaft mit der Volksvertretung zu verfügen hatten, in die Verwaltung der neuen Regierung übergegangen seien. Unter diesen Bauten seien die geschichtlich und kunstgeschichtlich wichtigsten Denkmäler der monumentalen Profan-Architektur in deutschen Ländern überhaupt. Vielfach habe sich schon während des Waffenstillstandes und der Demobilisation die Veranlassung ergeben, einzelne von diesen Gebäuden vorübergehend für Zwecke der Unterbringung von Truppen, für Lazarette und Erholungsheime vorläufig herzurichten. An anderen Stellen sei bereits erwogen worden, diese Gebäude für Zwecke der Verwaltung, für Mi-

nisterien und Behörden, für Museen und Unterrichtsanstalten aller Art in Anspruch zu nehmen. Bei einer jeden solchen Anpassung an eine vorübergehende oder an eine längere Zeit andauernde Zweckbestimmung dürfe aber die Rücksicht auf die hohe künstlerische Bedeutung dieser Denkmäler, die Eigentum der ganzen Nation und darüber hinaus der gesamten Kulturmenschheit seien, nicht aus dem Auge gelassen werden. Zumal bei rascher Besitznahme liege die Gefahr vor, daß unersetzliche Werte an Architektur wie an innerer Ausstattung zugrunde gehen oder schweren Schaden leiden. Wie die französischen Republiken die Schloßbauten des letzten französischen Königtums und des Kaisertums geschont und von jeder ihrer nicht würdigen Benutzung frei gehalten haben; wie sie diese Bauten als die wichtigsten öffentlichen geschichtlichen Denkmäler des Landes weitsichtig und pietätvoll zu erhalten sich bemühten, so sollten auch die neuen Regierungsgewalten in Deutschland dieses künstlerische Erbe der ganzen Nation in Ehren halten und mit Weisheit verwalten, der Gesinnung entsprechend, welche die Pflege und Freiheit der Kunst in allen Äußerungen der Regierung verheißen habe. In jedem Fall dürfe vorausgesetzt werden, daß bei der Frage über das künftige Schicksal dieser Bauten die sachverständigen Organe der Denkmalpflege mitzuwirken berufen werden. Darüber hinaus aber dürften die deutschen Künstler, dürften

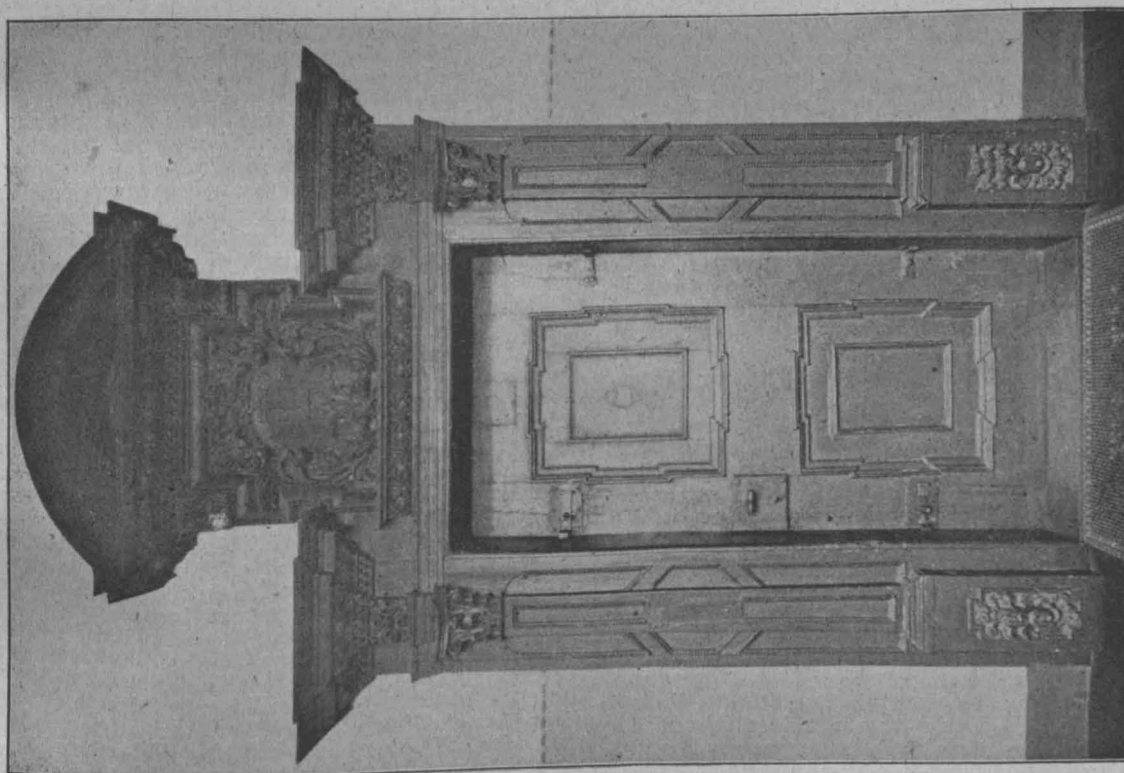
vor allem die deutschen Architekten erwarten, daß sie, als die zunächst Beteiligten, bei grundsätzlichen Fragen der Anpassung und Umänderung wichtiger Baudenkmäler rechtzeitig gehört werden.

Es ist die Pflicht aller berufenen Organe, die fürsorglichen Bestrebungen, welche in dieser dankenswerten Entschließung zum Ausdruck kommen, mit allem Nachdruck zu unterstützen und so stellen denn auch wir sie an die Spitze einer kurzen Erörterung über die künftigen Schick-

schreiendem Gegensatz stehen zum Entstehungszweck der betreffenden Gebäude und zu ihrem künstlerischen oder kunsthistorischen oder rein geschichtlichen Wert. Gewiß hatten die neuen regierenden Gewalten bisher dringendere Arbeiten zu erledigen, als Fragen dieser Art zu beraten; gerade deshalb aber muß die Sorge um die deutschen Denkmäler der Vergangenheit schon jetzt zum Ausdruck gebracht werden, zumal die Verwaltungen schon damit beschäftigt sind, die Gebäude und die sie umgebenden An-



Flurtür zum Festsaal-Vorraum. Von Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin.



Flurtür zur klösterlichen Kanzlei.

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

sale der höfischen Kunstbauten in Deutschland und Oesterreich. Ja, wir möchten, ehe wir auf Einzelnes eingehen, über die Anregung des ständigen Ausschusses des „Tages für Denkmalpflege“ noch einen Schritt hinaus schreiten und dem Wunsch Ausdruck geben, daß auch die noch immer zahlreichen Fälle in Deutschland und mehr noch in Deutsch-Oesterreich einer Prüfung unterzogen werden, in welchen staatliche, fürstliche und geistliche Bauten noch seit den Zeiten der Säkularisation und den empfindungslosen Zeiten, die diesen folgten, Zwecken dienen, die nicht selten in

lagen ihren Zwecken dienstbar zu machen, nicht immer Zwecken, die des Bauwerkes und seiner Geschichte würdig sind.

Die Entschließung des ständigen Ausschusses des „Deutschen Tages für Denkmalpflege“ berührt zugleich das Schicksal der Kunstdenkmäler in Frankreich nach den Stürmen der großen Revolution des Jahres 1789 und den ihr folgenden Umwälzungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Vielfache Ähnlichkeiten der damaligen und der heutigen politischen Verhältnisse berechtigen dazu, auch

die Kunstzustände mit einander zu vergleichen, wenngleich damals der allgemeine Sinn für die Kunstdenkmäler der vergangenen Zeiten noch nicht annähernd so weit entwickelt war, wie heute. Trotzdem war, noch inmitten aller Unruhen und Verwirrungen, in jener Zeit eine Kommission bestellt mit der Aufgabe, die Denkmäler der Kunst und der Geschichte vor Zerstörung zu schützen, sie zu sammeln, zu verzeichnen und sie, wo das möglich war, als National-Eigentum zu erklären. Eine derartige staatliche Einrichtung, wie sie im Herbst 1790 durch die Konstituante getroffen wurde, war schon deshalb notwendig, weil das unwissende, aufgehetzte Volk außerhalb der großen Städte die Kunstdenkmäler als Sinnbilder der Tyrannei betrachtete und daher zu zerstören suchte. Ein Buch von Maurice Dreyfous: „Les Arts et les Artistes pendant le période révolutionnaire (1789—1795)“ schildert anschaulich die damaligen Zustände und führt einen Erlaß der französischen Regierung an, in dem ausgeführt wurde, die Gebäude, die Paläste, die das Volk noch mit Entrüstung ansehe, müßten geschont werden, denn sie gehörten nicht mehr den Feinden des Volkes, sondern dem Volk selbst. Die Ornamente, gegen die sich irre geleitete Hände haßerfüllter Menschen erheben, die schlichten Akanthus- und Epheublätter, seien antike Ornamente, Sphinxen, harmlose Kindergruppen, erhaben über Bedrohung und Zerstörung. Was in den Hainen stehe, seien nicht Gestalten von Tyrannen, sondern friedfertige und wohlthätige Götter des Waldes, die mit Zertrümmerung bedroht werden. Der Aberglaube sei aus den Tempeln verschauht und die Geschichte werde einst diese denkwürdige Periode in ihren Jahrbüchern verewigen. Damals wurde die bereits seit 1773 zur Beratung stehende Frage zur Tat, aus dem Louvre ein Kunstmuseum zu machen. Es wurde ein Kabinett für Münzen und Medaillen begründet und es wurden die Schule der schönen Künste und die Schule der dekorativen Künste eingerichtet und dem Volk geöffnet. In zahlreichen Gebäuden des Hofes wurden Kunstschatze, Büchersammlungen, wissenschaftliche Institute und andere Verwaltungen untergebracht, um sie vor dem Untergang zu schützen. Man schmeichelte sich damals mit dem Ruhm, Beschützer der Künste und Bewahrer ihrer Werke zu sein und berief sich auf einen Ausspruch des Demetrios Poliorketes, der von sich sagte, er habe die Tyrannen bekämpft, aber niemals sei von Künsten und Wissenschaften sein Beistand vergeblich angerufen worden.

Das dürfte auch etwa die Stimmung der regierenden Gewalten von heute sein, weshalb man den kommenden Maßnahmen zum Schutz der geschichtlichen Kunstdenkmäler mit Ruhe und Vertrauen entgegen sehen darf. Vielfach wird es möglich sein, den Gebäuden und Anlagen eine Bestimmung zuzuweisen, die im Einklang steht mit ihrem Charakter. So wird das Gebäude der Orangerie in Potsdam, das von Friedrich Wilhelm IV. nach den Plänen von Hesse in Erinnerung an römische Vorbilder erinnernde Schloß zwischen Sanssouci und Neuem Palais, als Mittelpunkt der Anlagen für die von Berlin nach Potsdam zu verlegende Landwirtschaftliche Hochschule betrachtet, der im übrigen noch die benachbarten Kasernenbauten und diese damit einem edleren und ihrer Nachbarschaft würdigeren Zweck als bisher zu dienen berufen sind. Schönbrunn bei Wien soll als das Sinnbild höchster Gartenkunst und vollendetster Gartentechnik in Europa der Sitz der ersten deutschen Hochschule für Gartenkunst werden. Hier allein, meint man, finde sich ein Musterbeispiel alter, edler französischer Gartenkunst in der Nähe eines prachtvollen, in englischem Stil gehaltenen Gartens: des Schloßparkes von Laxenburg. Aus dem Tiergarten in Schönbrunn soll ein biologisches Staatsinstitut werden. Einige Sorge herrscht in Stuttgarter Kunstkreisen über das Schicksal des Lustschlosses Wilhelma bei Cannstatt mit seinen Gärten und Pflanzenhäusern. Umlaufenden Gerüchten zufolge soll der Fortbestand der gartenkünstlerischen Anlagen stark in Frage gestellt sein. Es ist dem entgegen der Wunsch aufgetaucht, die Anlagen weiter auszubauen und sie zu einer Bildungsstätte für die weitesten Kreise des Volkes zu machen, dem hier nicht nur die tropischen und subtropischen Nutzpflanzen, sondern auch die dem menschlichen Wirtschaftsleben unserer Zeit nützlichen Pflanzenschatze der eigenen Heimat gezeigt werden sollten.

Die Zukunft Wiens und seine neue Bestimmung im Deutschen Reich der Revolution ist die ständige Sorge der intellektuellen Kreise der ehemaligen österreichischen Kaiserstadt. Man meint, Wien müsse mit seiner Vergangenheit brechen und seine Zukunft auf rein wirtschaftlichen Unterlagen aufbauen. Es müsse eine erhöhte Geltung als Handelsplatz erlangen. Doch stehen dem auch wieder Stimmen entgegen, die meinen, zum Volks-

charakter der Deutsch-Oesterreicher gehöre die besondere Veranlagung für die gestaltenden Schaffensarten und daher auch für die Kunst. Alle Welt sei einig, darin eine Quelle wirtschaftlichen Gedeihens zu sehen, wenn auch die bisher angewendeten Pflegemethoden zu verbessern seien. Die gewerbliche Arbeit und das künstlerische Leben in Wien seien nach großen, die Stadt schwer schädigenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen stets zu hoher Blüte gekommen, die ihre Ursache in der Lebensenergie des deutschen Bewohners Oesterreichs habe, der durch Mißgeschick nicht nieder gedrückt, sondern in besonderem Maße gestärkt werde. Ja, man hält auch unter den neuen Verhältnissen die Entwicklung Wiens zu einer Weltstadt für möglich und zwar infolge seiner geographischen Lage an den Ausläufern eines großen Gebirgszuges und an der Donau, wo große Verkehrswege zusammen fließen. Durch diese Lage werde Wien, das aufgehört habe, ein Herrschaftszentrum zu sein, auch für die Zukunft ein Mittelpunkt des Verkehrs bleiben, besonders nach Ausgestaltung des Donau-Verkehres. Man sieht, wie energisch man sich dagegen wendet, für Wien etwa das Schicksal Venedigs herauf kommen zu sehen.

Sollte aber Wien eine neue Blüte beschieden sein, dann werden seine Monumentalbauten der jüngsten und der weiteren Vergangenheit eine erhöhte Bedeutung erlangen, insbesondere seine alten Barockbauten. Der „Vollzugausschuß der bildenden Künstler Deutsch-Oesterreichs“ in Wien hat über das Schicksal der Krongüter und der kaiserlichen Schlösser eine Mitteilung an die Öffentlichkeit ergehen lassen, in der er ausführt, daß, wenn auch die Hofburg in ihren alten und neuen Teilen, Schönbrunn und eine Reihe anderer Hofgebäude nicht mehr der Schauplatz höfischer Betätigung seien, so seien sie doch nach wie vor die glanzvollen Zeugen einer großen Vergangenheit und eines Lebens, welches für die Erfüllung der äußeren Form und für die Schönheit des Daseins verschwenderische Mittel zur Verfügung gehabt habe. Oesterreich besitze in diesen Gütern unermeßliche Werte von Schönheit und Kultur, die die Gegenwart vielleicht noch nicht richtig einschätzen könne und die vielleicht erst von einer künftigen Zeit höher gewertet werden dürften. Es sei daher Pflicht, diese Werte zu erhalten und zu schützen. Sollen sie dringenden Zwecken der Gegenwarts-Notwendigkeiten dienen, so seien diese Absichten streng auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Krankenhäuser, Sanatorien, Heime für Rekonvaleszenten verlangten andere Grundlagen, als Barockräume mit vergoldeten Schnörkeln, mit Seidentapeten und Gobelins und mehrhundertjährigem Schutt unter den krachenden Parketten. Die Erzeugnisse der bildenden Kunst in Oesterreich, insbesondere auch die Kunstdenkmäler, seien ein wertvoller Bestandteil des deutsch-österreichischen Volksvermögens. Nicht nur die lebende Kunst stelle neue Werte dar, auch der vorhandene Kunstbesitz. Nicht genug zu warnen sei vor der Verwendung wertvoller alter Innenräume zu Verwaltungszwecken. Schon im verflorbenen Jahrhundert seien in dieser Beziehung nicht wieder gut zu machende Schäden angerichtet worden, ganz abgesehen davon, was dem Industrialismus zum Opfer gefallen sei. Wohl aber entspreche es dem demokratischen Sinn der Zeit, wenn jene Stätten, die bisher die Umgebung einiger weniger vom Schicksal Bevorzugter waren, nunmehr der Allgemeinheit geöffnet würden und zu ihrer Freude und Belehrung dienen könnten. Eine museale Ausgestaltung einzelner Baugruppen, teils sogar so weit gehend, daß Sammlungen künstlerischer Natur untergebracht werden könnten, werde sicher eine zweckmäßige Verwendung darstellen. Andere Räume jedoch bildeten in ihrem bisherigen Bestand unverändert und wohl gepflegt an sich schon eine Art Museum, eine Quelle des Studiums und der Freude an der Schönheit. Das gelte ganz besonders für Schönbrunn. Der Gedanke, etwa aus dem alten Kaiserschloß ein städtisches Museum zu machen, sei ein schlechter, da durch die nötigen Umbauten eine ganze Reihe von Zerstörungen des alten Bestandes unvermeidlich seien. Gleich dem ständigen Ausschuß des „Tages für Denkmalpflege“ fordert auch der „Vollzugausschuß der bildenden Künstler Deutsch-Oesterreichs“ Umgestaltungen nicht vorzunehmen, ohne die zu befragen, die zu beurteilen in der Lage sind, „ob Schönheitswert und Zweck, ob Wirtschaftlichkeit und Verwendung sich die Wage halten. Ueber Kunstwerke entscheide der Künstler.“ — (Schluß folgt.)

Inhalt: Die künftige Ausbildung von Baukünstlern und das Zusammenwirken von Baukunst, Malerei und Bilderei. — Das künftige Schicksal der höfischen Kunstbauten in Deutschland und Oesterreich. — Abbildungen: Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.